Donnerstag, 9. August 1984 - D ∗∗∗

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 185 - 32. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Israel: Der Likud-Block ist grundsätzlich zur Beteiligung an einer Regierung unter dem Sozialdemokraten Peres bereit. Bedingung sind erhebliche personelle und politische Zugeständnisse der Arbeiterpartei. Peres bemüht sich aber weiter um eine kleine Koalition ohne Likud. (S. 10)

Sowjet-Raketen: Die Zahl der auf Westeuropa gerichteten SS-20 hat sich seit 1979 von 140 auf heute 378 erhöht, ermittelten die USA.

Flugzeugentführung: Die Luftpiraten, die eine Air-France-Boeing nach Teheran entführt hatten, waren israelischen Sicherheitsbeamten auf dem Frankfurter Flughafen aufgefallen. Eine Kontrolle durch die deutsche Polizei ergab jedoch nichts Verdächtiges. (S. 4)

Zimbabwe: In Harare wurde der Kongreß der regierenden ZANU-Partei eröffnet. Er soll einen Verfassungsentwurf beschließen, der einen Einparteienstaat auf marxistischer Grundlage vorsieht.

Weltbevölkerungskonferenz: Der Papst hat in einer Botschaft Sterilisierung und Abtreibung als eine schwere Beleidigung der Menschenwürde verurteilt. Moskau nutzt die Konferenz zu schweren Angriffen gegen das westliche Wirtschaftssystem. (S. 10)

Heimgekehrt: Zwei der sieben sowjetischen Soldaten, die nach ihrer Gefangennahme durch afghanische Widerstandskämpfer in der Schweiz interniert waren, sind nach Ablauf der Internierungszeit nach Moskau zurückgeflogen.

Zypern: Nach den Vermittlungsgesprächen in Wien ist UNO-Generalsekretär de Cuellar verhalten *optimistisch. Im Herbst* soll weiterverhandelt werden. (S. 5)

Sri Lanka: Die von tamilischen Separatisten angezettelten Unruhen in der Provinz Jaffna breiten sich aus. Gestern gab es wieder zahlreiche Tote. Die Regierung schließt einen Bürgerkrieg nicht länger aus. (S. 5)

Olympische Spiele

Die deutschen Medaillengewinner:
Überraschend gewann der Judokämpfer Frank Wieneke die *Goldmedaille im Halbmittelgewicht. Die zweite Goldmedaille* errang das Florett-Team der Damen. Die Reiter mußten sich im Preis der Nationen mit der Bronzemedaille begnügen. Gold gewannen die USA.
Die Entscheidungen heute:
Leichtathletik: Männer: Zehnkampf, zweiter Tag; Frauen: 200 m, Weitsprung (3.00 Uhr)
Schwimmen: Frauen: Synchronschwimmen/Paare (22.30)
Judo: Halbschwergewicht (1.00)
Ringen: Freitstil Papier-, Feder- und Halbschwergewicht (3.00)
Fechten: Männer: Säbel, Mannschaft (5.00)
Reiten: Dressur, Mannschaft (23.00)
Die deutschen Medaillenchancen:
Die Zehnkämpfer Hingsen, Wentz und Kratschmer; die Dressurreiter Klimke, Sauer und Krug; der Judokämpfer Neureuther.

WIRTSCHAFT

US-Konjunktur: Die Unternehmensgewinne werden nach neuesten Prognosen 1985 nur noch um 9,2 Prozent zunehmen nach schätzungsweise 22,7 Prozent in diesem Jahr. Das Wirtschaftswachstum werde sich schon in der zweiten Hälfte 1984 verlangsamen. (S. 11)

Export auf Hochtouren: Im ersten Halbjahr 1984 stiegen die Ausfuhren aus der Bundesrepublik trotz streikbedingter Ausfälle im Juni um real neun Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Gewerkschaften: Die Zahl der Mitglieder ging 1983 gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Prozent zurück. Da jedoch gleichzeitig die Zahl der Erwerbstätigen um 1,8 Prozent sank, erhöhte sich der Organisationsgrad unter den abhängig Beschäftigten von 40 auf 40,3 Prozent.

Börse: Die Nachfrage der privaten Kundschaft führte an den Aktienmärkten zu steigenden Kursen. Der Rentenmarkt hat sich stabilisiert. WELT-Aktienindex 142,0 (141,6). Dollarmittelkurs 2,9179 (2,9157) Mark. Goldpreis pro Feinunze 344,50 (342,00) Dollar.

KULTUR

Filmklassen: Stiefkinder ihrer Branche bleiben die Absolventen der Filmklassen deutscher Fachhochschulen und Kunstakademien. Nur etwa 30 Prozent finden eine Anstellung, und das zumeist in der Werbung. (S. 15)

Andrej Gawrilow: Der 29jährige russische Pianistenstar darf erstmals seit fünf Jahren wieder in den Westen reisen und gibt am 19. August in London ein Konzert. Zahlreiche Musiker hatten sich für Gawrilow eingesetzt.

ZITAT DES TAGES



»Kunst unserer Zeit nicht verstehen ist in Wahrheit oft ein Signal dafür, daß man sich selbst nicht versteht«

Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei der Eröffnung der Ausstellung „Kandinsky – russische Zeit und Bauhausjahre" in Berlin FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

AUS ALLER WELT

„Andrea Doria": Fast 30 Jahre nach dem Untergang der „Andrea Doria" soll jetzt der Panzerschrank des italienischen Luxusliners geöffnet werden. Amerikanische Schatzsucher hatten ihn aus dem Atlantik geborgen. (S. 16)

Luftpiraten: Die Entführer der iranischen Verkehrsmaschine haben gestern einen Teil ihrer 304 Geiseln in Rom freigelassen. Dafür verlangten sie Lebensmittel und Treibstoff. Angeblich handelt es sich bei den Luftpiraten um Khomeini-Gegner, die weiter nach Frankreich wollen. (S. 16)

Wetter: Stark bewölkt mit Schauern. 20 bis 24 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schuldzinsen-Abzug? Im Kabinett gab es Widerspruch

Stoltenberg und Pöhl sind gegen diesen Plan Bangemanns

P. GILLIES/H. HECK, Bonn

Die bereits öffentlich geäußerten Überlegungen des Bundeswirtschaftsministers zur Wiedereinführung des Schuldzinsenabzugs sind in der gestrigen Kabinettssitzung bei Finanzminister Gerhard Stoltenberg und dem ebenfalls anwesenden Bundesbankpräsidenten Karl Otto Pöhl offenbar auf Ablehnung gestoßen.

Vor allem der Finanzminister hat dem Vernehmen nach unter Hinweis auf zu erwartende Einnahmeausfälle von jährlich etwa zwei Milliarden Mark seinen Widerstand angemeldet, zumal da die Folgen der Steuerreform noch nicht verdaut seien. Stoltenberg *und Pöhl haben auch wirtschaftspoli*tische Bedenken vorgetragen.

Dagegen hat das Kabinett gestern beschlossen, die Kuponsteuer in Kürze abzuschaffen. Stoltenberg wurde beauftragt, nach Rücksprache mit den Ländern im September eine entsprechende Beschlußvorlage zu machen.

Für Wirtschaftsminister Martin Bangemann selbst ist der Schuldzinsenabzug allerdings offenbar auch kein Thema von hoher Priorität. Der Vorschlag war nicht einmal Bestandteil seiner gestrigen Tischvorlage für das Kabinett (der Schuldzinsenabzug ist auch nicht im Stabilitätsgesetz als Instrument aufgeführt). Bangemann hat allerdings in Interviews der letzten Tage den Eindruck erweckt, als sehe er hierin einen Schwerpunkt künftiger Maßnahmen zur Konjunkturbelebung.

Bangemann hat im Kabinett dagegen Zustimmung für seine global ausgerichtete Wachstums- und Beschäftigungskonzeption wie auch zu seinen Überlegungen für zusätzliche strukturorientierte Maßnahmen gefunden. Die nachhaltige Verringerung der Arbeitslosigkeit gilt als zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe in dieser Legislaturperiode.

In der gestrigen Kabinettsdiskussion ging es nach Bangemanns Worten um strategische Überlegungen für einen größeren Zeitraum, um im Falle eines Konjunktureinbruchs gegensteuern und zur Verstetigung der Wirtschaftsentwicklung beitragen zu können. Trotz der Streikfolgen erwartet der Minister – selbst bei einer Verschlechterung im Außenhandel (USA) – für 1984 kein Ergebnis unter den bereits zu Jahresanfang anvisierten 2,5 Prozent realen Wirtschaftswachstums. Jedoch schließt er für 1985 eine Abschwächung auf zwei Prozent nicht aus, so daß sich „ein gewisser Handlungsbedarf" ergebe, den er für 1986 mit einiger Sicherheit voraussieht.

Der Minister hatte zwar in der Vergangenheit mehrfach die zweistufige Steuerreform (1986/88) als zu zaghaft kritisiert. Mit dem Hinweis „derzeit nicht" vermied er jedoch auf entsprechende Fragen jede Festlegung auf die Forderung nach einer Steuerreform in nur einem Schritt 1986. Bei einer Verschlechterung der konjunkturellen Aussichten will er jedoch diese Möglichkeit nicht ausschließen.

Das Kabinett hat sich gestern ausschließlich mit wirtschaftspolitischen Überlegungen befaßt, die auf den Binnenmarkt zielen. Die Erörterung der Außenhandelsprobleme ist für September geplant. Bangemann will bei allen regionalpolitischen Maßnahmen die jeweilige Arbeitslosigkeit stärker als bisher berücksichtigen. Bund und Länder werden im Herbst im Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" unter anderem überlegen, ob und gegebenenfalls wie der Arbeitslosigkeit bei einer künftigen Neuabgrenzung der Fördergebiete stärkeres Gewicht beigemessen werden kann. Zu den weiteren Ansatzpunkten gehört auch die Verbesserung der technologisch orientierten Infrastruktur und die ver-

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Warnzeichen

PETER GILLIES

Der Aufschwung lasse Schwung vermissen, die Konjunktur trübe sich schon wieder ein, das erste Wetterleuchten der nächsten Rezession grolle bereits – diesem Expertenurteil sieht sich der neue Bundeswirtschaftsminister gegenüber. Da er über Patentrezepte, die sich sanft ausbreitende Düsternis zu wenden, nicht verfügt, beschränkt er sich auf eine Lagebeschreibung. Ihr fügt er einige Details und Eventualmaßnahmen an, die den Eindruck von kraftvoller Handlungsbereitschaft vermitteln sollen.

Dieser Kunstgriffe bedarf es eigentlich nicht. Tatsächlich ist das Fundament des konjunkturellen Aufschwungs recht fest gefügt. Auch nach einem so unsinnigen wie folgenschweren Arbeitskampf ist ein gutes Wirtschaftswachstum noch erreichbar. Jeder Erfolg in der Inflationsbekämpfung verstetigt es. Und diese Erfolge sind ebenso spektakulär wie jene bei der Sanierung der Staatsfinanzen. Sie haben ermöglicht, daß sich die Deutschen um rund sechs Prozent vom amerikanischen Hochzinsniveau absetzen konnten – eine Sensation! Auch die Exportzahlen der deutschen Industrie bleiben über die Maßen bemerkenswert.

Daß die Stimmung derzeit dennoch schlechter als die Lage zu sein scheint, sollte jedoch nicht auf ein PR-Problem der Selbstdarstellung reduziert werden. Außer einer illusionsfreien Lagebeschreibung kann eine Regierung direkt wenig tun, um Wachstum und mehr Arbeitsplätze zu bewirken. Um so stärker steht sie in der indirekten Pflicht, jene Rahmenbedingungen zu garantieren, in denen sich die Belebungskräfte voll entfalten können. Sie muß sich als Vertrauensbildner begreifen.

Diese Aufgabe hat sie zwar nicht verfehlt, aber Zweifeln Vorschub geleistet – nicht aus mangelnder Grundsatztreue, sondern vielmehr aus unkoordinierter Nachlässigkeit. Beim Subventionsabbau scheinen die Kräfte verbraucht, es wird über Schuldzinsenabzug, eine wieder einstufige Steuerreform, die Abschaffung der Gewerbesteuer und manches andere unverbindlich geplaudert; die wiederbelebte Verteilungsdebatte oder die so quälende wie schädliche Hängepartie in der Auseinandersetzung über den Abgaskatalysator sind ebenfalls kontraproduktiv.

Man sollte dies alles nicht überbewerten, aber auch nicht einfach übergehen. Um das Fundament für den Aufschwung beneidet uns mutmaßlich der Rest der Welt. Aber zu den konjunkturfördernden Rahmenbedingungen gehört eben auch, die Stimmung mit der Lage zu synchronisieren – durch Handeln und durch Schweigen.

Senat rechnet mit neuen Gesprächen

Reiseerleichterungen auch für Berliner „erreichbar" / FDP-Kritik an Jenninger

F. D./DW. Berlin/Bonn

Der Berliner Senat rechnet damit, daß in neuen Verhandlungen mit der „DDR" die Einbeziehung der West-Berliner in alle zwischen Bonn und Ost-Berlin vereinbarten Reiseerleichterungen erreicht werden kann. Rupert Scholz (CDU), Senator für Bundesangelegenheiten, erklärte gestern vor dem Ausschuß für Bundesangelegenheiten des Berliner Abgeordnetenhauses, diese Angelegenheit sei für ihn „unerledigt und offen".

Der Bundesregierung sei, so Scholz, von der „DDR" zunächst mündlich mitgeteilt worden, daß auch West-Berliner die Zwei-Tage-Regelung für einen Besuch in Ost-Berlin wahrnehmen könnten. Am 1. August habe aber dann die „DDR" Kanzleramtsminister Jenninger davon unterrichtet, daß diese Regelung nicht für Berliner gelte.

Der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Helmut Schäfer, sagte gestern in einem Rundfunkinterview, es gebe Differenzen zwischen dem, was im Bundeskabinett über das Ergebnis der Verhandlungen des Staatsministers im Bundeskanzleramt, Philipp Jenninger, mit der „DDR" berichtet worden sei, und dem, was sich jetzt als Ergebnis herausstelle. Der FDP-Sprecher empfahl Jenninger, sich bei künftigen Verhandlungen mit der „DDR" mehr als

SEITE 2:
„Besuch kein Wert an sich"

bisher des Sachverstandes der zuständigen Bonner Experten zu bedienen. Aus dem Kanzleramt wurde dieser Behauptung Schäfers widersprochen. Jenninger habe sich in jedem Fall mit sachverständigen Beamten beraten.

Hans-Jürgen Wischnewski, Schatzmeister der SPD, nannte es einen „skandalösen Vorgang", daß nicht alle Rentner bei Reisen in die „DDR" in den Genuß des ermäßigten Umtauschsatzes gelangen. In einem Interview sagte Wischnewski, die Bundesregierung wäre von Anfang an verpflichtet gewesen, die Geltung der Vereinbarungen klarzustellen.

CARL GUSTAV STRÖHM, Wien

Mit dem bisher schärfsten Ostblock-Angriff auf die innerdeutschen Beziehungen hat gestern die Prager Parteiführung in die Auseinandersetzungen um die deutschlandpolitische Linie Erich Honeckers eingegriffen. Das Partei-Organ „Rude Pravo" erhob in einem Artikel über den „deutschen Revanchismus" die Anschuldigung, die Bundesregierung wolle die „DDR" der Bundesrepublik Deutschland „einverleiben" und durch eine Wiedervereinigung das westdeutsche politische und gesellschaftliche System auf Ostdeutschland übertragen. Bonn betreibe gegenwärtig nichts anderes als die „Liquidierung der DDR und ihres sozialistischen Systems".

London will Tornados an Riad liefern

Auch Oman zeigt Interesse / Israels Botschafter warnt vor Waffenexporten in den Nahen Osten

RÜDIGER MONIAC/RS. Bonn

Israels Botschafter in Bonn, Yitzhak Ben Ari, hat im Zusammenhang mit Meldungen über die Absicht Saudi-Arabiens, in Großbritannien 40 Jagdbomber vom Typ „Tornado", an dessen Produktion auch die Bundesrepublik Deutschland und Italien beteiligt sind, zu kaufen, vor der Lieferung „jeglicher moderner Waffen" in den Nahen Osten gewarnt. Gegenüber der WELT sagte der Diplomat, diese Waffenexporte „gefährden zunehmend die Sicherheit des gesamten Nahen Ostens. Eine Befriedung der Region wird nur möglich sein, wenn immer weniger Waffen in dieses Gebiet exportiert werden".

Die Bundesregierung ist darüber informiert, daß Großbritannien an Saudi-Arabien Kampfflugzeuge vom Typ „Tornado" liefern möchte. Daß eine entsprechende Entscheidung Londons offenbar kurz bevorsteht, schließen Fachleute aus der Tatsache, daß ein Team saudischer Militärs gerade eine Testserie mit dem Flugzeug auf dem britischen Luftwaffenstützpunkt Honington abgeschlossen hat.

In Bonn erklärte der Parlamentarische Staatssekretär Grüner vom Bundeswirtschaftsministerium, mit dem britischen Exportgeschäft habe sich der Bundessicherheitsrat befaßt. Großbritannien exportiere die Flugzeuge in eigener Verantwortung. „So-

SEITE 2:
Tornado-Skandal

weit deutsche Interessen im vorliegenden Fall berührt sind, werden sie von der Bundesregierung im Rahmen von Konsultationen geltend gemacht." Diese Auskunft gab Grüner einem Abgeordneten der Grünen auf eine entsprechende Anfrage bereits am 3. Juli schriftlich zur Antwort. Darin hieß es, die Bundesregierung habe in solchen Fällen auch Rücksicht auf die Interessen der anderen Partner zu nehmen.

Nach Informationen der WELT würde Großbritannien, wenn das Exportgeschäft zustande kommen sollte, die Flugzeuge aus dem Bestand der britischen Luftwaffe liefern. Saudi-Arabien ist an zwei Staffeln mit rund 40 Jagdbombern interessiert. Die Maschinen wären bei der „Royal Airforce" im Geschwaderbetrieb bereits im Gebrauch gewesen, bevor sie von der saudischen Luftwaffe übernommen würden. Das bedeutet, daß die Lieferung der Flugzeuge schon im nächsten Jahr möglich würde. Der in der britischen Luftwaffe so entstandene Fehlbestand würde im Rahmen des Produktionsprogramms an den Fertigungsstätten in den drei Ländern Bundesrepublik, Italien und Großbritannien von 1989 an ausgeglichen, wenn bis dahin die von den drei NATO-Luftwaffen georderte Zahl von 805 Serien- und vier Vorserien-

■ Fortsetzung Seite 10

„DDR" nahm Kredit nicht aus wirtschaftlichem Zwang

DIW spricht von positiver Entwicklung im 1. Halbjahr

PETER WEERTZ, Berlin

Ökonomische Zwänge, die die Aufnahme des jüngsten Milliardenkredits durch die „DDR" erfordert hätten, vermag das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin nicht zu erkennen. Dafür spreche auch das insgesamt positive Bild der wirtschaftlichen Entwicklung im 1. Halbjahr 1984. Es sei Ost-Berlin gelungen, das Wirtschaftswachstum mit einer Zunahme des produzierten Nationaleinkommens von 5,1 (Plan: 4,4) Prozent stärker zu beschleunigen als vorgesehen.

Infolge des höheren Wachstums und der Exportüberschüsse im Außenhandel in Ost und West habe sich darüber hinaus die Belastung durch Schuldentilgung gegenüber der Sowjetunion und den westlichen Ländern gemildert. Im Vergleich zu 1981/82 – damals war die Liquiditätslage der „DDR" prekär – hat Ost-Berlin seine Nettoverschuldung (Gesamtverschuldung abzüglich Bankguthaben) bis Ende 1983 um ein Drittel auf 6,7 Milliarden Dollar (einschließlich des innerdeutschen Handels) gegenüber den westlichen Banken verringert. Die Zinslast, die 1981 nach den Schätzungen des Instituts noch 1,37 Milliarden Dollar ausmachte, konnte unter eine Milliarde Dollar gesenkt werden. Der Gesamtbetrag der Nettoverschuldung gegenüber westlichen Ländern wird auf acht bis über neun Milliarden Dollar Ende 1983 geschätzt.

Als Grund für den neuen ungebundenen Finanzkredit der Bundesrepublik von 950 Millionen Mark vermutet das Berliner Institut, daß Ost-Berlin seine Liquidität an westlichen Devisen erhöhen will. „Die Liquidität ist zur Zeit nicht ungünstig, große Investitionsprogramme oder umfangreiche Einkäufe zur Verbesserung der Versorgung zeichnen sich nicht ab", meint das Institut zur „Lage der DDR-Wirtschaft zur Jahresmitte".

Überrascht haben allerdings die Ergebnisse im Einzelhandel (privater Verbrauch) und im Außenhandel. Der private Verbrauch, der 1983 aufgrund der hohen Exporte stagnierte, ist im ersten Halbjahr um 4,4 Prozent gewachsen. Im Jahresplan war eine Zunahme von lediglich 2,2 Prozent vorgesehen. Trotz des größeren privaten Verbrauchs ist es diesmal gelungen, den Außenhandelsumsatz um zehn statt wie zunächst geplant um nur fünf Prozent zu steigern.

Bemerkenswert sei die Zunahme der Exporte in die Sowjetunion (plus 18 Prozent). Infolge des Exportüberschusses wurde die Verschuldung gegenüber der UdSSR (umgerechnet vom Rubelkurs rund 5 Milliarden Dollar) zum erstenmal verringert. Eine Wende zeichnet sich nach Angaben des Instituts gegenüber den westlichen Ländern ab. Hier habe Ost-Berlin wieder mehr importiert, nachdem in den Vorjahren die Einfuhren zugunsten der Exporte gedrosselt wurden. Im innerdeutschen Handel gingen hingegen im ersten Halbjahr die Lieferungen der Bundesrepublik um 21 Prozent zurück, während die Lieferungen der „DDR" um 15 Prozent größer waren. Der Lieferüberschuß Ost-Berlins im innerdeutschen Warenverkehr betrug daher bis Ende Juni rund 720 Millionen Mark.

Prozeß gegen Jelena Bonner noch im August?

AFP / dpa, Moskau / Washington

Ende dieses Monats soll in Gorki das Verfahren gegen Jelena Bonner beginnen, die der „sowjetfeindlichen Propaganda" beschuldigt wird. Vor dem Prozeßbeginn hat die Ehefrau Sacharows Freunde in Moskau unterrichtet. Die Briefe wären das erste Lebenszeichen von Frau Bonner seit ihrer Rückkehr in die für Ausländer gesperrte Stadt Gorki.

Der Sprecher des State Department, Alan Romberg, sagte am Dienstag in Washington, die USA seien besorgt wegen verschiedener Berichte, nach denen Sacharow mit bewußtseinsverändernden Drogen behandelt worden sei. Deshalb hat das US-Außenministerium am Dienstag an die UdSSR appelliert, den Besuch eines unabhängigen Beobachters bei Andrej Sacharow und seiner Ehefrau Jelena Bonner zuzulassen.

USA: Erfolg der Entwicklungshilfe kontrollieren

AP, Wien

Die USA wollen künftig verstärkt darauf achten, daß ihre Entwicklungshilfe sinnvoll verwendet wird. Bei der Generalversammlung der Industrie-Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen (UNIDO) in Wien sagte der US-Chefdelegierte Richard Williamson, dauerhafter wirtschaftlicher Fortschritt müsse vom Empfängerland durch eine Politik unterstützt werden, die auf breites Wachstum, einheimische Investitionen und Förderung der Privatwirtschaft ausgerichtet sei. Das System der zentralistischen Wirtschaftslenkung habe sich nicht bewährt.

Williamson machte geltend, von den Nettozahlungen in Höhe von 87,9 Milliarden Dollar, die 1981 aus entwickelten Ländern in Entwicklungsländer geflossen seien, hätten die USA rund ein Drittel aufgebracht.

Prawda berichtet über Probleme in Kraftwerk

rtr, Moskau

Als gewaltiger Fehlschlag hat sich eines der Prestigeobjekte der sowjetischen Energiepolitik, ein Kohlegroßkraft in Kasachstan, erwiesen. Die Parteizeitung „Prawda" berichtete am Mittwoch, die Fertigstellung des Kraftwerks in Ekibastuz liege weit hinter den Terminvorgaben zurück. Die bereits in Betrieb genommenen Teile der Anlage stünden meist wegen Reparaturarbeiten still. In der früheren Propaganda war das Kraftwerk als eines der größten Vorhaben seiner Art gegen Ende des 20. Jahrhunderts bezeichnet worden. Es sollte billige Energie für neue Industrien in Kasachstan liefern. Die ursprünglich geplante Leistung werde, so die „Prawda", nicht annähernd erzielt. Die angeschlossenen Fabriken müßten ständig den Betrieb wegen Stromunterbrechungen einstellen.

Raumfahrtindustrie fordert sechs Milliarden Mark

Deutsch-amerikanische Raumstation soll entwickelt werden

dpa / VWD, Bonn

Die Bundesregierung sollte für die nächsten zehn bis 15 Jahre ein neues Weltraumprogramm verabschieden und dafür erheblich mehr Mittel als bisher zur Verfügung stellen. In dieser Kernforderung gipfelt ein Memorandum des Bundesverbandes der Deutschen Luftfahrt-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie (BDLI), das als Orientierungs- und Entscheidungshilfe für die Gestaltung der Zukunft der Raumfahrt in der Bundesrepublik Deutschland gedacht ist. Wie ein Sprecher des Verbandes gestern erklärte, wären zur Erfüllung der programmatischen Forderungen in den nächsten zehn Jahren insgesamt rund sechs Milliarden Mark zusätzlich erforderlich.

Entscheidend für die Kostenschätzungen sind der Ausbau der Ariane-Trägerfamilie und die vorgesehene Entwicklung der deutsch-amerikanischen Raumstation sowie die Tatsache, daß die Franzosen und die Japaner ihre staatlichen Raumfahrtbudgets mit 1,4 Milliarden Mark beziehungsweise 1,6 Milliarden Mark doppelt so hoch dotierten wie die Bundesrepublik Deutschland. Es gelte nun, die Raumfahrtentwicklungen in Europa bis zum Jahr 2000 verstärkt der breiten kommerziellen Nutzung zuzuführen und gleichzeitig die Innovationskraft in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht auszuschöpfen.

Die Bundesregierung will unter der Federführung von Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber im September oder Oktober erste Eckwerte für ein neues Weltraumprogramm verabschieden. Dabei wird es im wesentlichen um die Grundsatzentscheidung gehen, ob und in welcher Form sich Bonn an der europäisch-amerikanischen Raumstation beteiligen wird. Wenn auch die Prüfung eines Projektes in den beteiligten Bonner Ressorts noch nicht abgeschlossen ist, bezeichneten Kreise des Bundesfinanzministeriums die Vorstellung, die Mittel für die Weltraumforschung von jährlich rund 800 Millionen Mark um durchschnittlich 600 Millionen Mark über einen Zeitraum von zehn Jahren aufzustocken, als „illusorisch".

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Tornado-Skandal

Von Heinz Barth

Zwei komplette Staffeln mit insgesamt vierzig Maschinen des Kampfflugzeuges Tornado aus der britisch-italienisch-deutschen Ko-Produktion sollen an Saudi-Arabien geliefert werden. Ursprünglich war als Liefertermin das Jahr 1989 in Aussicht genommen. Nun will London einen Teil der für andere Abnehmer bestimmten Produktion auf einen früheren Termin vorziehen, um die saudi-arabischen Wünsche zu befriedigen. Als nächstes Land in der Region ist Oman dran.

Es ist nicht das erste Mal, daß die gemeinsame Waffenproduktion Probleme der internationalen Sicherheit aufwirft. Bereits im Juni hat Bonn erklärt, es werde keine Einwände gegen die Tornado-Lieferung an Saudi-Arabien erheben, deren Abwicklung in britischen Händen liegt. Warum eigentlich?

Die Bundesregierung hat hier wie bei jeder Gemeinschaftsproduktion – selbstverständlich – ein Vetorecht. Es ist unbegreiflich, daß sie davon keinen Gebrauch macht. Es ist unbegreiflich, daß sie nicht schon die Lieferung für 1989 unterbunden hat. „Die Bundesregierung hat in solchen Fällen auch Rücksicht auf die Interessen der anderen Partner zu nehmen", sagt Staatssekretär Grüner. Hat sie nicht auch auf Israel und auf den Frieden Rücksicht zu nehmen?

Wenn wir nicht einmal den Panzer Leo II an die Araber liefern, der israelisches Territorium im Ernstfall binnen Tagen erreichen würde – und lange genug hat es gedauert, bis Bonn begriff, daß eine solche Lieferung undiskutabel ist! –, wie kommen wir dann dazu, eine Waffe liefern zu lassen, die Israel binnen Minuten erreichen kann? Daß nicht „wir liefern", sondern die Engländer, ändert nicht das geringste an unserer Verantwortung.

Wenn jemand Waffen dieser Dimension in Spannungsgebiete liefert, noch dazu in das gefährlichste Spannungsgebiet der Welt, dann hat er die Verantwortung dafür zu tragen, daß diese Waffen nicht mißbraucht werden. Vielleicht können das die Amerikaner; sie mögen sich darüber klar werden. Die Bundesregierung kann es wirklich nicht. Was sich hier abspielt, ist mehr als eine „Panne", das ist ein grobes Versagen, das rückgängig gemacht werden muß.

Ein Manöver scheitert

Von Heinz Weissenberger

Bereits nach dem ersten Tag der geradezu homerischen Debatte im französischen Senat über Mitterrands Projekt einer „Volksabstimmung über die Volksabstimmungen" stand fest, daß die zweite Kammer dem Präsidenten eine Abfuhr bereiten werde. Womit es gescheitert wäre, denn für die Verfassungsänderung ist die Zustimmung beider Häuser des Parlaments erforderlich.

Die Opposition im Senat prangerte am Dienstag das „Manöver" des Präsidenten an, mit der geplanten Volksabstimmung über die Abänderung des Paragraphen 11 der Verfassung von den eigentlichen Problemen wie Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und den Stimmenverlusten der Linken bei den kürzlichen Wahlen abzulenken. Sie hätte auch die Goldene Schlafmütze verdient, hätte sie sich diese Gelegenheit entgehen lassen.

Mitterrand wollte den Paragraphen 11 über die Anwendungsmöglichkeiten einer Volksabstimmung ändern, um eine Volksabstimmung bei jedem Problem, das die „Freiheiten in weitestem Sinne" angeht, zu ermöglichen. Das Ziel seines Manövers war es, für seine in die Minderheit geratene Regierung das in Frankreich populärste Schlagwort, „Freiheit", zurückzugewinnen. Die Opposition gilt nämlich heute in Frankreich als Verteidiger der Freiheiten gegen die Versuche der Linken, die Presse zu knebeln, die Privatschulen abzuschaffen und die Wirtschaft auf dem Umweg über die Gewerkschaften in die staatliche Zwangsjacke zu stecken – und das, obwohl die Linke immer die drei großen Schlagworte der Großen Revolution für sich beansprucht, einschließlich des ersten, der liberté.

Mitterrands illustrer Vorgänger de Gaulle wurde durch den Versuch, die konstitutionellen Befugnisse des Senats, in dem damals die Linke die Mehrheit hatte, gestürzt. Das muß Mitterrand nicht ganz so kraß widerfahren, aber das Scheitern seines Volksabstimmungsprojekts ist – ob er nun wirklich daran hing oder nicht – seine bisher schlimmste Niederlage seit seiner Wahl im *Mai 1981*. Was wird aus seinem fast legendären politischen „Touch"?

Wird zuviel gestraft?

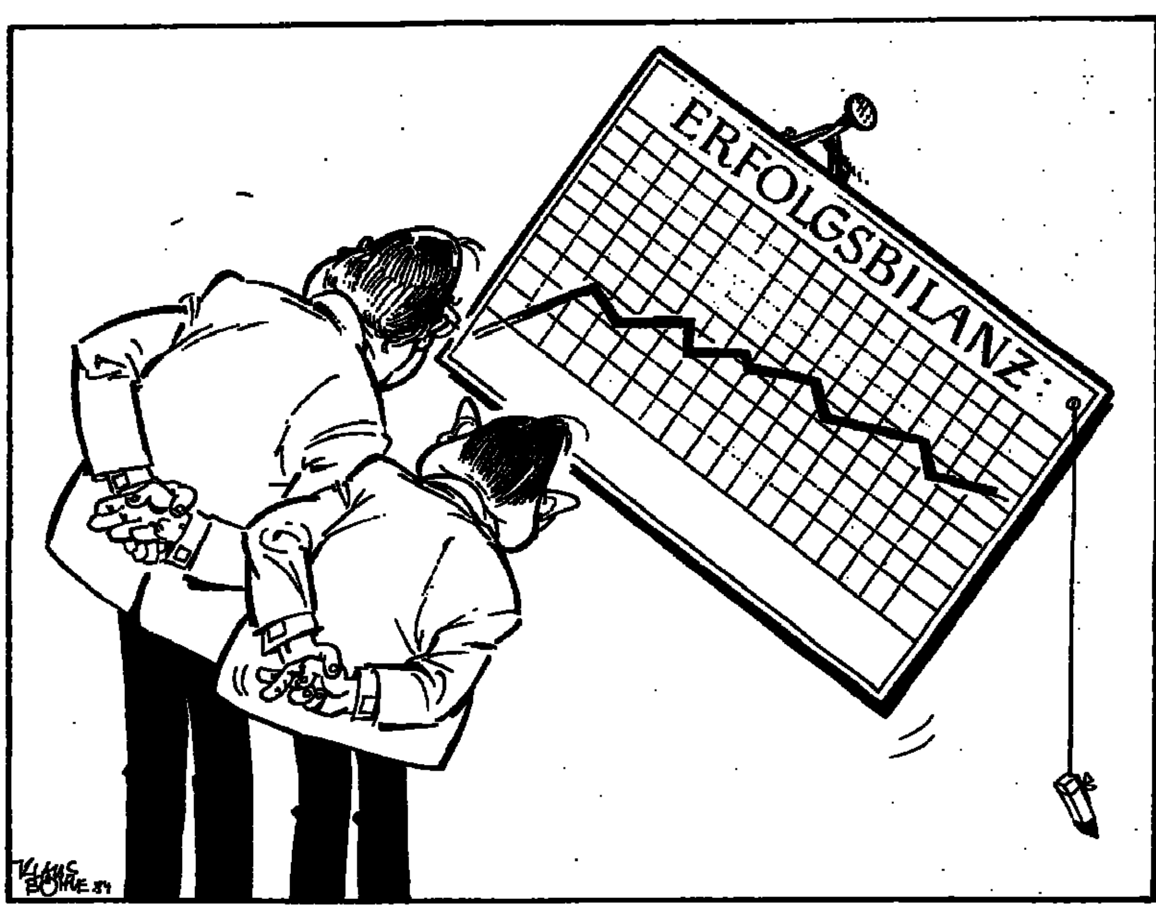
Von Enno v. Loewenstern

Es ist Sommerpause, die Hinterbank darf sich zu Worte melden; aus dieser Sicht müßte man den Vorstoß des SPD-Rechtspolitikers Emmerlich wider den Bundesjustizminister Engelhard nicht ernster nehmen, als er sachlich ist. So geißelt der tapfere Abgeordnete den Minister und die Regierung beispielsweise, weil bei Landfriedensbrüchen härter durchgegriffen werden soll und weil das Bewährungsrecht nicht genug gelockert worden ist. Zu letzterem gebe es einen SPD-Entwurf, der „nicht nur unter der Devise steht 'wenn möglich früher raus', sondern auch die Konzeption verfolgt 'möglichst erst gar nicht rein'."

Emmerlich hat die Nerven, zu poltern: „Es werden zu viele und zu lange Freiheitsstrafen verhängt und vollstreckt, ohne das dies durch die Entwicklung der Kriminalität geboten wäre." Daß die Kriminalität sich in wenigen Jahren mehr als verdoppelt hat, daß die Gewaltkriminalität zunimmt, daß vor allem die älteren Mitbürger in immer größerer Angst leben (auf einen Leitartikel, in dem wir kürzlich auf dies Problem hinwiesen, sind uns erschütternde Äußerungen solcher älterer Mitbürger zugegangen) und daß viele Mütter sorgenvoll darauf reagieren, wie Kinderschänder auf jedes mehr von Wohlwollen als von Fachkenntnis getragene „Sachverständigen"-Gutachten hin freigelassen werden – das alles geht so an den liberalen bis linksliberalen Rechtspolitikern vorbei.

Als Politiker genießen sie ja auch besonderen Personenschutz. Außerdem stehen sie im besten Mannesalter (Frauen sind auf dem Gebiet der Gewaltkriminalität interessanterweise doch eher zurückhaltend mit „möglichst gar nicht erst rein") und die Sorgen der Schwächeren scheren sie nicht.

Aber das alles wäre kein Problem, wenn die Rechtspolitiker der Vernunft derartigen Unfug mit dem gebührenden Nachdruck vom Tisch fegten. Geben wir's doch zu, nicht nur der schwache Engelhard verhält sich so defensiv, daß solch emmerliche Vorhalte ihn schier schuldbewußt erscheinen lassen – die ganze Regierung tritt da leise. Vielleicht würde es helfen, wenn die älteren Bürger und die Mütter sich zum Protest gegen die Schwäche des Staates gegenüber Gewalttätern organisierten. Das macht auch gefühllose Politiker springlebendig.



„Irgendwas stimmt doch da nicht?" KLAUS BÖHLE

Wo es in Bonn fehlt

Von Manfred Schell

Die politische Stimmungslage in diesem unserem Land ist seltsam ambivalent. Was die Regierung tut, findet die haushohe Mehrheit richtig – aber das vorherrschende Gefühl ist Unzufriedenheit. Die Pannen der letzten Monate überlagern die Leistungsbilanz der Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl, die wahrhaftig respektabel ist.

Das Verhältnis zu den USA ist von dieser Regierung tadellos geordnet worden; übrigens auch das zum nächstwichtigen Verbündeten, zu Frankreich. Die Wirtschaft zeigt trotz wochenlanger Streiks Aufwärtstendenzen. Die Inflationsrate ist halbiert. Die Umweltschutzpolitik und die Anstrengungen, die öffentlichen Finanzen auf eine gesunde Grundlage zu stellen, sind beispielhaft. Dennoch gelingt es nicht so recht, diese Erfolge öffentlich bewußt zu machen.

Die Schlagzeilen zeigen das negative Kontrastbild: das Amnestiedebakel, den Hickhack um die Steuerreform, die Fehlleistungen im Umgang mit der „DDR", den Eiertanz um das Kohlekraftwerk Buschhaus. Ein Jahr, so hat ein prominenter Unionspolitiker gegenüber dieser Zeitung geklagt, werde man brauchen, um diese Pannen wieder auszubügeln. Helmut Kohl wird in der Ruhe der Sommerferien über seinen Führungsstil und sein Instrumentarium nachdenken müssen.

Bei Buschhaus, das bekennt Kohl, hat er einen Fehler gemacht. In mehreren Gesprächen hat er gesagt, Buschhaus dürfe kein zweites Brokdorf, „kein negatives Symbol" werden. Er hat eine Nase für solche Dinge, auch wenn er die Einzelheiten technisch, rechtlich, politisch nicht gut genug im Griff hat. Das ist letztlich auch nicht seine Aufgabe; dann müßte er aber die richtigen Mitarbeiter dafür auswählen und sie richtig einsetzen.

In der Umgebung des Regierungschefs fehlt ein Krisenmanagement, das etwa die Nase in den geschwefelten Buschhaus-Wind hält, das in Alternativen denkt, das Szenarien entwickelt. Die gescheiterte Parteispenden-Amnestie hätte eine Warnung sein müssen. Das voluntaristische Denken des Kanzlers nach dem Motto „Das ziehe ich schon durch" hat hier Grenzen gefunden, nachdem es zuvor in der Kießling-Affäre noch gutgegangen war.

Die Amnestie beispielsweise hätte man natürlich von der Staatsraison, von der juristischen Raison her begründen können. In der Bundestagsdebatte ist dies ja dann auch von Stoltenberg unternommen worden, aber eben zu wenig und, vor allem, zu spät. Die Steuerpolitik, ein absolut respektables Konzept, wurde zerredet. Das umweltfreundliche Auto wurde vertagt. Kaum war Buschhaus erledigt, wurden schlechthin unbegreifliche Fehlleistungen im Umgang mit Unterhändlern Ost-Berlins bekannt.

Aus alledem muß der Kanzler Lehren ziehen, wenn er nicht in drei Jahren eine böse, heute noch für ihn unvorstellbare Überraschung erleben will. Zunächst, was ihn selber betrifft: Helmut Kohl klärt allzugern politische Fragen in „direktem Kontakt" mit Ministern und anderen. Wer ihn im Parlament beobachtet, sieht ihn ab und zu Zettel aus der Tasche ziehen und dann Abgeordnete zu sich winken. Das ist irgendwie nett und sympathisch – und ineffizient. Ressortzuständigkeiten, zumindest die Fachebenen, werden überspielt. Wenn Staatssekretäre grinsend feststellen, daß der Chef ihrer Runde von seinem Schulfreund nicht in dessen allerhöchsten Willen eingeweiht worden ist, nützt das weder der Person noch der Sache. Komplexe Entscheidungen erfordern, ferner, breitgefächerten Sachverstand. Wieso wurde keiner der brillanten Staatsrechtler, die dieser Regierung angehören oder nahestehen, in die Ostverhandlungen eingeschaltet? Wo ist der Wirtschaftskenner, der dem Kanzler sagt, da und dort müsse eingehakt werden? Auf wessen Ratschläge hört Kohl überhaupt?



An allem ist er nicht schuld: Schrekkenberger FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Im Kanzleramt gibt es drei Staatsminister. Aber keiner sondiert auf dem koalitionsintern schwierigen Feld der Innen- und Rechtspolitik, keiner zeichnet Lösungsmöglichkeiten vor. Friedrich Vogel wäre hier gefordert, aber er ist für die Abstimmung mit den Ländern abgestellt. Die Linie der Union im Bundesrat in der Umweltschutzpolitik (abgasarmes Auto) ist aber ein markantes Beispiel dafür, daß dies nicht gelingt. Selbstbewußte Ministerpräsidenten wie Strauß, Späth und Albrecht lassen sich von der zweiten Ebene nicht fernsteuern.

Staatsminister Jenninger ist für die Deutschlandpolitik zuständig, aber er soll außerdem die Clearingstelle zur eigenwilligen CDU/CSU-Bundestagsfraktion sein. Diese Doppelbelastung schafft zwangsläufig Defizite. Kohl wiederum versucht, die Fraktion via den parlamentarischen Geschäftsführer Schäuble zu beeinflussen, der jedoch nicht an Alfred Dregger vorbei handeln kann und wohl auch nicht will. Es wäre nützlich, wenn der Kanzler nicht nur einen Modus vivendi, sondern einen Modus operandi zu Dregger fände. Und zu Strauß. Es wäre zu billig, Kanzleramtschef Schreckenberger zum Prügelknaben für alles zu machen.

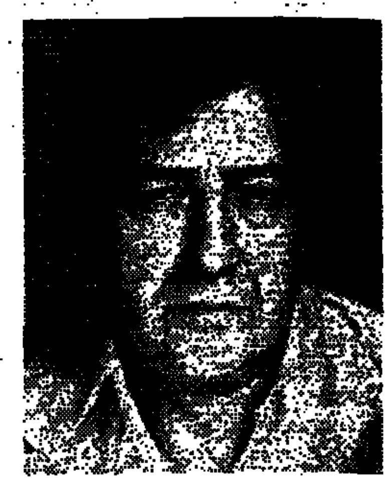
Last not least aber: Kohls Art, nach innen Widerspruch abzubürsten, nach außen aber nicht als entschiedener Richtungweiser aufzutreten, sondern jedes Hühnerhofgeschnatter als autoritativ erscheinen zu lassen, ist die andere Wurzel der Ineffizienz. Da nützt die Klage nichts, Boenisch verkaufe die Regierung nicht gut genug. Erst muß der Chef kochen, dann kann das Personal servieren.

IM GESPRÄCH Luciano Berio

Vordenker der Postmoderne

Von Reinhard Beuth

Gleich seine erste Oper, das war 1970, nannte der italienische Komponist Luciano Berio „Opera" – um zu sagen, das dies eben keine Oper mehr sei. Seine große Oper für die Mailänder Scala vor zwei Jahren hieß „La vera storia" – aber es war eben nicht die wahre Geschichte, sondern der kühne Versuch, zwei Stars der Unterhaltungsmusik, Milva und Daisy Lumini, in die Form der Oper einzubinden. Sein jüngstes Werk, „Un Ré in ascolta", jetzt bei den Salzburger Festspielen uraufgeführt (vergl. Kultur), spielt abermals mit den überkommenen Formen, ringt darum, dem alten Kanon andere Gestalten zu geben.



Dem alten Kanon andere Gestalt geben: Berio FOTO: HORST TAPPE

Luciano Berio, Jahrgang 1925, erfuhr seine musikalische Prägung in den ersten Nachkriegsjahren, und das an so gegensätzlichen Instituten wie dem Verdi-Konservatorium Mailand und in der brodelnden Avantgardeszene der Darmstädter Ferienkurse. Das wirkt nach. Auf der einen Seite ist für ihn als Italiener – geboren wurde er im ligurischen Oneglia – der Gesang, ja, der Operngesang natürliches musikalisches Ausdrucksmittel. Auf der anderen Seite kann diese Form nach allen musikalischen Revolutionen nicht mehr gedankenlos übernommen werden. Seinen sinnfälligsten Ausdruck fand dieses Dilemma vielleicht in Berios Ehe mit der Sängerin Cathy Berberian, dieser stupenden Virtuosin des Avantgardegesangs – oder vielleicht besser: des Kehlkopf- und Mundinstrumentariums.

Aus diesem Dilemma erwachsen auch Skrupel. Berio ist alles andere als ein „produktiver" Komponist; ein Großteil seiner Energie verbraucht sich in Lehrtätigkeit (Harvard, Juilliard School, Mills College), beim italienischen Rundfunk, jahrelang auch mit der Herausgabe der Zeitschrift „Incontri musicali". Berio verkörpert auf der heutigen Musikszene viel mehr den Denker und Sucher als einen „leichthin" schöpferischen Menschen.

Während der sechziger und siebziger Jahre schien Berios Karriere auf hohem Niveau stillzustehen. Er war da, er war gut, aber im Mittelpunkt stand er nicht. Den Alten war er zu modern, den Jungen nicht progressiv genug. Was man dabei übersehen hat und erst neuerdings richtig erkennt (worauf die großen Mailänder und Salzburger Aufträge hinweisen), ist die Tatsache, daß Berio eigentlich ein Vordenker der Postmoderne war und noch immer ist. Der Stilwille wurde zum Spielwillen, die musikalische Materialerweiterung ist an ihre Grenzen gestoßen, die Moderne selbst zur Formel geworden. Nichts mehr bedeutet noch wirklich das, was es auf den ersten Blick zu sein vorgibt. Am eindruckvollsten hat er dies wohl in seiner „Sinfonia" formuliert mit ihrem grandiosen Collagen-Scherzo.

Berios italienische Kollegen von Rang mochten diesen Weg nicht mitgehen. Luigi Nono blieb bei den Serialisten, Sinopoli wich aufs Dirigieren aus. Berio hat als einziger durchgehalten. Das wird seinen Ruhm dereinst noch beträchtlich mehren.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Neue Zürcher Zeitung

Hier heißt es zu der Referendumsdebatte im französischen Senat:

Die Propagandaschlacht um Mitterrands Referendumsmanöver nimmt nach allgemeiner Ansicht in diesem Ferienmonat immer mehr die Züge eines wirren Sommerfeuilletons an, das selbst für jene bald kaum mehr zu überblicken sein wird, die bisher alle politischen und juristischen Purzelbäume dieser französischen Advokaten-Olympiade mitzuverfolgen suchten. In dieser Beziehung kann Mitterrand, einst gewiegter Affärenspieler der Vierten Republik, einen Rauchschleiererfolg verbuchen.

RHEINISCHE POST

Die Düsseldorfer Zeitung analysiert den Aufsatz im „DDR"-Blatt „Horizont":

Wenn Prof. Neubert ausdrücklich „Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen Parteien" – immer sind kommunistische gemeint – zu Protokoll geben darf, dann klingen doch hier Töne an, die man bisher aus Ost-Berlin nie hörte. Wo sonst von unverbrüchlicher Treue zur Führerin der Arbeiterklasse, der KPdSU, die Rede war, wird nun vorsichtig in der theoretischen Analyse Distanz bezogen.

TRIBUNE de LAUSANNE

Zu dem Bombenattentat gegen den Schweizer Minister für Justiz und Polizei, Rudolf Friedrich, in Winterthur schreibt die Zeitung:

Nichts ist leichter, als eine Bombe unter ein Wohnzimmerfenster zu legen. Nichts ist feiger und empörender ... Man möchte gar – ohne jeden Chauvinismus – sagen, daß dieses Attentat bei uns unerträglicher ist als anderswo. Denn die Schweiz ist ein Land, wo Sie einen Bundesrat in der Straßenbahn antreffen können. Ein Land, in dem Sie dem Direktor der Staatsbank beim Überqueren der Straße begegnen ... Leider bedurfte es einer Geringfügigkeit, einiger sensationshungriger Dummköpfe, um aus dieser typisch eidgenössischen stillen Kraft eine gefährliche Schwäche zu machen. Was bleibt zu tun? Die Schuldigen zu finden. Und das schnell, damit um jeden Preis eine Ansteckung vermieden wird. Auch muß man fest und unbarmherzig gegenüber den Bombenlegern auftreten. Mit unseren Freiheiten spielt man nicht.

DARMSTÄDTER TAGEBLATT

Die Zeitung bemerkt zum hessischen Innenminister Winterstein (SPD), der den Nachzug von Angehörigen von Ausländern nach Hessen gegen den Willen der Bundesregierung liberalisiert hat:

Er müßte schon sehr blauäugig sein, wenn er sich über den Widerstand der vor allem betroffenen CDU-regierten südhessischen Kommunen gegen seinen Erlaß wundern sollte. Allerdings ist es einfach, einen Erlaß in die Welt zu setzen, für dessen Folgen andere aufzukommen haben.

SÜDKURIER

Das Konstanzer Blatt analysiert das Bild der Koalition:

Der erste Parteimanager der Union hat sicher in einem Punkt recht: Fehler gibt es immer wieder und überall, und davon ist auch keine Regierung ausgenommen. Aber mit dieser Entschuldigung macht es sich der CDU-Generalsekretär und Familienminister doch etwas zu leicht.

Das fortschrittliche Lager entlarvt sich als Bauernmörder

Duarte hat der Guerrilla von El Salvador die Chancen genommen / Von Werner Thomas

Auf der Erde lagen die Leichen von Campesinos, davor standen weinende Frauen und Kinder. Vertraute Bilder aus El Salvador gingen dieser Tage um die Welt. Nicht rechte Vigilanten hatten gemordet, sondern Mitglieder der marxistischen „Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN). Präsident José Napoleon Duarte kommentierte erregt: „Die Guerrilleros greifen nicht die Oligarchie an, wie sie behaupten, sondern einfache Bauern."

Die 58 Todesopfer in der Provinz La Libertad, 39 Angehörige der Zivilgarde und 19 Zivilisten, unter ihnen ein Greis und eine schwangere Frau, signalisieren zusammen mit den verstärkten Sabotageaktionen gegen die Wirtschaft eine neue Phase des Bürgerkrieges. Die Rebellen verbreiten wieder Terror und Zerstörung, ganz gleich, wie die Bevölkerung und die Weltöffentlichkeit reagieren mögen. In dem strategischen Stufenplan des Guerrilla-Krieges allerdings bedeutet das einen Schritt zurück. Nach viereinhalb Jahren wären aus dieser Sicht der offene militärische Kampf und der Volksaufstand fällig gewesen.

Der salvadorianische Krieg, der bisher mehr als vierzigtausend Menschenleben forderte, ist anders verlaufen, als im einseitig beeinflußten Ausland angenommen wird. Nie stand die unmittelbare Machtübernahme der FMLN-Truppen bevor, auch nicht bei jener „Endoffensive" Anfang 1981. Im Gegensatz zu Nicaragua, wo in der ersten Hälfte des Jahres 1979 ein ganzes Volk gegen einen Mann kämpfte, erhoben sich die Salvadorianer nicht gegen ihre Regierung. Die Regierungen, die dem Putsch der jungen Obristen im Oktober 1979 folgten, erfreuten sich keiner breiten Popularität. Zu oft wüteten die Todesschwadronen, zu schwer lasteten die wirtschaftlichen Probleme auf dem Land. Jedoch: Die meisten Menschen wünschten auch keine Revolution à la Nicaragua. Die marxistische Marschrichtung der Sandinisten hatte sich rasch herumgesprochen. Die Mittelamerikaner schwärmen nur von einem Land in der Region: dem demokratischen Costa Rica. Die Männer in Managua allerdings schürten tatkräftig den salvadorianischen Guerrilla-Krieg; die FMLN durfte in Nicaragua Kämpfer ausbilden und in der Hauptstadt ihre Kommandozentrale einrichten.

Nach dem Zeitplan der Comandantes, die sich als revolutionäre Avantgarde Mittelamerikas verstehen, sollte zunächst El Salvador fallen, dann Guatemala, später Honduras. Pentagon-Strategen entwarfen dagegen sogar Pläne für ein direktes militärisches Eingreifen. Seit dem 1. Juni ist diese Möglichkeit in weite Ferne gerückt. An diesem Tag übernahm der christdemokratische Reformpolitiker Duarte das Präsidentenamt. Seither befinden sich die kommunistischen Rebellen mehr denn je in der Defensive.

Duarte ließ den Sicherheitsapparat säubern. In den letzten zwei Monaten hat es keine spektakulären Verbrechen rechter Feme-Gruppen mehr gegeben. Nach Angaben des Erzbischofs Arturo Rivera y Damas kamen in der vergangenen Woche 158 Menschen ums Leben, unter ihnen die Guerrilla-Opfer in la Libertad. Vier Todesopfer führte er auf die Aktivität rechter Extremisten zurück. Selbst Vertreter der Sozialistischen Internationale und liberale Demokraten auf dem Kapitolshügel in Washington finden Duarte sympathisch. Die „New York Times", die in der Vergangenheit scharfe Kritik an der Salvador-Politik der Reagan-Regierung übte, leitartikelte dieser Tage: „Duarte verdient Beifall und Hilfe". Reagan muß nicht mehr mit dem Kongreß um die Militärhilfe für El Salvador kämpfen.

Duarte weigert sich, mit den Rebellen zu verhandeln, wenn diese auf ihrer bisherigen Forderung bestehen, der Machtbeteiligung. Er bietet ihnen statt dessen eine Teilnahme an den nächsten Wahlen an. Die Rebellen sehen darin wiederum kein attraktives Angebot. Die Aussichten: Der Krieg geht weiter, noch erbitterter denn je wahrscheinlich. Vermutlich kommt es vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen Anfang November zu einer neuen Offensive der Partisanen. „Die FMLN hat nichts mehr zu verlieren", urteilt ein diplomatischer Beobachter in der Hauptstadt; allerdings: „Sie hat auch nicht mehr viel zu gewinnen – unter den gegenwärtigen Umständen." General Paul Gorman, der Kommandeur der amerikanischen Truppen im karibischen Raum, in Panama stationiert, bezeichnete vergangene Woche vor dem Kongreß die Qualität der Regierungssoldaten als „durchwachsen". Sie könnten dennoch die Guerrilla-Organisation mit angemessener finanzieller Unterstützung der USA langsam „aufreiben". Das sei jedoch ein Prozeß von mehreren Jahren.

In der Zwischenzeit werden noch viele unschuldige Menschen ums Leben kommen. Menschen wie jene einfachen Bauern von La Libertad. Nach dem bewährten Motto aller Volksbeglücker, daß die Menschen entweder nach Vorschrift glücklich oder aber tot zu sein haben.

Ein Sündenfall durch „Kreativität“

Nach Landesbanken, Geschäfts- und Privatbanken ist nun auch eine prominente Genossenschaftsbank ins Gerede gekommen. Untypisch ist nur der Schauplatz: Hamm.

Von HARALD POSNY

Die Hammer Bank Spardaka eG steht im Verdacht, Sicherheiten für 25 Kredite mit einem Volumen von 320 Millionen Mark zu hoch bewertet zu haben. Für den Fall, daß Kredite notleidend werden, steht ein zusätzlicher Wertberichtigungs-Bedarf von 100 Millionen Mark zur Diskussion. Ein von der Kreditaufsicht eingesetzter Wirtschaftsprüfer, die Deutsche Waren-Treuhand, hat die Sicherheiten je nach Fall zwischen zehn und 70 Prozent niedriger bewertet.

Vom Vorstand abgesegnet, vom Aufsichtsrat gutgeheißen, von der Wirtschaftsprüfungs-Gesellschaft Treuverbund Bonn uneingeschränkt testiert, hatte der letzte Geschäftsbericht der Bank, die mit 1,65 Milliarden Mark Bilanzsumme die Nr. 7 unter den größten deutschen genossenschaftlichen Kreditinstituten ist, für diese 25 Kredite nur einen Wertberichtigungsbedarf von 16 Millionen Mark ausgewiesen. Für die Branchenstreuung, „mit gewissem Schwerpunkt im Bau- und Immobiliensektor“ (so Uwe Schmidt-Tychsen vom Westfälischen Genossenschaftsverband-WGV) entschieden zuwenig.

Gleichwohl: Wenn im schlimmsten *Fall sämtliche 25 gefährdeten Kredite* platzen, haben Kunden und Einleger, nicht einmal die rund 19 000 Genossen mit ihren etwa 93 000 Anteilen à 300 Mark, nichts zu befürchten. Der WGV und der Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) haben bereits einen Tag nach Bekanntwerden des „Falles Hammer Bank“ Garantie-Erklärungen abgegeben: „Eine Gefährdung für Einleger *und Kreditnehmer besteht nicht*, die Geschäfte der Bank werden fortgeführt.“

Zum Ausgleich möglicher Verluste, so beeilen sich BVR-Präsident Bernhard Schramm, aber auch das Vorstandsmitglied der WGZ-Bank, *der regionalen Zentralbank, Zellhorn,* zu versichern, stehen notfalls der schon vor 60 Jahren – also längst vor der Herstatt-Pleite eingerichtete Sicherungsfonds der Genossenschaftsbanken zur Verfügung. Vorher jedoch werden die offenen und stillen Reserven für den Normalfall „ausgekehrt“. Nötigenfalls müssen aber auch die 19 000 Genossen der Hammer Bank im Rahmen ihrer Anteilsverpflichtungen „bluten“.

Doch das ist bislang nicht zu befürchten, wie überhaupt eine notwendige Liquidität, die durch höhere *Einlagenabzüge* gefragt wäre, „in noch nicht nennenswertem Umfang“ (WGZ-Vorstand Georg Unckell) in Anspruch genommen worden ist. Was einmal auf den Sicherungsfonds der Genossenschaftsbanken zukommt, weiß bislang niemand zu sagen. Der schriftliche Sonder-Prüfungsbericht wird Anlaß zu Maßnahmen und Auflagen seitens der Berliner Bankenhüter bieten.

Im Bau- und Immobiliensektor sowie in der Bewertung von Grundstücken liegt auch einer der kritischen Ansatzpunkte für die Beurteilung des Instituts, das bereits seit Jahren mit Argusaugen beobachtet und mit kritischen Äußerungen begleitet wird.

Kritikpunkt 1 für das, was Bernhard Schramm einen „eklatanten Fall von Mißmanagement“ nennt: das ungeheure Bilanzsummen-Wachstum der Jahre 1979 bis 1983 mit Steigerungen zwischen 20 und 37 Prozent. Dies war nur dadurch möglich, daß auf der einen Seite das Kreditgeschäft aufgebläht wurde und zum anderen dieses Geschäft mit enormen Block-Termin-Einlagen, zumeist Dreimonatsgeldern, *refinanziert wurde.*

Sowohl Kredit- als auch Einlagengeschäfte dieser Größenordnung – Kreditvolumen 1983: 1,51 Milliarden Mark (plus 31,7 Prozent), Kundenverbindlichkeiten 1,4 Milliarden Mark (plus 21,1 Prozent) – kommen nicht *aus Hamm mit seinen 178 560 Ein*wohnern und seiner guten Bankenstruktur, zu der unglücklicherweise auch noch vier andere Volksbanken mit dem Vornamen „Hamm“ zählen. Kredite wurden bundesweit akquiriert, mit allen Problemen, die sich aus der Ferndiagnose von Kreditrisiken ergeben. „Das war der genossenschaftlichen Organisation seit langem ein Dorn im Auge“, meint BVR-Präsi*dent Schramm. „Es ist ein Unding,* daß eine lokale Volksbank das ganze Bundesgebiet als ihren Geschäftsbereich ansieht.“ Doch diese Kritik *wehrte der Hammer Bank-Vorstand* selbstbewußt ab, eine Möglichkeit, sie davon abzuhalten, boten ohnehin weder die Bank-Satzung noch genos*senschaftliche Regeln* noch irgendwelche Gesetze.

So blieb es bei Ermahnungen. Schulte verbat sich überdies jede Einmischung in die Hammer Geschäftspraktiken. Zudem erwies sich ja auch die Bank als durchaus ertragsstark und gut gepolstert, dürfte aber jetzt überfordert sein.

Heute nimmt man die Geschäftsberichte des Instituts mit gemischten *Gefühlen zur Hand. Sie hießen näm*lich auch „Kreativitätsbilanzen“ und gehörten zu den schicksten von Banken dieser Größenordnung, garniert mit vielen bunten Glanzbildern. Auf jeder Seite lugte die Kunde-Bank-Bindung hervor. Man ließ sich das einiges kosten: Thilo Koch, Friedrich Nowottny, Ernst Dieter Lueg und Peter von Zahn hielten hier vor Kunden ebenso beachtete wie gut bezahlte Vorträge – „Perspektiven der 80er Jahre“. Und nun, im 99. Jahr des Bestehens ein Sündenfall.

Kreativität definieren die Hammer *übrigens so: „Ein Leistungsvermö*gen zu schaffen oder zu verbessern, mit dessen Hilfe es möglich wird, Neuerungen einzuführen, eben die Kunst zu beherrschen, etwas anders zu machen.“ Das ist ihnen gelungen.

Zu alledem wird Ex-Banker Paul Schulte kaum mehr Stellung nehmen und es auch nicht wollen: Er gilt für Bank und Verband als „nicht auffindbar“. Man wähnt ihn im Ausland, in einem Schweizer Sanatorium, sagen die einen, auf der Flucht vor staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, glauben die anderen. Seit er sich nach der Geschäftsniederlegung kurzerhand aus Hamm verabschiedete, hat er „keinen Laut gegeben“.

Nicht ohne Grund, glaubt der Düsseldorfer Branchen-Informationsdienst „kapitalmarkt intern“. Er sieht *Zusammenhänge zwischen von der* Bank gewährten Krediten über 100 Millionen Mark „an verbundene Unternehmen“, an die BBH-Bauträger*gesellschaft für Bank- und Hotelge*bäude KG, Hamm, an der Schulte beteiligt war oder ist, und fragt, ob mit diesen 100 Millionen Mark etwa fehlende Baugelder für das der Bank benachbarte BBH-Hotel-Objekt „Maritim“ subventioniert worden sind. Zu den beglückten Kreditkunden sollen auch die „Hintermänner“ der jetzt in Konkurs befindlichen Bauherren- und Immobilien-Konzeptionsgesellschaft Pongs & Zahn gehören.

Inzwischen ermitteln die Staatsanwaltschaften Bochum und Dortmund gegen Schulte wegen des Verdachts der Untreue und der Steuerhinterziehung. Es ist schon bemerkenswert, daß die Bank erst durch Zufall zum „Fall“ wurde. Ermittlungen im Fall eines Bankkunden gegen Schulte, von denen die Bank aber nur mittelbar betroffen ist, hatten die Staatsanwälte zum Anlaß für eine Meldung an die Bankenaufsicht genommen, die prompt eine Sonderprüfung ansetzte.





9. August 1974 – Es war eine paradoxe Szene: Als Richard Nixon, der über „Watergate“ Gestürzte, in den Hubschrauber stieg, der vor dem Weißen Haus auf ihn wartete, verabschiedete er sich lachend mit dem Siegeszeichen. Er wurde zur Unperson und hatte von nun an viel Zeit zum Golfspielen (oben). Doch Nixon gelang es, als politischer Autor verlorenes Ansehen zurückzugewinnen.

FOTOS: STUDIO X/DPA

WIE WAR DAS?

Als Richard Nixon das Weiße Haus verlassen mußte

Von DIETRICH SCHULZ

Noch einmal wurde der rote Teppich für ihn ausgerollt. Noch einmal legte er den kurzen Weg vom Südeingang des Weißen Hauses zum wartenden Hubschrauber zurück. Die Kameras des Fernsehens verfolgten jeden Schritt, jede Geste des Mannes, der am Abend zuvor als erster und bisher einziger Präsident des Landes seinen Rücktritt erklärt hatte. Nun, da die Stunde des Abschieds gekommen war, erlebte die amerikanische Öffentlichkeit noch einmal eine Szene, widersinnig bei dem gegebenen Anlaß, *aber in ihrer Trotzdemonstration* typisch für die gesamte politische Karriere des Richard M. Nixon.

Während die zum Abschied herbeigeeilten Mitarbeiter des Weißen Hauses ohne Scham Tränen vergossen, während der Nachfolger Gerald Ford den Abgang des alten Präsidenten mit leicht verlegenem Gesicht verfolgte, wandte sich Nixon in der Tür des Hubschraubers noch einmal um, setzte ein Lächeln auf und riß beide Arme in die Höhe. Mit beiden Händen formte er das von Winston Churchill erfundene V-Zeichen. Es steht für victory, für Sieg also. Das Bild blieb unvergeßlich, weil es so wenig zu diesem Augenblick paßte. Über wen wollte Richard Nixon in diesem Augenblick, in der Stunde seiner tiefsten Demütigung, wohl gesiegt haben?

Man schrieb das Datum des 9. August 1974. *Amerika, vom Trauma der* sich abzeichnenden Niederlage in Vietnam erschüttert, hatte eineinhalb Jahre der Selbsterforschung und der Selbstzerfleischung über die „Watergate-Krise“ hinter sich. Was als innenpolitische Spionage mit einem Einbruch republikanischer Parteigänger im Hauptquartier der Demokratischen Partei vergleichsweise harmlos begonnen hatte, wuchs sich im Laufe der Zeit zu einer Vertrauenskrise oh*ne Beispiel* aus.

Nixon, den die Amerikaner noch im November 1972 mit überwältigender Mehrheit zum zweitenmal ins Präsidentenamt gewählt hatten, stand am Ende entblößt vor seinen Landsleuten: als Lügner, als Dulder (wenn nicht als Anstifter) krimineller Taten.

Der Mann, der als außenpolitischer Staatsmann Weitblick und Mut besaß, *machte im innenpolitischen Ge*rangel um die Watergate-Affäre, wie er in seiner Rücktrittsrede dann selbst eingestand, Fehler über Fehler. Statt sich sofort von denen zu trennen, die in ihrem Übereifer den Einbruch bei der Opposition eingefädelt hatten, versuchte Nixon, sie zu dekken. Er machte sich so zum Mittäter bei der Verschleierung von Straftaten. Tonbandanlagen, die sich der Präsident für Zwecke der historischen Akkuratesse in seinen Arbeitsräumen hatte anlegen lassen, zeichneten getreulich auf, wie Nixon nach der eigentlichen Tat zum Mitverschwörer bei den Verdunkelungsversuchen wurde.

So war das eigentliche Ende der Nixon-Ära bereits eingeläutet, als der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten am 24. Juli 1974 einstimmig entschied, daß der Präsident die im *Weißen Haus angefertigten Ton*band-Aufzeichnungen an einen Bundesrichter auszuliefern habe. Von da an wußten fast alle in Nixons Umgebung, vor allem sein damaliger Stabschef Alexander Haig, daß das Präsidentenamt verloren war. Nur die Nixon-Familie, vor allem die streitbare *Tochter Julie, versuchte, dem Präsi*denten den Rücken zu stärken und dem Sturm zu trotzen – auch dann noch, als der Rechtsausschuß des Repräsentantenhauses bereits vorgeschlagen hatte, gegen Nixon ein Verfahren mit dem Ziel der Amtsenthebung, ein Impeachment, einzuleiten.

Für die amerikanische Öffentlichkeit kam der Rücktritt des Präsidenten als eine Erleichterung. Für Richard Nixon selbst aber war es ein psychologischer Schock. Deprimiert und – wie Freunde später berichteten – einem Selbstmord nahe, vergrub er sich in seinem kalifornischen Exil. Der Gnadenakt, mit dem Präsident Gerald Ford einige Wochen später Nixon für alle Zeiten vor einer Strafverfolgung schützte, war möglicherweise lebensrettend für Richard Nixon, für Gerald Ford war er mitentscheidend für die Wahlniederlage gegen Jimmy Carter im Jahre 1976.

Aus dem zutiefst gedemütigten Richard Nixon ist heute, zehn Jahre später, ein respektierter „elder statesman“ geworden, was nur unzureichend als „älterer Staatsmann“ zu übersetzen ist. Von seinem Büro in New York aus unterhält er noch immer Kontakte zu führenden Persönlichkeiten im In- und Ausland. Meh*rere Bücher trugen zu neuem Anse*hen als strategisch kluger Denker bei. Und vor zwei Monaten erlebte er einen Triumph, den er besonders ge*nossen haben muß: Amerikas Chefre*dakteure, in Washington zu ihrem Jahreskongreß versammelt, spendeten ihm nach einer besonders gelungenen Rede minutenlang Beifall: Er hatte ihren Respekt zurückgewonnen. (SAD)

Olympia zwischen Göttern und Götzen

Von FRITZ WIRTH

Die enthüllendsten Augenblicke dieser Spiele sind die ersten Sekunden des Sieges, der Moment, da die Konzentration der Kraft, der Nerven und des Willens plötzlich auf Leerlauf geschaltet wird, wenn hochtrainierte Athleten sich buchstäblich gehen lassen. Bei einer bemerkenswerten Anzahl von Sportlern weicht diese Spannung spontan religiösen Emotionen. Die amerikanische Olympia-Siegerin im 400-m-Lauf, Valerie Brisco-Hooks, kniete hinter der Ziellinie nieder, faltete die Hände und betete. Sie tat das in aller Unbefangenheit und umarmte danach alles, was ihr über den Weg lief.

Der amerikanische Hürdenläufer Greg Foster, der als hoher Favorit gestartet war und schließlich um drei Hundertstelsekunden verlor, hätte allen Grund gehabt, in jener Sekunde an jenem Gott, zu dem er betet, zu verzweifeln. Statt dessen wurde auch er beim Gebet beobachtet. „Ohne meine religiösen Bindungen wäre ich nicht zu sportlichen Höchstleistungen fähig und auch nicht in der Lage, Niederlagen wie diese zu überwinden“, erklärte er.

Daß Frauen nach Siegen in Tränen schwimmen – das erwartet man beinahe; daß bei den Männern jedoch ausgerechnet die stabilsten und kompaktesten Muskelpakete in der



Sekunde des Sieges sich in Tränen aufzulösen drohen, erstaunt hier so manchen. Der amerikanische Ringer Jeff Blatnick heulte minutenlang so intensiv in die Fernsehkameras hinein, daß in jenem Augenblick große Teile der Nation mitweinten.

Das krasse Gegenstück zu diesen gerührten Siegern ist jener Mann, der seit Wochen von cleveren Promotern ganz kühl zum Helden und König dieser Spiele aufgebaut wird. Es ist der Sprinter Carl Lewis, der für vier Goldmedaillen programmiert worden ist und damit den olympischen „Grand Slam“ des Jesse Owens von 1936 in Berlin wiederholen soll. In der Sekunde nach seinem ersten Sieg griff er zur scheinbar nächstbesten US-Flagge und drehte damit ei*ne Ehrenrunde. Heute weiß man,* daß es nicht die nächstbeste Fahne war, sondern daß diese so spontane Regung sorgfältig geplant war. Einer *seiner Trainer hielt die Flagge* bereit.

Ebenso enthüllte die „New York Times“, daß das Titelbild des „Time“-Magazins, das Lewis in Siegerpose zeigt, bereits vier Tage vor seinem ersten Olympia-Sieg aufgenommen worden war. Die Goldmedaille an seinem Hals war geliehen. Wie sorgfältig berechnend Lewis diese vier Olympia-Siege angeht, die ihm einen Marktwert von einer Million Dollar einbringen sollen, wurde beim Weitsprung offenbar. Er begnügte sich mit einem einzigen Sprung und trat nicht mehr an. Das machte sich nicht gut für das Helden-Image dieses Mannes, das hier so intensiv aufgebaut wird. Es bildet sich bereits spürbar eine Anti-Lewis-Lobby in Amerika. So kühl berechnete Olympia-Vermarktung will nicht zum heißen patriotischen Olympia-Fieber passen, das sich in Los Angeles ausgebreitet hat.

Zwischen diesen Polen sehr jenseitig und diesseitig orientierter Siegesfreude etablierte sich gestern der *koreanische Judo-Kämpfer Hwang* Yung Oh als der unbestrittene Realist und Praktiker olympischer Medaillen-Vermarktung. Er wußte sehr *präzise, welche irdischen Kräfte* einer Danksagung wert sind. Der Präsident seiner Firma verdiene Huldigung, sagte er den Journalisten.

„Sonst noch jemand?“

„Ja, der Vizepräsident.“

„Und sonst?“ – „Meine Verlobte.“

Das nahm ihm trotz zweifelhafter Prioritäten immerhin den Ruch des schieren Opportunismus, bis dann Hwang Yung Oh eilig hinzufügte: „Aber die Medaille schenke ich meiner künftigen Schwiegermutter.“

Olympia zwischen Göttern und Götzen: Die Vermarktung des olympischen Metalls ist ein Waren-Termingeschäft.

Das Klima an der FU hat sich gewandelt

Aber Probleme für Präsident Heckelmann

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Als die größte deutsche Universität, die Berliner FU, im November des vergangenen Jahres den Juristen Dieter Heckelmann zu ihrem neuen Präsidenten wählte, wurde der Wechsel an der Universitätsspitze als das Ende einer Ära bezeichnet, die mit den Studentenunruhen an den Hochschulen der Stadt in den späten sechziger Jahren begonnen und zu den folgenschwersten Erschütterungen an den deutschen Universitäten nach dem Zweiten Weltkrieg geführt hatte.

Die Hoffnungen auf einen Neubeginn an der Berliner FU stützten sich vor allem darauf, daß mit Heckelmann nach vielen Jahren wieder ein Mann aus dem liberal-konservativen Lager an die Spitze der Universität trat. Schon unmittelbar nach seiner Wahl erklärte Heckelmann, daß seine Hochschulpolitik nicht auf Konfrontation, sondern auf Ausgleich und Zusammenarbeit mit allen politischen Kräften an der Universität, die dazu bereit seien, ausgerichtet sein würde. Seither sind die Schwierigkeiten deutlich geworden, die mit der Verwirklichung eines solchen hochschulpolitischen Konzepts verknüpft sind.

Der Berliner Politikwissenschaftler Richard Löwenthal, der zunächst zu den Befürwortern der „Reformpolitik" gehörte, zog am Ende dieser Ära die Bilanz. Mit der Politisierung der Universität „von unten" in den sechziger und siebziger Jahren, die fast so schlimm sei wie die Politisie*rung „von oben" in der Zeit Hitlers*, hätten die deutschen Universitäten dauernden Schaden erlitten.

Daß diese Analyse zutreffend ist, hat sich *in der bisherigen Präsidentschaft* Heckelmanns erwiesen. Der neue Präsident übernahm einen Verwaltungsapparat, der in wichtigen Bereichen mit linken Kräften durchsetzt ist, die eher darauf bedacht sind, die Hochschulpolitik Heckelmanns zu konterkarieren als ihr Schützenhilfe zu leisten. So gelang es beispielsweise dem *Wissenschaftssenator* Kewenig und Heckelmann nicht, den linken Universitätskanzler Detlef Bormann, der für die Personalpolitik verantwortlich ist, politisch zu neutralisieren. Dies sollte durch die Schaffung eines zweiten Universitätskanzlers für den Bereich Medizin geschehen. Bormann, der für diesen *Posten vorgesehen war, lehnte ab* und klagte erfolgreich vor dem Berliner Verwaltungsgericht.

Die Arbeit Heckelmanns wird ferner erschwert durch einen linken und einen halblinken Vizepräsidenten. Inzwischen wird jedoch auch Kritik aus dem Lager derer erhoben, die Heckelmann auf den Schild gehoben haben. Er nehme zu große Rücksicht auf die Linken. Man wirft ihm vor, daß er auch dort, wo Möglichkeiten bestünden für Veränderungen im Sinne einer neuen Hochschulpolitik, nichts unternehme. Unmut wird aus liberal-konservativen Kreisen laut über hochschulpolitische Personalentscheidungen und das Zögern des Präsidenten, freigewordene Stellen mit qualifizierten *Kräften* neu zu besetzen, auch wenn Heckelmann sich damit den Zorn der Linken einhandelt.

Da aber die linken Kräfte in den vergangenen Jahren mit großem Erfolg „den Marsch durch die Institutionen" angetreten haben, ist der Raum für personalpolitische Entscheidungen, die auch neue politische Akzente in der FU setzen, äußerst gering. Heckelmann bemüht sich offenbar nicht ohne Erfolg, diese auf sein auf längere Fristen ausgerichtetes hochschulpolitisches Konzept festzulegen. Mit Entschiedenheit hat sich der Präsident in jüngster Zeit gegen Versuche einer politischen Außensteuerung der Universität gewandt. Das Streiken von Hochschullehrern für die Abrüstung und der Ausfall von *Vorlesungen in diesem Zusammen*hang habe ebenso wenig einen Universitätsbezug wie das Eintreten von Personalvertretungen für gewerkschaftliche Forderungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik. Auch hatte der Präsident es abgelehnt, der SEW Räume zur Verfügung zu stellen, die lediglich zu propagandistischen Zwecken genutzt werden sollten. Er ließ allerdings nicht die Polizei aufmarschieren, als die SEW sich nicht an das Verbot hielt.

Eindrucksvoller und überzeugender als eine Durchsetzung des Verbots war vielleicht aber doch, daß gleich neben dem SEW-Stand mit *kommunistischer Propaganda* an einem Informationsstand Material über Menschenrechtsverletzungen in der „DDR" verteilt wurde. Mit spektakulären Erfolgen kann der *Präsident* knapp ein Jahr nach seinem Amtsantritt nicht aufwarten. Dennoch hat sich das Klima an der Universität geändert. Ein Indiz dafür ist die Tatsache, daß die Junge Union im Henry-Ford-Bau der Universität eine Ausstellung über den deutschen Widerstand gegen Hitler zeigen konnte. *Dies wäre vor dem Amtsantritt Hek*kelmanns undenkbar gewesen.

Senator Scholz für Aufstellung einer innerdeutschen Tagesordnung

„Honecker-Besuch kein Wert an sich"

MANFRED SCHELL, Bonn

Die für Ende September vorgesehene Begegnung *zwischen* SED-Generalsekretär Erich Honecker und Bundeskanzler Helmut Kohl sollte zur Aufstellung einer „innerdeutschen Tagesordnung" genutzt werden. Diesen Vorschlag hat Berlins Senator für Bundesangelegenheiten, Professor Rupert Scholz (CDU), in einem WELT-Gespräch unterbreitet. „Es muß ein Themenkatalog aufgestellt werden über das, was für beide Seiten von Interesse ist und worüber man sich kurz- oder längerfristig verständigen kann. Inhaltliche Prioritäten können dabei schon vorbereitet werden", sagte Scholz

Für Berlin gehe es dabei vor allem um eine Verbesserung der Lebensbedingungen insgesamt, also auch vorrangig um den Straßen- und Schie*nenverkehr. „Der Zustand der Auto*bahn nach Hof ist von brennender Aktualität. Er gewährleistet nicht mehr die Verkehrssicherheit." Der Schienenverkehr von und nach Berlin müsse endlich Intercity-Standard erreichen, und längerfristig gehe es um die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecken von Berlin zum übri*gen Bundesgebiet. Ein weiterer „offe*ner Punkt" ist nach Darstellung von Scholz die Luftreinhaltung Berlins. Die Stadt „leidet beträchtlich" unter der Verschmutzung durch Kohlekraftwerke in der „DDR".

Der Honecker-Besuch, so betonte Scholz, sei „natürlich kein Wert an sich". Er meine nicht, daß die innerdeutschen Beziehungen „von solchen Ereignissen" abhängen; „ich glaube, daß die Entwicklung darüber hinaus ist". Der Aufenthalt Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland werde „auch keine Zäsur" sein. Auf die jüngsten Vereinbarungen mit der „DDR" und der dabei an Staatsminister Jenninger vom Bundeskanzleramt geübten Kritik angesprochen, gab Scholz eine bemerkenswert positive *Einschätzung*: „Der *Katalog* an Maßnahmen ist insgesamt auch aus Berliner Sicht positiv zu bewerten. Ich nenne nur die Offenhaltung von Staaken und die Reduzierung des Zwangsumtauschs. Die Verhandlungen sind von Jenninger gründlich geführt worden und in ständiger Konsultation mit Berlin."

Natürlich bleibe es ein „schwerwiegender Mangel", daß West-Berliner vorerst nicht in die erweiterten Tagesbesuche einbezogen seien. Prinzipiell gelte im übrigen: „Maßnahmen, die Berlin nicht einbeziehen, oder in denen gegenüber Berlin ein Sonderkurs gesteuert wird, sind absolut abträg*lich." Er erwarte, daß hier* für „Berlin nachgebessert wird".

WELT: Hat Jenninger politisch-handwerkliche Fehler gemacht?

Scholz: Diesen Vorwurf kann man ihm nicht machen. Eine gewisse Fehleinschätzung in der öffentlichen Diskussion liegt darin, daß man den Charakter dieser Übereinkünfte mit der DDR übersieht. Es handelt sich nur um Zwischenergebnisse, also um Stationen auf einem hoffentlich noch weiteren Weg. Ich glaube, daß die Bundesregierung ihre Gesprächspartner in Ost-Berlin inzwischen hinlänglich kennt und es eine Vereinfachung wäre, deshalb von Blauäugigkeit zu sprechen. Aber ich erwarte von der weiteren Deutschlandpolitik insgesamt noch mehr *konzeptionelle* Stringenz.

WELT: Ist das Prinzip Leistung gegen Gegenleistung außer Kraft gesetzt?

Scholz: Dieses Prinzip ist inhaltlich absolut gültig. Auf der anderen Seite muß Deutschlandpolitik sinnvollerweise von einiger Flexibilität im Instrumentarium getragen sein. Juristisch-technisch denkt man bei Leistung und Gegenleistung an Verträge. Der eigentlich stabilisierende Effekt in der Deutschlandpolitik ist jedoch der festere, dichtere Dialog mit wechselnden einseitigen oder zweiseitigen Leistungen. So geben wir einen Kredit, um die wirtschaftliche Kooperation voranzutreiben. Der andere gibt in Bereichen des Reise- und Besucherverkehrs. Leistung und Gegenleistung sind zunächst durch die Gemeinsamkeit oder Parallelität von Interessen definiert. Die Formel Vertrauen gegen Vertrauen bringt das Prozeßhafte einer solchen, auf dauerhaften Dialog gegründeten Politik besser zum Ausdruck.

WELT: *Es gibt, auch in der Union,* das Argument, mit Krediten könne die „DDR" in das westliche Wirtschaftssystem einbezogen werden?

Scholz: Die DDR ist in das Comecon-System eingebunden. Damit ist ihre wirtschaftspolitische Position definiert. Sie ist im Ost-Block wirt*schaftlich stark, aber andererseits*, was ihre innenpolitische Situation angeht, labil. Diese Labilität kann sie nur mit ökonomischen Mitteln austarieren. Die DDR-Bewohner erwarten diese wirtschaftliche Kooperation mit uns als Teil einer gewissen Öffnung zum Westen.

WELT: Ein Vorwurf der „Prawda" lautet, Bonn wolle die „DDR" wirtschaftlich destabilisieren?

Scholz: Also, den ökonomischen Hebel mit einer solchen Zielsetzung einzusetzen, hieße, die Möglichkeiten gegenüber einem totalitären Land zu überschätzen. Das kann auch nicht unser Interesse sein, so etwas zu versuchen. Wir sind außerdem mit unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik gerade gegegenüber der DDR wertgebunden. Und zwar durch das, was wir dem deutschen Volk insgesamt schulden.

SED-Bezirke reagieren unterschiedlich

dpa, Berlin

Die Presseorgane der SED-Be*zirksleitungen haben in den* vergangenen Tagen unterschiedlich und in einem Fall in sehr ungewohnter Art auf die Veröffentlichungen der „Prawda" reagiert, in denen die innerdeutsche Politik Bonns massiv kritisiert und indirekt Unbehagen gegenüber der Dialogbereitschaft Ost-Berlins ausgedrückt wurde. Wie eine Zeitungsauswertung des *Informa*tionsbüros West (IWE) ergibt, ist der vom „Neuen Deutschland" unter der Überschrift „Im Schatten amerikanischer Raketen" abgedruckte erste „Prawda"-Artikel lediglich von einem SED-Bezirksorgan, der im Grenzbezirk Suhl erscheinenden Zeitung „Freies Wort", übernommen worden. In den anderen 13 Bezirksorganen der Partei wurde der Artikel nicht abgedruckt.

Dafür veröffentlichten diese 13 *Blätter – ebenso wie „Neues Deutsch*land" – den die Westpolitik Honeckers positiv bewertenden Artikel der ungarischen Zeitung „Nepszava". Dieser Beitrag erschien dagegen nicht in der Suhler Zeitung. Die Suhler Zeitung druckte, so heißt es in der Presseauswertung weiter, als einziges dieser Blätter den Leitartikel von „Neues Deutschland" zum neunten Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki nach, der die auf Entspannung gerichtete Politik des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honeckers rechtfertigt.

Allerdings wird dabei ein wichtiges *Honecker-Zitat aus dem Leitartikel* des „ND" ausgelassen: „Von großer Bedeutung ist es, den politischen Dialog mit allen Kräften fortzusetzen, die ihre Verantwortung für die Geschikke ihrer Völker und der Menschheit wahrnehmen und zu einer Verständigung bereit sind. Wir treten dafür ein, alle Verhandlungsmöglichkeiten zur Einstellung des Wettrüstens und zum Übergang zur Abrüstung, insbesondere auf nuklearem Gebiet, zu nutzen."

Dieser Vorgang ist deshalb beachtenswert, weil die SED-Bezirksorgane in der Regel einheitlich besonders wichtige Artikel aus dem „Neuen Deutschland" übernehmen und einzelne Blätter nicht aus der Reihe scheren. Diese unterschiedliche Veröffentlichungspraxis in den Organen der *SED-Bezirksleitungen* nährt die Spekulationen im Westen darüber, ob es innerhalb der Partei Kritik am deutschlandpolitischen Kurs Erich Honeckers gibt.

Abweichungen des in Suhl erscheinenden SED-Bezirksorgans „Freies Wort" von der Pressepolitik der anderen Parteizeitungen in den „DDR"-Bezirken sind kein Hinweis dafür, daß es in der Parteileitung dieses thüringischen Grenzbezirks eine oppositionelle Haltung geben könnte. Dies geht aus dem *Diskussionsbeitrag* des ersten Sekretärs der Bezirksleitung Suhl, Hans Albrecht, auf der 8. Tagung des SED-Zentralkomitees am 24. Mai in Ost-Berlin hervor.

Den von der sowjetischen Parteizeitung „Prawda" gemachten Vor*wurf des Revanchismus gegenüber* Kräften in der Bundesrepublik hat jetzt auch die vom SED-Zentralkomitee herausgegebene Zeitschrift „Neuer Weg" im Leitartikel ihrer jüngsten Ausgabe aufgegriffen. Die „herrschenden imperialistischen Kreise" wollten sich bis heute nicht damit abfinden, „daß ihre Macht an der Grenze der *DDR* endet", heißt es in der IWE-Auswertung. Obwohl sich seit Anfang der 70er Jahre die Beziehungen zwischen der „DDR" und der Bundesrepublik „positiv entwickeln", beharre „die Bonner Regierung auf einigen Positionen, die davon ausgehen, daß Deutschland in den Grenzen von 1937 wieder hergestellt werden könne".

War Entführung der Boeing nach Iran vermeidbar?

dpa, Frankfurt

Das hessische Innenministerium hält den Vorwurf französischer Sicherheitsexperten für „unsinnig", die Entführung der Air France-Boeing in der vergangenen Woche von Frankfurt nach Teheran hätte *vermieden* werden können. In Paris war am Dienstag die Ansicht vertreten worden, die deutschen Sicherheitskräfte hätten einen Alarm des *israelischen* Sicherheitsdienstes nicht ernst genommen, dem die drei arabischen Entführer bereits im Flughafengebäude aufgefallen seien.

Die mit den Ermittlungen befaßte Frankfurter Staatsanwaltschaft bestätigte gestern, daß drei Araber am Dienstag vergangener Woche kurz vor der Entführung im Bereich einer Wartehalle der israelischen Fluggesellschaft El-Al aufgefallen seien. Israelisches Kontrollpersonal habe einen *deutschen Polizeibeamten* auf die Männer hingewiesen, die in ihrem Bereich „herumlungerten".

Der Polizist habe daraufhin die drei Araber, bei denen es sich nach Ansicht der Staatsanwaltschaft „vermutlich" um die Entführer der Air France-Maschine handelte, kontrolliert und sich deren Flugtickets und Pässe *zeigen lassen*. Sie *seien* gültig gewesen. Zusätzliche Kontrollen zur normalen Personen- und Gepäckkontrolle habe es nicht gegeben. Der Polizist habe den Vorfall „vermerkt".

Im hessischen Innenministerium hieß es, der Polizeibeamte habe sich völlig korrekt verhalten. Er hätte nicht anders handeln dürfen, da keinerlei Verdachtsmomente vorgelegen hätten. Auch unübliche Flugrouten – die Entführer hatten für ihr Flugziel Paris nicht die direkte Verbindung *Beirut–Paris, sondern Beirut–Larna*ca–Frankfurt–Paris gewählt – seien nichts Außergewöhnliches.

Die Staatsanwaltschaft erhofft sich aus den Vernehmungen von zwei deutschen Passagieren des Air France-Flugs neue Erkenntnisse über den Ablauf der Entführung. Unklar ist vorläufig noch, welche Waffen die *Entführer bereits in Frankfurt* an Bord der Maschine brachten.

Regisseur Ljubimow ausgebürgert

dpa, Moskau

Der Erlaß über die Ausbürgerung des in Italien lebenden sowjetischen Regisseurs Juri Ljubimow (66) ist in der neuesten Ausgabe des Mitteilungsblattes des Obersten Sowjets der *UdSSR* veröffentlicht worden. Er wurde am 11. Juli von Staats- und Parteichef Tschernenko unterzeichnet. Der Schritt wird damit begründet, daß Ljubimow sich „*systematisch* mit feindlichen Aktionen gegen die Sowjetunion befaßt und mit seinem Verhalten dem Prestige der UdSSR Schaden zugefügt" habe. Damit verunglimpfe er den „hohen Rang der UdSSR-Staatsbürgerschaft". Dieser Erlaß wurde von der sowjetischen Presse bisher nicht ver*öffentlicht*.

Ljubimow, der sich seit einem Jahr im Westen aufhält, war bereits als Leiter des avantgardistischen Moskauer Taganka-Theaters entlassen und aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden, nachdem er von einer Reise in den Westen nicht zurückgekehrt war. Der Regisseur, der vom Herbst dieses Jahres an die Leitung des Theaters „Arena del Sol" in der italienischen Stadt Bologna übernehmen wird, gilt als international sehr gefragter Theatermann. Wegen seiner unkonventionellen Vorstellungen vom „totalen Theater" war er in den letzten Jahren wiederholt mit den sowjetischen Kulturbehörden in Konflikt geraten.

„Stalin versuchte, Tito umzubringen"

cgs. Wien

Stalin und der sowjetische Geheimdienst *hätten mindestens* zweimal den Versuch gemacht, den jugoslawischen Staats- und Parteichef Marschall Tito zu ermorden. Dies behauptet der jugoslawische Historiker Vladimir Dedijer im dritten Band seiner neuerschienenen Tito-Biographie. 1951 – drei Jahre nach dem Bruch zwischen jugoslawischen und sowjetischen *Kommunisten* – habe Tito eine Verschwörung aufgedeckt, die der damalige Vorsitzende der moskautreuen KP im „Freien Territorium Triest", Vittorio Vidali, im Auftrag der Sowjets angezettelt hatte, um einen pro-sowjetischen Umsturz in Jugoslawien herbeizuführen. Den für Moskau immer unbequemer werdenden Tito habe Stalin jedoch bereits vorher beseitigen lassen wollen. Im Februar 1947 hätten zwei sowjetische Ärzte – einer von ihnen soll Leibarzt bei Stalin gewesen sein – den Auftrag erhalten, bei einer Leistenbruch-Operation Titos einen „Kunstfehler" zu begehen und ihn auf diese Weise umzubringen.

Staatsminister Möllemann denkt nicht an Rücktritt

Nach Erholungsurlaub am Wochenende wieder im Amt

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt und nordrhein-westfälische FDP-Vorsitzende Jürgen Möllemann wird nicht zurücktreten. Entschieden wies der Minister anderslautende Berichte zurück. In einem Zeitungsinterview sagte er, Spekulationen über seinen Rücktritt seien frei erfunden. Er denke gar nicht daran, als Staatsminister zurückzutreten, „weder jetzt noch im Herbst".

Auch Regierungssprecher Peter Boenisch dementierte Rücktrittsabsichten des 39jährigen FDP-Politikers. Vielmehr werde Möllemann wie geplant seine Arbeit im Auswärtigen Amt am Wochenende wieder aufnehmen. Von einem Möllemann-Sprecher und der FDP wurde mitgeteilt, *Möllemann werde sich neben seiner* Tätigkeit als Staatsminister und FDP-Landeschef intensiv im bevorstehenden NRW-Kommunalwahlkampf einsetzen. Der Politiker selbst wollte sich gestern nicht äußern, weil er sich nach Herzbeschwerden noch in einem fünfwöchigen Erholungsurlaub befindet.

Möllemann, der als enger Vertrauter von FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher gilt, war in der jüngsten Zeit wiederholt ins Zwielicht gebracht worden. So hatte ihm der „Spiegel" vorgeworfen, private wirtschaftliche Interessen mit Amtsgeschäften verknüpft und damit gegen das Minister*gesetz verstoßen zu haben*. Der Politiker hat sich bisher erfolgreich unter Einschaltung der Gerichte zur Wehr setzen können.

In den letzten Monaten *hatte es* interne Überlegungen in der NRW-FDP gegeben, Möllemann als Spitzenkandidaten auszutauschen. Dazu könnte es kommen, wenn die FDP bei den Kommunalwahlen an Rhein und Ruhr Ende September schlecht abschneiden sollte. Dahinter stand die Befürchtung, daß die FDP mit Möllemann an der *Fünf-Prozent-Hür*de scheitern könnte.

DGB verliert 1983 1,3 Prozent seiner Mitglieder

dpa / VWD, Köln

Erhebliche Mitgliederverluste haben die deutschen Gewerkschaften *im vergangenen Jahr hinnehmen* müssen. Nach am Mittwoch in Köln veröffentlichten Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) ging die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder 1983 gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Prozent auf 9,3 Millionen zurück. Da gleichzeitig jedoch die Zahl der Erwerbstätigen um 1,8 Prozent sank, erhöhte sich der gewerkschaftliche Organisationsgrad von 40 auf 40,3 Prozent.

Die größten Mitgliederverluste ver*zeichnete im vergangenen Jahr* der Deutsche Beamtenbund (DBB) mit einem Minus von 1,4 Prozent vor dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DBG) mit einem Verlust von 1,3 Prozent. Kleinere Berufsverbände mit gewerkschaftsähnlichem Charakter wie der Marburger Bund mit einer Mitgliederzunahme von 9,5 Prozent *konnten dagegen ihre* Stellung weiter ausbauen.

Spranger gegen „Ausufern" des Datenschutzes

dpa, München

Datenschutz dürfe „keinen absoluten Vorrang vor den Erfordernissen *der öffentlichen Sicherheit haben*", betont der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger (CSU), im CSU-Parteiblatt „Bayernkurier". Zwischen den berechtigten Belangen der Bürger und der zu ihrem Schutz tätigen Sicherheitsbehörden müsse die notwendige Balance gewahrt werden. Es bestünde jedoch die Gefahr, „daß sich der Datenschutz zu einem alles überstrahlenden Überrecht entwickelt".

Deshalb plädiert Spranger *dafür*, die bisherigen Kontrollbefugnisse der Datenschutzbeauftragten im wesentlichen nicht zu erweitern, und warnte in diesem Zusammenhang vor der Vermischung von Fachaufsicht und Datenschutz. Eine „ausufernde und perfekte Datenschutzbürokratie" liege nicht im Interesse der Bürger, da sich dann auch hier die Frage nach einer wirksamen Kontrolle stelle.

Anklage gegen „DDR"-Agenten erhoben

DW. Karlsruhe

Anklage wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit hat die Bundesanwaltschaft gegen den in Parchim/Mecklenburg geborenen Tischler Wolfgang Neumann (47) vor dem 3. Strafsenat des Oberlandesgerichtes Hamburg erhoben. Neumann war 1960 aus der „DDR" geflüchtet, verpflichtete sich jedoch 1966 anläßlich eines Verwandtenbesuches in der „DDR" zur Mitarbeit beim Ostberliner Staatssicherheitsdienst. Er bespitzelte seit 1982 den Bundesnachrichtendienst. Das MfS übermittelte ihm auch Adressen von früheren „DDR"-Bürgern, deren wirtschaftliche und persönliche Verhältnisse er auskundschaften mußte.

In Neumanns Wohnung wurden zahlreiche Beweise für seine Agententätigkeit sichergestellt. Die Bundesanwaltschaft schätzt, daß er 15 000 Mark als Agentenhonorar erhalten hat. Neumann wurde am *10. März 1984* festgenommen und befindet sich in Untersuchungshaft.

Hessen: Streit um Müllverbrennung ohne Rauchwäsche

rtr/AP, Wiesbaden

Eine vorübergehende Stillegung aller Müllverbrennungsanlagen in Hessen haben die dortigen Grünen gefordert. Der Abfallexperte der Fraktion der Grünen, Chris Boppel, sagte gestern in Wiesbaden, die hessischen Anlagen „dürften so, wie sie gegenwärtig sind, nicht weiterbetrieben werden". Die vorübergehende Stillegung der Müllverbrennungsanlagen begründete Boppel mit einer Mitteilung des Umweltbundesamtes vom Frühjahr, nach der im Filterstaub der drei Anlagen in Frankfurt, Offenbach und Darmstadt Dioxin habe nachgewiesen werden können. Es bestehe daher die Gefahr, daß auch in der Abluft das als Seveso-Gift bekanntgewordene Dioxin enthalten sei.

Im Zusammenhang mit dieser vielfach als „hessischer Müllkrieg" bezeichneten Auseinandersetzung wirft die CDU der Regierung von Ministerpräsident Börner vor, die rot-grüne Hessenkoalition rede nur über Umweltschutz statt zu handeln.

Ermittlungen gegen Ex-CDU-Schatzmeister

Berliner Staatsanwaltschaft hat Verfahren eingeleitet

F. DIEDERICHS, Berlin

Gegen den ehemaligen Schatzmeister des Berliner CDU-Landesverbandes und jetzigen Parlamentsabgeordneten Hans-Joachim Boehm hat die Berliner Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der *Beihilfe zur Steuerhinter*ziehung eingeleitet. Die Ermittlungen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Bonner Parteispenden-Affäre.

Boehm wird beschuldigt, in den Jahren 1975 bis 1979 bei verschiedenen Unternehmen um Spenden für seine Partei geworben zu haben, die dann über den der Partei nahestehenden gemeinnützigen Verein „Robert-Tillmanns-Haus e. V." unter Verletzung von Steuerbestimmungen an die CDU weitergeleitet worden sein sollen. Über den Verein, der Berlin-Seminare veranstaltet, sollen auch CDU-Landesverbände in Nordrhein-Westfalen rund 150 000 Mark erhalten haben, vor allem in den Jahren 1980 bis 1982.

Die Staatsanwaltschaft hat beim Berliner Parlamentspräsidenten Peter Rebsch (CDU) beantragt, die Immunität des 63jährigen Abgeordneten Boehm aufzuheben. Boehm, der heute im Immobiliengeschäft tätig ist, hat nach Angaben der Justiz „den Tatvorwurf im wesentlichen eingeräumt", nachdem er bislang nur als Zeuge vernommen worden war und von seinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch gemacht hatte.

Ermittlungen laufen derzeit ebenfalls gegen den Vorsitzenden des „Robert-Tillmanns-Haus"-Vereins, den CDU-Bundestagsabgeordneten Franz Heinrich Kray (Nordrhein-Westfalen), und den Vereinsgeschäftsführer Fritz Klöckling. Auch hier habe sich der Verdacht der Steuerhinterziehung „erhärtet", so der Berliner Justizsprecher Volker Kahne. Von den gesamten Firmenspenden in Höhe von annähernd 300 000 Mark soll der Verein nur einen Bruchteil für sich behalten haben und unter Verletzung der Gemeinnützigkeitsbestimmungen etwa 150 000 Mark an die CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe weitergegeben haben.

Schwedens Jugend geht auf Distanz zur Linken

Treue zur Palme-Partei war nie schwächer / Wählerschwund beschäftigt im September auch den Jahreskongreß

R. GATERMANN, Stockholm

Die Vorbereitungen für den Kongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens laufen auf Hochtouren. Vom 15. bis 21. September soll der *politischen Konkurrenz* und dem Wähler vor Augen geführt werden, daß die Regierungspartei Handlungskraft besitzt und das rechte Rezept für die Genesung der Wirtschaft und der Sicherung des sozialen Standards hat.

Man wird auch versuchen, die Tatsache zu verdrängen, daß die Sozialdemokraten trotz der nach ihrer Auffassung erfolgreichen Politik nach der Regierungsübernahme im Herbst 1982 Wähler verloren haben und daß frühere Sympathisanten zur gemäßigt konservativen Sammlungspartei übergelaufen sind.

Hinzu kommt, daß die Treue zur *Partei nie so schwach* war wie jetzt. Nur 88 Prozent der Wähler, die 1982 für sie votierten, würden ihr heute wieder ihre Stimme geben. Im Winter 1981 waren es *noch 97 Prozent*.

Das Statistische Zentralbüro (SCB) und das Meinungsforschungsinstitut IMU haben vor ein paar Monaten Wählerströme und Parteienstruktur analysiert und festgestellt, daß der Bürger schneller als früher bereit ist, die Partei zu wechseln. Neben der bisher kaum für möglich gehaltenen Wanderung von der Sozialdemokratie zu den Konservativen (man war vor allem *der Auffassung*, dies geschehe fast ausschließlich über die „Parteien der Mitte", Liberale und Zentrum) ermittelten die Statistiker, daß es sogar einen – wenn auch nur geringfügigen – Abfluß kommunistischer Stimmen zur Sammlungspartei gegeben hat.

Die Untersuchung bestätigte zudem einen seit längerem vorherrschenden Eindruck: Die Jugend ist gegenüber der Linken auf Distanz gegangen. Zwar – so das SCB – hätten im Mai 1984 42,2 Prozent der Erstwähler, also die 18- bis 20jährigen, den Sozialdemokraten die Stimme gegeben, stellten damit aber die schwächste Altersgruppe. Bei den 65- *bis 69jährigen kamen sie auf* einen Anteil von 57 Prozent; bei allen Altersklassen zwischen 55 bis 74 Jahren votierten mehr als 50 Prozent für die *Partei Olof Palmes*.

Von den Jungwählern fast völlig ignoriert werden die Kommunisten (VPK). Die Partei, die bei den Abstimmungen 1970 und 1973 elf beziehungsweise zwölf Prozent der Erstwähler anlockte, ist auf 1,6 Prozent abgesackt und kommt damit wieder in die Nähe der Resultate von 1956, 1960 und 1964. Danach gab kein einziger Erstwähler den Kommunisten *seine Stimme. Übrigens haben sie* diese Wählergruppen für immer verloren. Bei den heute 55- bis 69jährigen liegen die kommunistischen Sympathien bei lediglich 0,5 Prozent und bei den ab 40jährigen erreichen sie den Landesdurchschnitt von 4,5 bis fünf Prozent nicht. Die meisten Anhänger, das sind 9,4 Prozent, hat die VPK unter den 30- bis 34jährigen.

Dagegen ist die gemäßigt konservative Sammlungspartei bei keinem Jahrgang so stark vertreten wie bei den Erstwählern. 38 Prozent hätten ihr im Mai ihre Stimme gegeben. Mit beachtlichem Abstand folgen die 20- bis 24jährigen (30,1 Prozent) und die *40- bis 44jährigen (29,3 Prozent)*. Überdurchschnittlich wenig Sympathien genießen die Konservativen bei den hohen Jahrgängen, ab den *65jährigen* kommen sie nur auf knapp über 16 Prozent.

Über die Ursachen dieser Verschiebungen wird seit längerem eingehend debattiert. Die den Konservativen nahestehende Tageszeitung „Svenska Dagbladet" bringt seit Wochen Artikel verschiedener Verfasser unter der Rubrik „Linke ade?". Die sozialdemokratische Abendzeitung „Aftonbladet" machte sich die Antwort leicht: *Die Linke befinde sich viel*leicht in einer momentanen Krise, die Rechte dagegen in einer permanenten.

Bezeichnenderweise holte sich Olof Palme einen „Zukunftsminister" in sein Kabinett, der zudem auch sein Stellvertreter ist. Das von ihm mit am häufigsten benutzte Wort dürfte „Freiheit" sein. Wahrscheinlich haben auch die Sozialdemokraten eingesehen, daß sie die Bürger in der Vergangenheit *allzusehr mit* Gesetzen, Verordnungen, Bestimmungen und moralischem Zeigefinger bevormundet haben. Konsequenzen aus dieser Einsicht fehlen allerdings noch.

Schweden wählt im September 1985 ein neues Parlament. Trotz der Stimmeneinbußen der Linken – für die Sozialdemokraten ist ein Rückgang um knapp drei Prozentpunkte auf 42,5 Prozent prognostiziert – ist sie dem nicht-sozialistischen Block allerdings immer noch überlegen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

In der Schweiz Internierte nach Moskau zurück

rtr, Genf

Zwei von afghanischen Widerstandskämpfern gefangengenommene und anschließend auf Vermittlung des Internationalen Roten Kreuzes in der Schweiz internierte sowjetische Soldaten sind gestern auf eigenen Wunsch in die UdSSR zurückgekehrt. Wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz mitteilte, bestiegen sie auf dem Flughafen Zürich eine Aeroflot-Maschine nach Moskau.

Nach Angaben des eidgenössischen Außenministeriums wäre die reguläre Internierungszeit morgen abgelaufen. Die beiden Soldaten hätten nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, eine Aufenthaltsbewilligung für die Schweiz zu beantragen. Außer den jetzt Entlassenen kehrten bisher drei Soldaten in die Sowjetunion zurück, zwei konnten auf eigenen Wunsch in der Schweiz bleiben. Einem gelang die Flucht in die Bundesrepublik Deutschland, wo er politisches Asyl erhielt. Fünf weitere Soldaten sind noch auf dem Zuger Berg interniert.

Libyen: Mufti tritt aus Protest zurück

epd, Tripolis

Aus Protest gegen die *„nicht mit* den Prinzipien des Islam übereinstimmende Politik" seines Landes ist der Mufti von Libyen, Sheikh el-Taher el-Zawi, zurückgetreten. Er gehörte zu den führenden Persönlichkeiten des Widerstandes gegen die Monarchie *und galt* als Vertrauter von Staatschef Muammar el-Khadhafi. Die 1973 ausgerufene „Kulturrevolution" und die damit verbundene Abschaffung des geltenden Rechts brachten Sheikh el-Zawi jedoch in Gegensatz zum herrschenden Regime. Mit einer Reihe von religiösen Dekreten versuchte er, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Er verurteilte die „Kulturrevolution" als Anarchie und die neue Gesetzgebung als „unislamisch". Als die Regierung kürzlich die Veröffentlichung seiner Dekrete untersagte, legte Sheikh el-Zawi sein Amt nieder. Staatschef Khadhafi gilt für die Mehrheit der sunnitischen Schriftgelehrten seit Jahren als Häretiker, der vom rechten Weg des Islam abgewichen ist.

Colombo: Indien bildet Tamilen-Terroristen aus

Verhältnis zu Neu-Delhi belastet / Anschläge nehmen zu

PETER DIENEMANN, Colombo

Mit dem schwindenden Einfluß der „Tamilen-Befreiungsfront" (Tulf) auf die tamilische Bevölkerung Sri Lankas, neuen Attentaten durch Tamilen-Terroristen und wachsenden marxistischen Aktivitäten unter jener Minderheitsbevölkerung, die einen eigenen Staat fordert, scheint eine politische Lösung des Konflikts zwischen Tamilen und Singhalesen weiter *entfernt als je zuvor.*

Bislang ist die von Präsident Jayewardene einberufene Allparteien-Konferenz stets zerstritten auseinandergegangen, die Tulf schweigt sich zu einem Lösungsvorschlag Jayewardenes noch aus. Indiens Bemühungen um Vermittlung sind gescheitert. Gleichzeitig gewinnen die Terrorgruppen, die nach Ansicht der ceylonesischen Regierung vom indischen Bundesstaat Tamil Nadu (Madras) aus operieren, Oberhand über die gemäßigten Tamilenführer.

Spannungen zwischen Tamilen und Singhalesen kamen erstmals 1970 in einer militanten tamilischen Studentenbewegung offen zum Ausbruch und forderten Hunderte von Todesopfern. 1976 forderte die Tamilen-Partei Tulf in ihrem Programm *erstmals einen eigenen* Tamilen-Staat, „Tamil Eelam". Eine Forderung, die, wie Jayewardene nach den schweren Unruhen im Juli 1983 erklärte, „für unsere kleine Insel unerfüllbar ist".

Eigener Staat gefordert

Tatsächlich, so bringt die Regierung in Colombo vor, habe ein umfassendes Gesetzeswerk, über mehrere Jahrzehnte hinweg entwickelt, den Tamilen soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gebracht. Die Schaffung eines Tamil Eelam im Norden des Landes – ein Territorium, das fast die Hälfte der Fläche Sri Lankas umfaßt und strukturell geschwächt ist – werde die dort lebenden Tamilen in den wirtschaftlichen Ruin treiben und dort eine neue Minderheit jener Tamilen ents[illegible] lassen, die jetzt in anderen Gebieten Sri Lankas leben.

Versuche in der Allparteien-Konferenz, eine politische Lösung der Tamilen-Frage zu finden, sind an unerfüllbaren Forderungen der Tulf ebenso gescheitert wie an der starren Haltung singhalesischer Gruppierungen. Die Regierung Jayewardene scheint jetzt entschlossen, den Tamilen – *zumindest auf dem Papier – mehr exekutive* Macht in einer zweiten Parlamentskammer nach dem Vorbild des amerikanischen Senats einräumen zu wollen. 16 der 50 aus den Distrikten des Landes gewählten Abgeordneten sollen Tamilen sein – ein Angebot, zu dem sich die Tulf bis heute noch nicht geäußert hat.

Über Einfluß und Befugnisse dieser Kammer, die unter anderem die Entwicklung der Nord- und Ostprovinz fördern soll, wurde freilich noch nicht gesprochen. Die Tulf, die durch geschicktes Taktieren Jayewardenes zersplittert und politisch geschwächt ist, ist zudem durch die Aktivitäten tamilischer Terroristen in Mißkredit geraten. Ihr Rückhalt bei der tamilischen Bevölkerung schwindet.

Hilfe aus dem Ostblock

Gestört werden die Bemühungen um eine politische Lösung durch Bomben- und Mordanschläge jener drei Terrororganisationen, die ihre Forderung nach einem Tamilen-Staat mit marxistischem Gedankengut untermauern und die immer mehr Jugendliche für sich gewinnen.

Ostblockländer, so wird in Colombo geklagt, unterstützen diese Gruppen, und Indien biete ihren Führern Unterschlupf. Jayewardene beklagte sich vor kurzem bei seinem Besuch in Neu-Delhi darüber, daß Tamilen-Terroristen Unterschlupf und Ausbildung in Lagern und Medien-Unterstützung im indischen Bundesstaat Tamil Nadu erhielten, ein Informationszentrum in Madras betreiben würden und Indien dies dulde. 250 bis 300 Terroristen sollen angeblich in Tamil Nadu stationiert sein, Indien für Anschläge auf Sri Lanka kurzfristig verlassen und dann zurückkehren.

Ministerpräsidentin Indira Gandhi allerdings hat diese Vorwürfe zurückgewiesen. Das bisher freundliche Klima zwischen Indien und der Nachbarinsel ist merklich abgekühlt. Öffentlich beziehen Politiker aus Tamil Nadu Stellung für Tamilen aus Sri Lanka. Der Ministerpräsident von Sri Lanka, Premadasa, hat Indira Gandhi öffentlich der Einmischung in innere Angelegenheiten bezichtigt. Amerikanisches und chinesisches Engagement in Sri Lanka wird von Neu-Delhi aus mit Argwohn beobachtet.

Moskau läßt sich die Störsender viel Geld kosten

HERMANN JÄGER, Worms

Die Deutsche Welle hat Programme in 27 Sprachen aus 27 Ländern der Erde auf gezielte Störungen hin beobachtet. Das Ergebnis wurde jetzt in einer Übersicht der Sendungen nach Osteuropa und dem Mittleren Osten vorgelegt. Die Erkenntnisse dieser Störungen, auch Jamming genannt, sind teils überraschend. So werden Programme in Bulgarisch, die auch aus Bulgarien kommen, gestört; ausgespart bleiben jedoch Sendungen aus London, zumindest gegenwärtig.

Am stärksten richtet sich das Störsender-Feuer gegen Sendungen aus den USA – handele es sich nun um Programme der Voice of America oder der beiden Münchner Sender Radio Free Europe oder Radio Liberty. Die täglich 13 Stunden Russisch der Voice of America werden ebenso *en bloc gestört wie die täglich 17* Stunden in Russisch aus Peking. Bei den Sendungen von Radio Free Europe und Radio Liberty bleiben nur diejenigen in Ungarisch und Rumänisch ungestört. Alle übrigen Sendungen von Armenisch bis Polnisch, Azer*beidschanisch bis Weiß-Russisch,* werden dagegen gestört.

Aus der Übersicht der Deutschen Welle geht aber auch hervor: Azerbeidschanische Sendungen aus München, also von Radio Free Europe und Radio Liberty, werden gestört – *nicht dagegen, wenn das Programm* von der Voice of America in Washington kommt.

Für dieses Verhalten mag es eine Erklärung geben: Die Kosten fürs Jamming schießen ins Kraut. Die Sowjetunion gibt jährlich rund 150 Mil*lionen Dollar für die Arbeit der* geschätzten rund 3000 Störsender zwischen Werra und Chabarowsk aus. Das US-Nachrichtenmagazin „Newsweek" wußte kürzlich zu berichten, daß „in der Sowjetunion rund 15 000 Menschen im Störsender-Betrieb arbeiten". *Mitte der fünfziger Jahre* schon schätzte man in Fachkreisen der USA die Zahl der Störsender in Osteuropa auf 2500.

Es ist nicht auszuschließen, daß Kostenaufwand und Zahl der Störsender unterschätzt werden. Denn *bis Mitte der sechziger Jahre* wurde im Ostblock nur nach Westen gestört, seitdem auch nach Osten (China) und Südosten (Albanien). Tiranas Sendungen in Bulgarisch, Russisch und für die CSSR werden en bloc gestört.

UNO legte für Zypern „Arbeitspunkte" vor

Pérez nach Gespräch mit den Volksgruppen optimistisch

E. ANTONAROS, Athen

Nach Abschluß seiner Gespräche mit Vertretern der beiden zyprischen Volksgruppen in Wien hat UN-Gene*ralsekretär Xavier Pérez de Cuéllar* seine Absicht bekundet, seine Bemühungen um eine Friedensregelung auf der zweigeteilten Mittelmeerinsel fortzusetzen. Pérez sprach von „verhaltenem Optimismus" und ließ erkennen, daß er mit einer neuen Gesprächsrunde, möglicherweise im September, rechnet. Bis dahin wollen Griechen und Türken ihre eigenen *Ausgangspositionen ausgearbeitet* und dem UN-Chef zugeleitet haben.

Pérez de Cuéllar beendete am Dienstag *seine Beratungen mit zwei* Gesprächen mit dem „Außenminister" der bisher nur von der Türkei diplomatisch anerkannten „Türkischen Republik von Nordzypern", Necati Erteguen. Am Tag zuvor hatte er ebenfalls zwei längere Unterredungen mit dem Generaldirektor *im zyprischen* Außenministerium, Andreas Mavromatis. Ein Dreiergespräch kam nicht zustande; es war auch noch nicht ins Auge gefaßt worden.

Seinen beiden Gesprächspartnern legte Pérez de Cuéllar, der in den 70er Jahren auf Zypern stationiert war und daher Kenner der Inselproblematik ist, „Arbeitspunkte" zu fast allen wichtigen Aspekten des vielschichtigen Zypern-Problems vor. Wie von griechischer Seite zu erfahren war, beschränkte er sich darauf, seine Punkte während der Konsultationen nur mündlich zu erläutern.

Geheimhaltung erwünscht

Im übrigen verpflichtete er seine Gesprächspartner zu absoluter Geheimhaltung. Dadurch soll verhindert werden, daß durch gewollte Indiskretionen, vor allem an die Presse, die Handlungs- und Einwirkungsmöglichkeiten der Vereinten Nationen beeinträchtigt werden.

Eine ähnliche Initiative von Pérez im Frühjahr war durch eine vorzeitige Veröffentlichung seiner Vorschläge vereitelt worden. Mavromatis: „Wir wollen den Wunsch des Generalsekretärs respektieren."

Durch seine persönliche Einschaltung will Pérez zu einer Überwindung der seit Monaten anhaltenden *Sackgasse auf Zypern wirksam* beitragen. Einen Dialog zwischen Griechen und Türken, die seit der türkischen Invasion im Sommer 1974 voneinander abgeschirmt leben, hat es seit Mai 1983 nicht mehr gegeben.

Damals hatte Türkenführer Rauf Denktasch aus Verärgerung über eine seiner Meinung nach zu progriechische UN-Resolution, die den Abzug der 25 000 türkischen Soldaten forderte, die Verfassungsgespräche eingestellt.

Für ein Referendum

Eine dramatische Zuspitzung ereignete sich durch die einseitige Ausrufung eines türkischen Teilstaates *im Norden der Insel am 15. November* 1983. Seither herrscht auf Zypern Funkstille zwischen Griechen und Türken.

Die Türken dringen darauf – so Erteguen auch jetzt –, „die Verfassungsgespräche" wiederaufzunehmen. Aber die Inselgriechen bestehen auf einem Widerruf der Unabhängigkeitserklärung oder zumindest einem *„Einfrieren" der Unabhängigkeits*schritte – Abhaltung eines Verfassungsreferendums und Parlamentswahlen im türkischen Sektor – als Vorbedingung für ihre Rückkehr an den Verhandlungstisch.

Diese gegensätzlichen Auffassungen sowie die Vorstellungen der beiden Volksgruppen über die künftige Verfassungsform der Insel sucht Pérez auf einen gemeinsamen, für beide Seiten akzeptablen Nenner zu bringen. Er hält dieses Vorhaben für eine *komplizierte, aber keineswegs unlösbare* Aufgabe.

Unterdessen haben in Nikosia die Beratungen über die „Arbeitspunkte" begonnen. Nachdem er von Mavromatis unterricht wurde, berief Staatspräsident Spyros Kyprianou eine Konferenz aller Parteiführer ein. Ähnliche Konsultationen finden zur Zeit im türkischen Teil Nikosias statt. Nach Darstellung eines zyprischen Regierungssprechers in Nikosia könnten die Beratungen auf griechischer Seite – *vorgesehen sind auch* Gespräche mit Athen – „einige Wochen" dauern. (SAD)

Arbeitswillige Kumpel gehen vor Gericht

dpa, London

Im seit 22 Wochen andauernden Streik der *britischen Bergarbeiter* wollen arbeitswillige Gewerkschaftsmitglieder vor Gericht gehen, um ein Ende des Streiks zu erwirken. Im Süden von Yorkshire kündigten zwei Bergarbeiter an, sie strebten per Gerichtsentscheid eine nationale Abstimmung unter Bergarbeitern über Fortsetzung oder Beendigung des Ausstandes an. Sie sind davon überzeugt, *daß die Mehrheit der* Kumpel sich bei diesem Verfahren für die Rückkehr zur Arbeit aussprechen wird.

Der Bergarbeiterstreik ist in den vergangenen Monaten immer gewalttätiger geworden und hat Großbritannien auch politisch tief gespalten. Die „Financial Times" schrieb gestern, daß die noch losen, aber offenbar stärker werdenden Gruppen von Streikgegnern im verstärktem Maß von Rechtsanwälten unterstützt werden, die streikwillige Gewerkschafts*mitglieder im Hinblick auf* gerichtliche Schritte juristisch beraten.

Apartheid-Minister will zurücktreten

DW. Pretoria

Der südafrikanische Minister für Entwicklung und Zusammenarbeit, Pieter Koornhof, hat für den 3. September offiziell seinen Rücktritt eingereicht. Zu diesem Zeitpunkt tritt die neue Verfassung in Kraft, die ein Parlament mit drei nach Hautfarben getrennten Kammern vorsieht. Der Rücktritt des 59jährigen Koornhof wird von Beobachtern in Zusammenhang mit verfassungsbedingten strukturellen Veränderungen in dem Ministerium gebracht. Verschiedene Abteilungen des Ministeriums, das bislang für „Schwarzenfragen" zuständig war, unterstehen von 3. September an anderen Behörden. So wird ein Gremium, das den illegalen Zutritt von Schwarzen in für Weiße vorbehaltene Distrikte strafrechtlich verfolgt, in Zukunft dem Justizministerium zugeordnet. Koornhof bekundete sein Interesse an einer Mitarbeit in dem nach der neuen Verfassung zu bildenden „Präsidialrat". Beobachtern zufolge hat der Minister alle Aussichten, Leiter dieses Gremiums zu werden, das dem Präsidenten Gesetzesvorschläge vorlegt.

XXIII. OLYMPISCHE SOMMERSPIELE XXIII. OLYMPISCHE SOMMERSPIELE 

Programm und Fernsehen

In sieben Sportarten stehen heute elf Entscheidungen in Los Angeles auf dem Programm. Aus deutscher Sicht sind dabei folgende am wesentlichsten: der Zehnkampf mit Jürgen Hingsen, Guido Kratschmer und Siegfried Wentz sowie die Mannschaftsentscheidung in der Dressur. Zweimal hat Weltrekordler Jürgen Hingsen bereits gegen seinen englischen Erzrivalen Daley Thompson verloren: 1983 bei den Europameisterschaften in Athen und im vorigen Jahr bei den ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Helsinki. In diesem Jahr hat Hingsen beim Olympia-Test über Pfingsten erneut einen Weltrekord aufgestellt. Immer besser in Form gekommen ist in letzter Zeit der frühere Weltrekordler Guido Kratschmer, den Experten derzeit stärker einschätzen als seinen Mainzer Klubkameraden Siegfried Wentz, den Weltmeisterschafts-Dritten.

Nachdem es im Judo schon einmal mit einer Goldmedaille für die deutsche Mannschaft geklappt hat, geht heute der große Favorit Günter Neureuther im Halbschwergewicht auf die Matte. Der Polizist aus München ist Europameister. Vor acht Jahren in Montreal, bei seinem ersten olympischen Auftritt, wurde Neureuther bereits Silbermedaillen-Gewinner. Diesmal möchte er die Goldmedaille gewinnen. Gelingt ihm das, ist Neureuther der erfolgreichste deutsche Judokämpfer aller Zeiten – ein Titel, mit dem sich bisher der Wolfsburger Klaus Glahn schmückt, derzeit Vize-Präsident des deutschen Verbandes.



Für Regina Weber, die deutsche Primaballerina unter den Gymnastinnen, beginnen heute die Vorkämpfe. Eine interessante Variante ergibt sich nun im Frauen-Handball. Wenn die deutsche Mannschaft Südkorea schlägt, hängt Bronze oder sogar Silber vom Ausgang der Spiele Österreich gegen die USA und Jugoslawien gegen China ab.

Die Entscheidungen: Leichtathletik: Männer: Zehnkampf (4.30), Frauen: 200 m (2.50), Weitsprung (3.00)

Pferdesport: Dressur-Mannschaft (23.00)

Fechten: Säbel-Mannschaft (5.00)

Handball: letzte Gruppen-Spiele Frauen: Österreich – USA (3.30), Südkorea – Deutschland (5.00), Jugoslawien – China (6.30)

Judo: Halbschwergewicht (1.00)

Synchronschwimmen: Duett-Finale (22.30)

Ringen: Freistil, Entscheidungen 48, 62, 90 kg (3.00)

Das übrige Wettbewerbsprogramm: Leichtathletik: (ab 18.30) Männer: Zehnkampf (2. Tag), (ab 19.40) Frauen: 100 m Hürden Vorläufe, (ab 22.00) Hochsprung. Qualifikation, (ab 1.00) 200 m Semifinale, (ab 1.15) Männer: 1500 m Vorläufe, (ab 2.25) Frauen: 1500 m Semifinale, (ab 3.15) Männer: 5000 m Semifinale. – **Basketball:** (4.00) Männer: Spiel um den 3. Platz. – **Boxen:** (20.00/3.00) Semifinale. – **Kanu:** (ab 16.30) Männer: 1000 m Semifinale, Frauen: 500 m Semifinale. – **Fechten:** (ab 21.00) Zwischenrunden Säbel, Mannschaft. – **Gymnastik:** (ab 3.00) Vorkämpfe. – **Hockey:** (17.00/18.30) Männer: Halbfinalspiele, (22.30): Frauen: Gruppenspiel Deutschland – USA. – **Turmspringen:** (19.00/1.30) Frauen: Vorkämpfe. – **Wasserball:** (ab 17.30) Drei Finalspiele. – **Ringen:** Freistil (ab 21.00) Vorrunden und Halbfinale.

Und so berichten die beiden Fernsehanstalten:

Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF):

6.00 – 8.30 Uhr: Guten Morgen, Los Angeles. Halbstündlich Zusammenfassungen vom 11. Wettkampftag.

13.20 – 15.00 Uhr: Olympia am Mittag: Die Höhepunkte des 11. Wettkampftages.

17.05 – 19.00 Uhr: Olympia am Mittag: Aufzeichnungen aus der Nachtsendung und Live-Schaltungen von der Leichtathletik: Zehnkampf Diskuswerfen und Stabhochsprung, Kanu-Halbfinale 500 und 1000 m Herren und Damen.

19.30 – 0.55 Uhr: Olympia-Studio Los Angeles: Live-Sendungen von der Leichtathletik: Zehnkampf, Diskuswerfen, Stabhochsprung, 100 m Hürden Vorläufe, Hochsprung Damen Qualifikation, Kanu Halbfinale: 500 und 1000 m Damen und Herren, Boxen Halbfinale, Duo-Synchronschwimmen Finale, Ringen Freistil Vorrunde und Halbfinale, Turmspringen Damen Vorkampf.

Zweites Deutsches Fernsehen (ARD):

0.55 – 6.00 Uhr: Olympia live.

● Zwei Goldmedaillen und eine bronzene gab es in der Nacht zu Mittwoch für die deutsche Mannschaft in Los Angeles. Das deutsche Florett-Team der Damen gewann erwartungsgemäß das Finale gegen Rumänien. Eine Sensation war der Olympiasieg des Wolfsburger Judoka Frank Wieneke, der im Mittelgewicht den Welt- und Europameister Neil Adams aus England noch vor Ablauf der regulären Kampfzeit besiegte. Es war der erste Olympiasieg für einen deutschen Judokämpfer. Im Preis der Nationen reichte es für die deutschen Reiter zur Bronzemedaille – Olympiasieger wurden die hochfavorisierten Reiter der USA.

● Mit der Rekordsumme von rund 15 Millionen Mark wird die Stiftung Deutsche Sporthilfe die deutschen Spitzensportler in diesem Jahr fördern. „Das ist der höchste Betrag, den wir seit Gründung der Stiftung im Jahre 1967 aufwenden", sagt Sporthilfe-Vorsitzender Josef Neckermann. Nach Ansicht des ehemaligen Dressur-Olympiasiegers aus Frankfurt sind die Erfolge der deutschen Mannschaft in Los Angeles auch ein Verdienst seiner Organisation. „Ohne unsere Hilfe hätten einige Athleten überhaupt nicht teilnehmen können." Klar sei, daß die Unterstützung der Athleten „einfach unerläßlich ist" (Neckermann).

● Ausgerechnet in ihrem Nationalsport Baseball erlitten die Amerikaner eine deftige Niederlage. Mit einem 6:3-Erfolg über die favorisierte Mannschaft der USA im Spiel um den ersten Platz gewann Japan das olympische Demonstrationsturnier im Baseball. Allerdings erfreut sich Baseball in Japan seit Jahren großer Popularität. Das Spiel um die Bronzemedaille hatten zuvor die Chinesen aus Taiwan gegen Amateur-Weltmeister Südkorea mit 3:0 zu ihren Gunsten entschieden. 56 000 verblüffte Zuschauer verfolgten die beiden Auseinandersetzungen im ausverkauften „Dodger Stadium" von Los Angeles.

JUDO / Sensationell: Der erste Olympiasieg eines deutschen Kämpfers

Vater Wieneke über seinen Sohn: „Glaube, der spinnt"

Von MARCUS BERG

Japanisch sprechen kann er nicht (nur „aishitemasu" = ich liebe dich), japanisch essen kann er gut, japanisch kämpfen am besten: Seit Mittwoch morgen ist der Wolfsburger Frank Wieneke, dessen Name selbst in deutschen Landen kaum Klang besitzt, Judo-Olympiasieger.

„Ich habe nie mit einer Medaille gerechnet", sagte er nach der Siegerehrung, die der Halbmittelgewichtler nur unter Tränen erlebte. Nie habe er vorher an den Erfolg geglaubt, wirklich nicht, obwohl er als Student des Vermessungswesens zwei Urlaubssemester und im Mai/Juni noch ein fünfwöchiges Training in Japan eingelegt hatte.

Aber der heute 22jährige, der vor 14 Jahren durch einen Schulfreund zum Judo kam, hatte einen Glückstag. Sein Horoskop habe er nicht gelesen, er habe einfach nur die sich bietenden Möglichkeiten im wahrsten Sinne des Wortes ergriffen. So konnte er schließlich im Finale gegen den Welt- und Europameister Neil Adams (England) seinen Spezialgriff (Schulterwurf) anbringen, den die Dolmetscherin später, falsch, mit „Sayonara" (Auf Wiedersehen) übersetzte.

Wieneke, 1984 Internationaler Deutscher Meister, hat die Gold-lose Zeit für den Deutschen Judo-Bund beendet. Frank Wieneke ist der erste Goldmedaillengewinner – topfit, voll konzentriert, dynamisch. Der Wolfsburger steckte sogar die Unfairness zu tiefer Griffe des Engländers weg.

Noch Stunden nach dem Olympiasieg ihres Sohnes saßen Karl und Ellen Wieneke fassungslos in ihrer Gartenlaube in Hannover. „Ich glaubte, der spinnt. Gold für Frank, das kann doch nicht wahr sein."

Vater und Mutter Wieneke sind sonst stets dabei, wenn der Sohn nationale oder internationale Matten betritt. Diesmal mußten sie aus Kostengründen auf die Reise verzichten und hatten sich in ihren Garten zurückgezogen. Als im Fernsehen bis 3.00 Uhr in der Früh noch immer keine Judo-Bilder gezeigt worden waren, hatten sich Franks Eltern vom Bildschirm zurückgezogen, um drei Stunden später fast aus dem Sessel zu fallen. „Ich dachte, es wäre ein Traum, als mein Sohn dann im Finale gegen Neil Adams gezeigt wurde. Dann dieser Sieg. Wir konnten es beide nicht fassen. Das war der schönste Augenblick in unserem Leben", jubelten am Mittwochmorgen Karl und Ellen Wieneke. „Ich habe es gewußt, daß er den Weltmeister schlagen kann", berichtete Vater Wieneke, der befürchtet hatte, daß sein Sohn gegen einen unbekannten Judoka verlieren könnte. Nach der Heimkehr in die eigene Wohnung stand natürlich das Telefon bei den Wienekes nicht mehr still.

Vorher hatten die über 80jährigen Großeltern von Frank die Gespräche entgegengenommen, und auch ihnen merkte man an, daß sie auf ihre alten Tage von diesem Ereignis mehr als überwältigt und gerührt waren. „Es ist unglaublich, welch ein Tag für Frank", stammelte immer wieder Oma Wieneke in den Hörer, die mit der Flut von Glückwünschen kaum fertig werden konnte.

„Die erste Flasche Sekt, die mein Neffe mit in die Laube gebracht hatte, schmeckte am schönsten, obwohl es noch früh am Morgen war", erzählte Karl Wieneke, der durch seine Beharrlichkeit großen Anteil an dem überraschenden Gewinn der Goldmedaille hat. Er war es, der seinen Sohn in ganz jungen Jahren zu den Wettkämpfen gebracht hat, ihm auch dann immer wieder Mut zusprach, wenn die Gegner Frank auf den Matten besiegt hatten.

„Ich bin ja so stolz auf ihn, das ist wohl die größte Judo-Sensation überhaupt. Das wird ein Fest, wenn er am 23. August heimkommt", kündigte Karl Wieneke an.

FECHTEN / Endlich das erste Gold: Sieg für das Damen-Florett-Team

Nesthäkchen Zita – die Kleinste war die Größte

Von DIETER SCHULZ

Das ist der größte Triumph für die deutschen Fecht-Damen: Zum ersten Mal gewann ein deutsches Florett-Team die Goldmedaille bei Olympischen Spielen. Cornelia Hanisch (Offenbach), Sabine Bischoff, Zita Funkenhauser (beide Tauberbischofsheim) und Christiane Weber (Dillingen) sowie Ersatzfechterin Ute Wessel (Bonn) besiegten Rumänien im Finale mit 9:5. Den Schlußpunkt setzte die 30jährige Cornelia Hanisch, die im Einzel bereits die Silbermedaille gewonnen hatte, mit einem 5:3 über die Olympia-Vierte Elisabeta Guzganu.

Die Kleinste war die Größte, das Nesthäkchen vergoldete den deutschen Damen ihre Floretts. So unbekümmert, wie Zita Funkenhauser in letzter Sekunde ihre Nominierung für das Olympiateam hingenommen hatte, so unbeeindruckt ging sie in Long Beach auch auf die Planche und lehrte die weltbesten Fechterinnen das Fürchten. Mit zwei Siegen im Halbfinale gegen Italien und zwei Erfolgen im Endkampf gegen Rumänien war die 18jährige der Joker für Bundestrainer Horst Christian Tell.

Zita Funkenhauser hatte nicht viel Zeit, um sich für die Olympischen Spiele vorzubereiten. Erst beim letzten Weltcupturnier der Saison Ende Mai in Paris sammelte sie die notwendigen Punkte, um sich mit dem vierten Ranglistenplatz doch noch in die Mannschaft zu schmuggeln. Zuvor war sie lediglich durch den siebten Platz bei der Junioren-Weltmeisterschaft aufgefallen. Um so mehr staunte die Fechtwelt, mit welcher Gelassenheit, andererseits auch wie selbstbewußt die Schülerin dann ihre Olympiapremiere anpackte.

Gegen Weltmeister Italien mußte sie beim Stande von 8:7 für Deutschland das letzte Gefecht gegen die ungeschlagene Lucia Traversa bestreiten und dabei mindestens vier Treffer setzen, um den Deutschen aufgrund eines besseren Trefferverhältnisses den Vorstoß ins Finale zu ermöglichen. Wie ein Roboter erfüllte die Tauberbischofsheimerin diese heikle Aufgabe und ging, so als wäre es das Einfachste auf der Welt, mit 4:2 in Führung. Locker, gelöst und nervenstark zeigte sich das schwarzhaarige Mädchen auch im Finale.

Dabei hätten Zita Funkenhauser eigentlich gerade dort die Nerven flattern müssen. Denn schließlich stand sie gegen ihre ehemaligen Landsleute auf der Fechtbahn. Mit Koszto Veber hatte sie die Schulbank gedrückt, mit Aurora Dan trainiert. Vor sechs Jahren war Zita mit ihrer Familie aus Sathmar in Siebenbürgen ausgewandert. Dank Emil Beck fanden sie in Tauberbischofsheim eine neue Heimat: die Eltern haben vor kurzem ein Haus gebaut. „Ich wußte, welcher Rohdiamant Zita ist", sagte der Goldschmied schmunzelnd.

Beck nahm Zita, die damals kein Wort deutsch verstand, im Fechtinternat auf und half mit, den Papierkrieg mit den Behörden zu bewältigen, verordnete ihr Tausende von Nachhilfestunden – und gab dem Talent natürlich auch Fechtlektionen.

Inzwischen denkt sie deutsch und redet deutsch. Lediglich als sie zu Hause anrief, um den großen sportlichen Triumph mitzuteilen, sprudelten ihr die Worte der Freude in Rumänisch über die Lippen. Aus der Ruhe aber bringen sie nicht einmal mehr die Begegnungen mit ihren früheren Landsleuten. „Vor zwei Jahren, beim Turnier in Turin, da störte es mich noch, wenn die Rumänen jedesmal klatschten, wenn ich einen Treffer erhielt. Im Finale war alles ganz normal, da gab es nicht viel zu reden." Das Nesthäkchen ließ sein Florett zu Wort kommen. Und das sprach nur den Satz vom Erfolg.







Deutscher Jubel über Gold und Bronze

Einen wahren Freudentanz vollführen die deutschen Florett-Damen, nachdem sie mit der Mannschaft die Goldmedaille gewonnen haben: Zita Funkenhauser macht einen Jubelsprung über Cornelia Hanisch, die gerade mit ihrem Erfolg über die Rumänin Elisabeta Guzganu den Olympiasieg perfekt gemacht hat (Foto rechts). Ein freundliches Lächeln der deutschen Springreiter für die Kameras. Fritz Ligges, Franke Sloothaak, Peter Luther und Paul Schockemöhle (von links) mußten sich im Nationenpreis den Amerikanern und Briten geschlagen und mit Bronze zufrieden geben (Foto Mitte). Der erste deutsche Olympiasieger, der nicht eingeplant war: Judoka Frank Wieneke freut sich über seine unerwartete Goldmedaille im Halbmittelgewicht (Foto rechts).

FOTOS: UPI/DPA

Die Reiter: Eine Equipe, vier Männer, aber vier verschiedene Reaktionen

Von FRANK QUEDNAU

Eine Equipe, vier Männer, vier Reaktionen, aus denen abzulesen ist, wie der Wert einer Medaille schwanken kann. Wie ihr Kurs steigt und fällt – je nachdem, wer sie mit welchen Gefühlen anschaut. Der Glanz von Bronze, oder sein Schatten, liegt ganz und gar im Auge des Betrachters. Peter Luther trägt sie auf der Brust. Bei Fritz Ligges sieht man nur das Band, das sie hält. Das Metall selbst hat er in die aufgesetzte Tasche seines Hemdes gesteckt, immerhin direkt über dem Herzen. Franke Sloothaak hat sie abgenommen und sie in der rechten Hosentasche versenkt. Paul Schockemöhle kommt ohne sie zur Pressekonferenz.

Eine Equipe, vier Männer, vier Reaktionen auf ihren dritten Platz im Mannschaftswettbewerb der Springreiter hinter den USA und Großbritannien. Sie kommen aus dem Holsteinischen, Oldenburgischen, aus dem Niederländischen, sind geboren in Unna, Heerenveen, Wedel und Vechta, sind Landwirte, Pferdezüchter und Kaufleute. Bei ihnen mag das höchste Glück dieser Erde vielleicht auf dem Rücken der Pferde liegen. Ihr Herz aber niemals auf der Zunge. Ihre Reaktionen kommentieren das Ereignis besser als ihre Worte.

Paul Schockemöhle, der die Medaille nicht mehr dabei hat, versuchte nach der Siegerehrung auf dem Abreiteplatz einen Scherz. Er lief dem Chef der amerikanischen Equipe hinterher und sagte: „He, alter Junge, das kommt nicht noch einmal vor. Ihr habt uns regelrecht niedergeritten, aber wir sehen uns wieder." So ganz leise und verhalten steckt da eine Drohung drin, keine schwere, nur die Andeutung, daß irgendwann etwas gutgemacht werden müsse.

Der amerikanische Equipen-Chef wird das verstehen. Er heißt Frank Chapot und war dabei, als die Deutschen 1972 in München hauchdünn die Amerikaner besiegten. Damals war Fritz Ligges der Beste, und Chapot hatte noch einen Tag vor der Entscheidung von Los Angeles gesagt: „Jetzt zahle ich ihm das heim."

Die Frage ist nur, ob Paul Schockemöhle wirklich scherzen wollte. Er erscheint so locker und heiter, als sei er durchaus zufrieden. Doch da gibt es bei ihm wieder eine verräterische Reaktion: Seine Lippen ziehen sich zu einem ganz feinen Strich zusammen, als Gustav R. Pfordte, der deutsche Team-Chef, sagt: „Es ist riesig, daß wir noch Bronze gewonnen haben."

Diese Deutung, so scheint es, kann Paul Schockemöhle nicht dulden. So plötzlich konzentriert mit den zusammengekniffenen Lippen wird er wohl aussehen, wenn er in schwierigen geschäftlichen Verhandlungen steckt oder daheim auf seinem Hof in Mühlen Pferde versteigert (im November letzten Jahres waren es 47 für genau 3 508 000 Mark, innerhalb weniger Stunden).

Was geschehen ist bei diesem Mannschaftswettbewerb, ist schnell erzählt. Die Amerikaner (Leslie Burr, Melanie Smith, Joe Fargis, Conrad Homfeld) waren so überlegen, daß über Gold gar nicht erst geredet zu werden brauchte.

Aber Silber wäre möglich gewesen für die deutsche Equipe, die nach dem ersten Umlauf mit 20 Punkten noch an zweiter Stelle lag. Nach 12 und 11,25 Fehlern von Ligges und Sloothaak aber hätte es auch einen sechsten Platz geben können. Und nach den vier Fehlern von Luther mit Livius und Schockemöhles Patzer mit Deister am 15. und letzten Hindernis konnten alle vier nur noch auf die Fehler der Konkurrenten hoffen.

Ein erfülltes Hoffen. Der Schweizer Mellinger mußte zweimal reißen und tat es, der Kanadier Miller mußte einmal patzen und tat es, der Franzose Durand mußte ebenfalls vier Fehlerpunkte aufweisen, er stürzte sogar. Nur der Brite John Whitaker dachte ganz egoistisch, ritt nicht im deutschen Sinne, macht vier anstatt der erhofften acht Fehlerpunkte und rettete seiner Mannschaft Silber. Ein durchaus glücklicher Verlauf für die Deutschen.

Ein Glücksfall aber, der die momentane internationale Reiterwelt so etwa in die rechten Relationen gerückt hat. Peter Luther, der als einziger die Medaille auch noch nach der Siegerehrung sichtbar auf der Brust trägt, sagt in seiner ruhigen Art: „Mit Farmer und Ramzes hatten wir zwei junge Pferde dabei, von denen nicht mehr erwartet werden durfte." Deshalb freut er sich über seinen Erfolg.

Paul Schockemöhle aber muß andere Maßstäbe anlegen. Er jagt noch immer den Schatten seines Bruders Alwin, der 1976 Gold gewonnen hatte und mit dem er seit drei Jahren kein Wort mehr spricht. Das Gold in der Mannschaft hätte einiges ausgeglichen (Alwin: „Ich hätte einen Weg gefunden, dem Paul zu gratulieren"), denn das mögliche Gold im Einzelspringen am Sonntag sieht Paul wohl auch schon entschwinden: „Die Amerikaner sind die Favoriten, zwanzig andere haben Chancen."

Das ist die Erkenntnis, die ihn offensichtlich wurmt: In Los Angeles galoppieren die Amerikaner so weit vorne weg, weil ihr Heimvorteil noch größer ist als vorher befürchtet. Nach dem Mannschaftswettbewerb spricht Hans-Günter Winkler, mit sechs Goldmedaillen der erfolgreichste deutsche Olympiateilnehmer aller Zeiten, von „einem fairen Parcours", der von den Reitern „ein geistiges Erfassen für die Wechsel von Tempo und Rhythmus" verlange. Und auch Paul Schockemöhle findet gar nichts dabei, daß die US-Kavallerie schon in der Unterstützung des Publikums einen Vorteil besitzt: „Das ist normal. Überall auf der Welt werden die eigenen Reiter angefeuert." Und überhaupt: „Heute hätten die Amerikaner überall auf der Welt gewonnen."

Aber da ist noch etwas anderes. Alle Amerikaner kamen zum Beispiel fehlerfrei durch diese vertrackte dreifache Kombination mit einem 1,50 Meter hohen und 1,80 Meter tiefen Oxer, einer Triple Bar (1,00 m, 1,30 m, 1,55 m hoch und 2 m tief) und einem Oxer von 1,40 m Höhe und wieder 1,80 m Tiefe. Ihre Pferde schienen Tempo, Zahl der Galoppsprünge zwischen den Hindernissen und den Punkt des Absprungs genau zu kennen, die Reiter selbstverständlich auch.

Haben die Reiter etwa – was verboten ist – den Parcours vorher üben können? Paul Schockemöhle: „So etwas ist nie zu beweisen. Aber ich habe in Florida den Grand Prix von Tampa gesehen. Da war der Kurs in den wichtigsten Passagen so gebaut wie hier in Los Angeles. Und das war schon im März." Das sagt er ganz ruhig, irgendeine Form von Aufregung wäre auch gar nicht angebracht.

Schockemöhle ist Geschäftsmann, macht rund 25 Millionen Mark Umsatz im Jahr. So einer kalkuliert auch mit dem selbstverständlichen Vorteil, den ein Konkurrent im eigenen Haus hat. Und schließlich nutzen alle Reiter der Welt ihr Wissen um den Parcours aus, wenn ihn ein Landsmann aufbaut. 1972 in München beim Olympiasieg war das auch so.

Doch genau das ist es auch, was Schockemöhle vor der Einzelkonkurrenz ahnen läßt, daß er mit dem Bruder, dem Olympiasieger von 1976, nicht mehr gleichziehen kann. Paul ist ein Perfektionist, der sagt: „Ich messe jeden Parcours exakt ab. Wenn ich ausgerechnet habe, daß ich 325 Galoppsprünge brauche, aber dann schon mit 324 im Ziel bin, weiß ich, das ich schlecht geritten habe. Auch wenn es null Fehler waren." Was aber nutzt ein solches abzählen, wenn die Amerikaner gar nicht mehr zu rechnen brauchen, weil im Instinkt ihres Pferdes der Weg über Oxer und Steilsprünge durch gezieltes Training schon fest verankert ist?

Paul Schockemöhle hat die Medaille aus Bronze gleich wieder abgenommen, die nur Peter Luther offen auf der Brust trägt. Das kann die stille Andeutung sein, daß ein Paul Schockemöhle mehr von sich verlangt, mindestens so viel wie Bruder Alwin schon erreicht hat. „Alwin war ein Genie im Sattel, ich habe mir alles erarbeiten müssen", sagt er. Vergebliche Arbeit, jedenfalls was Olympia betrifft? Paul Schockemöhle hat in Los Angeles noch einmal das Ende seiner Karriere mit dem Ende der Leistungsfähigkeit seines Pferdes Deister verknüpft, das er mit Paul Thiedemanns Meteor und Hans-Günter Winklers Halla auf eine Stufe stellt: „Deister ist jetzt 13 Jahre alt, vielleicht geht es noch zwei Jahre bis zur nächsten Weltmeisterschaft." Am Sonntag also kommt die letzte olympische Chance. Aber Deister kennt den Parcours nicht.

Olympische Entscheidungen

JUDO

Halbmittelgewicht

Gold: Wieneke (Deutschland)
Silber: Adams (England)
Bronze: Fratica (Rumänien)
Bronze: Nowak (Frankreich)
5. Leszak (Jugoslawien), Doherty (Kanada)

FECHTEN

Frauen, Mannschaft Florett

Gold: Deutschland
Silber: Rumänien
Bronze: Frankreich
4. Italien, 5. China, 6. USA

REITEN

Mannschaftsspringen

Gold: USA 12 Punkte
Silber: England 36,75
Bronze: Deutschland 39,25 (Fritz Ligges auf Ramzes 17+12 Fehler, Franke Sloothaak auf Farmer 8+11,25, Peter Luther auf Livius 8+4, Paul Schockemöhle auf Deister 4+4
4. Kanada 40,0, 5. Schweiz 41,0, 6. Frankreich 49,75

GEWICHTHEBEN

Zweites Schwergewicht

Gold: Oberburger (Italien) 390,0 (175,0/215,0)
Silber: Tasnadi (Rumänien) 380,0 (167,5/212,5)
Bronze: Carlton (USA) 377,5 (167,5/210,0)
4. Seipelt (Deutschland) 367,5, 5. Squires (Kanada) 365,0, 6. Pettersson (Schweden) 360,0

VOLLEYBALL

Frauen

Gold: China
Silber: USA
Bronze: Japan
4. Peru, 5. Südkorea, 6. Deutschland

BASKETBALL

Frauen

Gold: USA
Silber: Südkorea
Bronze: China

Medaillenspiegel nach 129 Wettbewerben

	Gold	Silber	Bronze
USA	48	40	17
Rumänien	16	12	8
China	14	6	6
Deutschland	10	12	14
Italien	10	3	6
Kanada	7	8	7
Japan	7	4	9
Finnland	4	3	4
Australien	3	8	10
Großbritannien	3	6	15
Südkorea	2	3	1
Frankreich	2	2	8
Niederlande	2	2	4
Neuseeland	2	–	1
Mexiko	1	2	1
Belgien	1	1	2
Jugoslawien	1	1	2
Brasilien	1	1	1
Schweden	–	4	5
Schweiz	–	2	2
Dänemark	–	1	2
Norwegen	–	1	2
Griechenland	–	1	1
Österreich	–	1	1
Kolumbien	–	1	–
Peru	–	1	–
Spanien	–	1	–
Taiwan	–	–	1
Venezuela	–	–	1
Portugal	–	–	1
Jamaika	–	–	1

Anmerkung: Über 100 m Freistil (Damen), am Seitpferd, an den Ringen, am Stufenbarren und am Schwebebalken wurden jeweils zwei Goldmedaillen vergeben. Beim Pferdsprung (Männer) wurden vier Silbermedaillen, beim Bodenturnen (Männer) zwei Bronzemedaillen vergeben. Im Judo werden jeweils zwei Bronzemedaillen vergeben.

VOLLEYBALL

Platz sechs und Jubel

sid/dpa, Los Angeles

Die Abschiedsvorstellung der deutschen Volleyballspielerinnen von Olympia dauerte nur 52 Minuten. Im letzten Spiel unterlagen sie gegen Südkorea mit 0:3 und belegten in der Endabrechnung den sechsten Platz. Trotz der Niederlage jubelte Roland Mader, der Präsident des Deutschen Volleyball-Verbandes (DVV): „Das ist der größte Erfolg in unserer Geschichte." Vor Beginn der Spiele hatte sich Bundestrainer Andrzej Niemczyk lediglich Platz sieben ausgerechnet.

Nach dem glänzenden Sieg über Brasilien war im deutschen Team die Luft raus. Unkonzentriertheit, Leichtsinnsfehler und Mängel im Zuspiel machten den Asiatinnen den Sieg leicht. Doch der Trainer hatte Verständnis für seine Schützlinge. „Ich kann es den Mädchen nach ihren vorhergegangenen Leistungen nicht übelnehmen", sagte Niemczyk.

Enttäuschung herrschte nach dem Finale bei den Amerikanerinnen. Gegen Weltmeister China, den sie in der Vorrunde noch klar mit 3:1 bezwungen hatten, unterlagen sie deutlich mit 0:3. Auch der große Jubel der 12 000 Zuschauer über die Silbermedaille konnte die Mädchen um Trainer Arie Selinger nicht trösten.

Vor sechs Jahren hatte der Israeli die Spielerinnen um sich gesammelt. Er versprach ihnen Gold, wenn sie seinem Weg nur folgten. Der führte in ein Trainingslager, aus dem bald schon eine Kaserne wurde. Hexer und Sklaventreiber wurde er genannt. Keine Schule mehr, kein Beruf, kein fester Freund – alles für Arie und das Gold, das nur Silber wurde.

Die Wasserballer tauchten ein in ein Bad von Anschuldigungen

Von MARTIN HÄGELE

Man hat es kommen sehen können. Das Malheur und das Theater danach. „Um Gottes willen, um Gottes willen", schrie der Wasserball-Bundestrainer Nicolai Firoiu. Da war's schon geschehen.

Armando Fernandez, 29 Jahre alt, 223 Länderspiele für Mexiko, wegen seiner großen Erfahrung hatte man ihn im Juni und für Olympia eingedeutscht. Ausgerechnet ihm mußte das passieren. Fünf Sekunden vor Schluß. Allein vor dem jugoslawischen Torwart rutscht ihm der Ball aus der Hand. Das wäre das 10:10 gewesen, der Ausgleich. Statt dessen Niederlage, kein Gold, kein Silber, *wieder mal alle Hoffnungen futsch.*

„Unerklärlich", meint Harm Beyer, der Präsident des Deutschen Schwimmverbandes. Immer wieder Kopfschütteln und „unerklärlich". Das am häufigsten strapazierte Adjektiv im Sprachschatz deutscher Olympiafunktionäre.

Komisch. Bei den Amerikanern macht es in solchen Momenten eben patsch. Tor – und alles ist gutgegangen.

Im deutschen Lager ist man aufeinander losgegangen. Wie immer nach Enttäuschungen. Der Sportwart Bodo Hollmann hat sich erst mal den Trainer zur Brust genommen: „Der macht die Spieler auf der Bank kaputt, der läßt sie verhungern, dann haben sie keinen Mumm mehr." Dann bekamen die Spieler ihr Fett ab. Einige von denen hätten schon nasse Hosen, bevor sie überhaupt ins Wasser springen, *schimpfte Hollmann.*

Komisch. Warum nennt keiner mal einen deutschen Funktionär Feigling oder Hosenscheißer?

Bei den Amerikanern ist alles anders. Ohne die Kappen mit den Ohrenschützern, statt dessen Helm auf, Schlittschuhe unter den Stiefeln und den Rest dick vermummt – so haben die Eishockeyspieler ausgesehen. Die Jungs von Lake Placid.

Die Aussichten, daß die US-Boys das Olympiawunder vom Eis jetzt auf dem Wasser wiederholen, stehen glänzend: Verlustpunktfrei (8:0 Punkte) führen die Gastgeber zusammen mit den Jugoslawen die Tabelle der Finalrunde an – die Deutschen haben sich schon drei Miese eingefangen, kalkulieren nun mit Bronze.

„Wir wußten, wir müssen loslegen wie richtige Champions", sagt der Assistenztrainer Kenneth Linden nach dem 12:7 über Australien.

„Wir sind um halb fünf aufgestanden, haben erst mal hart trainiert. Wenn du dann um halb neun ins Stadion kommst und siehst das volle *Haus, das gibt dir den Rest",* sagt Tim Shaw. Tim Shaw (26) ist normalerweise nicht so schnell zu begeistern. Mit 16 war er ein Wunderkind, erhielt den Sullivan-Preis, Amerikas höchste Auszeichnung für Amateursportler. Edwin Moses ist diese Trophäe heuer zum erstenmal verliehen worden. Und aus Montreal hat Shaw eine Silbermedaille über 400 m Kraul heimgebracht. Aber diese Wasserballtruppe, meint Tim Shaw, die sei das Allergrößte. Tim selbst nennen sie den weißen Hai.

Im Grunde genommen entstehen olympische Wunderteams in den Staaten nach einem alten Rezept: Man nehme ein paar 100 000 Dollar, siebe die Talente einer Sportart gnadenlos aus. Dem Rest der Auslese impfe man Kameradschaft, Nationalstolz und den Glauben an Gold ein. Dann braucht man nur noch eine Persönlichkeit – und fertig sind die Olympiasieger.

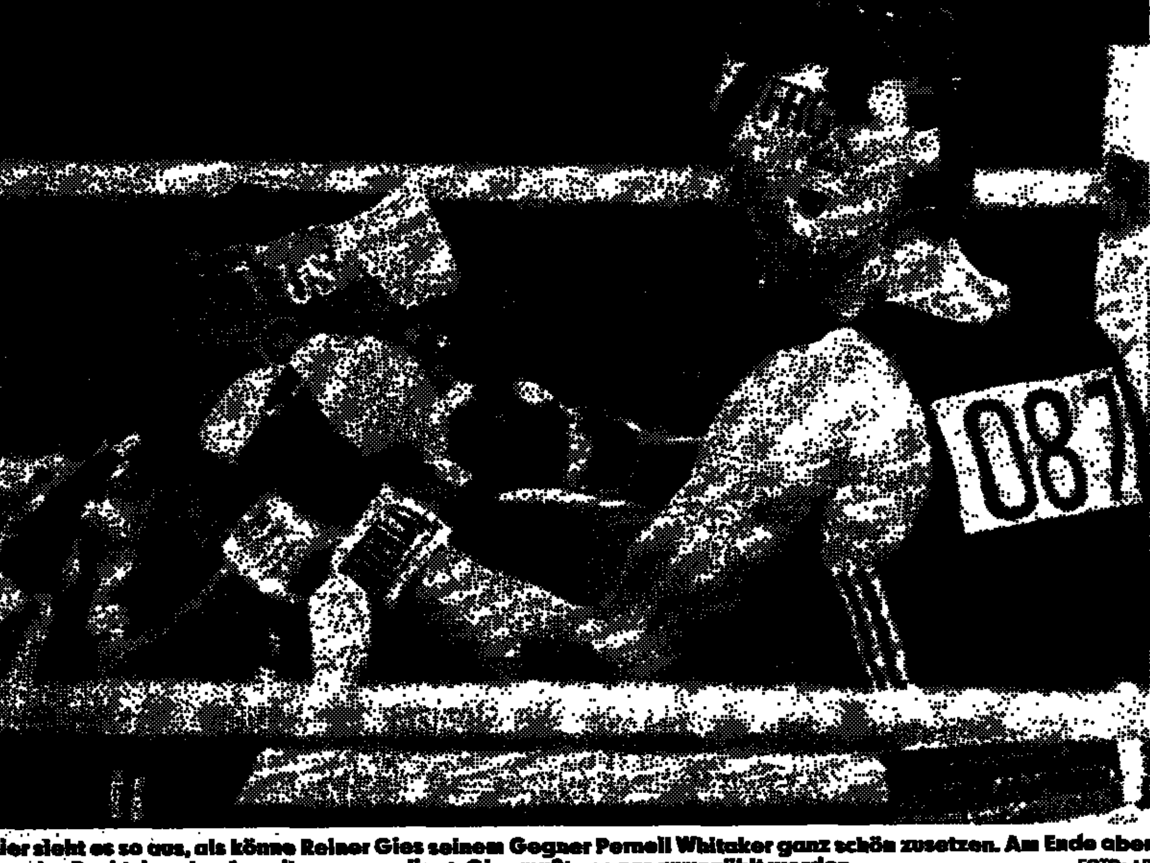
160 000 Dollar hat das Unternehmen „go for the gold" gekostet. Ein halbes Jahr lang haben 15 Kalifornier wie die Verrückten trainiert, gespielt, *wieder trainiert und dabei nur einmal* ganz knapp gegen Weltmeister UdSSR verloren. Pünktlich zu Olympia konnte der Trainer Monte Nitzkowski eine Mannschaft präsentieren, die vor dem Favoriten Deutschland keine Angst und in einem Deutschstämmigen ihren Siegertyp und ihr Symbol hatte.

Terry Schroeder aus Santa Barbara. Blonde Haare, braungebrannt, der Hüne *schmeckt* nach Sand, Sonne und Kalifornien. Vor dem Coliseum haben Bildhauer seinen Körper in Stein gemeißelt. Terry diente als Modell für den „Athleten ohne Kopf". Im Wasser dreht sich alles um den Supermann: Kapitän, Spielmacher, Torjäger und Vorbild. „Terry hat es nicht nötig herumzubrüllen, er führt die anderen schon mit seinem Beispiel an", sagt der Trainer.

Der künftige Heilpraktiker, der ein Stipendium an der Stanford-Universität, dem berühmtesten und elitärsten Geisteszirkel der Vereinigten Staaten, abgelehnt hatte, weil er lieber in Malibu Wasserball spielen wollte, besticht mit Kopf und Muskeln.

Seine fast schon sagenhaften Kräfte hat Terry jedoch nicht in irgendwelchen geheimnisvollen Blumen oder Kräutern gefunden. Er hat sie sich aufs härteste erarbeitet. Ein paar Meter nur hinter seinem Elternhaus hat er sich einen Lederriemen um den Leib geschlungen. An dem Riemen hing sein Marterwerkzeug, ein Lastwagenreifen. Mit diesem Gewicht im Kreuz keucht Terry die steilen Bergpfade von Santa Barbara hoch.

Manche seiner Nachbarn wollten ihn deshalb schon für verrückt erklären. Spätestens übermorgen soll Terry ein Volksheld in Kalifornien sein.



Hier sieht es so aus, als könne Reiner Gies seinem Gegner Pernell Whitaker ganz schön zusetzen. Am Ende aber war der Punktsieg des Amerikaners verdient. Gies mußte sogar angezählt werden FOTO: AP

Welch eine Freude, da noch eine Medaille winkt: Kerstin Jonsson und Petra Platen (rechts) FOTO: AP

BOXEN / Whitaker zerstörte Hoffnungen von Gies auf Bronze

Amerikaner noch bevorzugt: Proteste und Drohungen

sid/dpa, Los Angeles

Der Traum von einer Medaille ging für Leichtgewichtler Reiner Gies nicht in Erfüllung. Der Boxer aus Kaiserslautern unterlag im Viertelfinale gegen den amerikanischen Favoriten Pernell Whitaker einstimmig nach Punkten.

„Seine Rechte kam zu halbherzig, um Whitaker ernsthaft zu gefährden", erklärte Heinz Birkle, Sportwart des Deutschen *Amateur-Box-Verbandes* (DABV), nach dem Kampf. In der Vergangenheit kam Gies gegen Rechtsausleger wie Whitaker immer gut zurecht. Eine Sensation wie beim Intercup, als der Pfälzer überraschend den kubanischen Weltmeister Angel Herrera bezwungenn hatte, lag diesmal aber nicht in der Luft.

Nach zwei Verwarnungen durch den indonesischen Ringrichter Gedoam wollte *Gies in der dritten* Runde schon aufgeben. „Der Ringrichter hatte Reiner auf der Rolle", kommentierte Birkle die einseitigen Entscheidungen des Indonesiers, der viele Unsauberkeiten des Amerikaners durchgehen ließ.

Ausschlaggebend für die Niederlage waren die Verwarnungen für den Deutschen allerdings nicht. In der Schlußrunde wurde Reiner Gies nach *Kopftreffern zweimal angezählt.* Bundestrainer Helmut Ranze ist mit der Leistung seines Schützlings dennoch zufrieden. „Eine tolle kämpferische Leistung. Für mich ist er der zweitbeste Leichtgewichtler in diesem Turnier", lobte er. Dem widersprach allerdings Sportwart Birkle: „Das kann man so nicht sagen. Der direkte Vergleich beispielsweise mit dem Südkoreaner Chil Lung Chun fehlt."

Während es an der Niederlage von Gies nichts zu deuteln gab, werden *die Proteste gegen die bevorzugte* Behandlung der Amerikaner in anderen Kämpfen immer lauter. So sprach Südkoreas Verbandspräsident Seung Youn Kim nach der 1:4-Niederlage seines Landsmannes Dong Kil Kim im Halbweltergewicht gegen den Amerikaner Jerry Page von „Betrug und Manipulation". Sein Stellvertreter schlug in die gleiche Kerbe: „Die Kampfrichter sind unfair. Die US-Boys werden eindeutig bevorteilt." Die Asiaten haben gegen die Wertung des Kampfes Protest eingelegt und drohen mit dem Rückzug ihrer Staffel vom olympischen Box-Turnier.

Die Jugoslawen fühlten sich bei der 1:4-Niederlage von Damir Skaro gegen den amerikanischen Mittelgewichtler Virgil Hill ebenfalls betrogen. „Das darf doch nicht wahr sein", schimpfte ihr Chef-Trainer Mate Par*lov nach Bekanntgabe des Urteils.* Und dann fügt er verärgert hinzu: „Die Amis muß man wohl umhauen, wenn man gewinnen will."

Die zwei Siege für die US-Staffel wurden selbst von Vorstandsmitgliedern des Weltverbandes (AIBA) als Skandal-Urteile bezeichnet. Der kaltgestellte europäische Kampfrichter-Chef Jetchev (Bulgarien) erklärte: „Die Proteste sind berechtigt."

Nach Ansicht von Heinz Birkle kommt der Bonus für die amerikanischen Boxer vor allem durch die Zuschauer zustande. Die 16 500 Besucher in der ausverkauften Sport Arena brüllen ihre Landsleute förmlich zum Sieg. „Dieses Geschrei wirkt auf die Boxer wie Doping. Es ist zwei Punkte wert. Einen, weil die US-Kämpfer dadurch über sich hinauswachsen, den zweiten, weil sich die Punktrichter beeinflussen lassen", erklärte der DABV-Sportwart.

Der österreichische Kabarettist und ZDF-Kommentator Werner Schneyder dagegen glaubt an ein abgekartetes Spiel. „So ist das eben, wenn das Fernsehen einen Sport kauft. Die von ABC haben offenbar die Zahl der Finalteilnehmer mit der amerikanischen AIBA-Führung von vornherein festgelegt, um mit den Werbeeinblendungen ein dickes Geschäft machen zu können", macht er *die amerikanische* Fernsehgesellschaft ABC mitverantwortlich.

HANDBALL / Jugoslawien Olympiasieger

DHB-Team: Platz zwei noch möglich

sid, *Fullerton*

3500 Zuschauer waren Zeugen: Auch Roboter haben Gefühle. „Die Jugoslawinnen sind eine Handball-Maschine", hatte Bundestrainer Ekke Hoffmann behauptet. „Sie berechnen jede Möglichkeit im voraus, jeder Spielzug ist geplant, nichts wird dem Zufall überlassen." In Los Angeles funktionierte diese Maschine, sie gewann die programmierte Goldmedaille, *die zweite für Jugoslawien* bei diesen Spielen. Doch all das, was sich danach abspielte, wurde einer Maschine nicht mehr gerecht.

„Für diesen Augenblick hat jeder von uns vier Jahre lang alles gegeben", sagt Svetlana Dasic-Kitic, die blonde Spielerin von Europapokalsieger Radnicki Belgrad, nach den Ehrenrunden. Und mit Tränen in den Augen entschuldigt sie sich dafür, daß die Worte nur *stockend* aus ihr herauskamen, weil sie „vor Freude am ganzen Leib zittere". Mirjana Djurica, die wurfgewaltige Rückraumspielerin, bemüht sich erst gar nicht um Fassung. Lachend und weinend *zugleich stammelte sie immer* wieder den gleichen Satz: „Wir haben es geschafft."

Vier Jahre lang hat Trainer Jozip Samardzija seine Mannschaft auf Los Angeles vorbereitet. Nicht auf die bloße Teilnahme, sondern auf die *Goldmedaille. Seit der Final-Niederlage* gegen die UdSSR am 29. Juli 1980 in Moskau hatten die jugoslawischen Handballerinnen 48 Monate lang nur noch ein einziges Ziel vor Augen: den Olympiasieg.

Den 1460 Tagen Vorbereitung seines jugoslawischen Trainerkollegen hat Hoffmann lediglich 20 entgegenzuhalten. Überrascht von der plötzlichen Boykott-begünstigten Qualifikation, mußte der Deutsche Handball-Bund in kürzester Zeit ein Olympia-Team auf die Beine stellen, das eigentlich erst in den nächsten zwei Jahren zusammenwachsen sollte. Und doch schickt sich eben diese Mannschaft, die im Vorfeld von Los Angeles nur sechs Testspiele in der gleichen Besetzung absolvierte, an, den Jugoslawinnen auf das Treppchen zu folgen.

Nach dem glücklichen 18:17-Erfolg über Gastgeber USA kann die DHB-Auswahl im günstigsten Fall sogar die Silbermedaille gewinnen. „Wenn Jugoslawien am letzten Spieltag China schlägt und wir gegen Südkorea gewinnen, sind wir Zweiter", sagt Bundestrainer Hoffmann.

Doch daß vor dem größten Erfolg des deutschen Frauen-Handballs noch eine Menge Arbeit auf ihn zukommt, weiß der Bundestrainer.

Viel blieb von den Hoffnungen der Segler nicht übrig . . .

dpa/sid, Los Angeles

Die Luft sei nun wohl endgültig raus, „aber es wäre gut, wenn wir wenigstens zwei Medaillen noch retten würden". Das Fazit von Uli Libor, dem Teamchef des Deutschen Segler-Verbandes (DSV), ist ernüchternd, für ihn selber in erster Linie.

Waren vor Beginn der olympischen Segel-Wettbewerbe noch „sechs Medaillen sicher drin" (Libor), so sind es vor der siebten und letzten Wettfahrt nur noch zwei. Und selbst die sind nur mit sehr viel Glück zu gewinnen. *Long Beach hat gezeigt, daß der DSV* seinen 1976 mit zwei goldenen und einer bronzenen Medaille begründeten Ruf der führenden Segel-Nation verloren hat.

Die *Hoffnungen ruhen auf* dem deutschen Starboot mit Joachim Griese und seinem Vorschoter Michael Marcour (Hamburg/Möhnsee) einerseits und auf der 470er-Klasse mit den Gebrüdern Wolfgang und Joachim Hunger (Berlin) andererseits.

Joachim Griese belegte in der sechsten Wettfahrt nur den vierten Rang und fiel in der Gesamtwertung mit 35,7 Punkten auf den vierten Platz ab. Der 31jährige Jurist liegt hinter den führenden Amerikanern Willie Buchan/Stephen Erickson (29,7), den spanischen Weltmeistern *Giorgio* Gorla/Alfio Peraboni (31,8) und den Schweden Kent Carlson/Henrick Eyermann. Diese vier Boote können in der abschließenden Regatta die Goldmedaille gewinnen. „Nur gut, daß ich nicht als erster der Gesamtwertung in diese Nervenschlacht gehe", sagt Griese. Auf den werden sich nämlich alle anderen stürzen.

Griese/Marcour, die 1983 auf dem Revier vor Long Beach die olympische Generalprobe gewonnen hatten, hoffen auf mehr Wind, um ihren Geschwindigkeits-Vorteil bei diesem Vierkampf ausnutzen zu *können.* Bundeshonorartrainer Franz Untersberger: „Wenn der Wind bläst und dem Joachim wieder ein so toller Start gelingt wie in der sechsten Wettfahrt, dann ist ihm alles zuzutrauen."

Die Berliner Medizinstudenten Wolfgang und Joachim Hunger können in der 470er-Klasse maximal noch auf den Silbermedaillen-Rang vorstoßen. Bereits vor dem letzten Wettkampftag ist die Goldmedaille an die Spanier Luis Doreste und Roberto Mollina vergeben, die es sich leisten können, zur letzten Wettfahrt gar *nicht mehr anzutreten.* „Gegen die war wirklich kein Kraut gewachsen", sagt Bundeshonorartrainer Frank Hübner. Der Olympiasieger von 1976 in dieser Klasse sieht nur ein Problem: „Das Ganze ist jetzt eine reine Nervenangelegenheit. Bei jungen Sportlern spielt das gerade bei Olympischen Spielen eine ganz entscheidende Rolle."

In der Tat: Von der Bronzemedaille trennen sie ganze zwei Punkte. „Ich weiß auch nicht, warum wir es immer so spannend machen müssen", sagt Wolfgang Hunger. Verärgert ist er besonders über die Disqualifikation vom Montag. „Die hat uns unter Umständen die Medaille gekostet."

Für die übrigen deutschen Segler geht es lediglich um einen mehr oder weniger ehrenvollen Abgang. Der frühere Finn-Weltmeister Wolfgang Gerz (Wörthsee) hat als Fünfter der Gesamtwertung keine Chance mehr auf eine Medaille. Dirk Meyer als Siebter bei den Windglidern sowie Jörg und Eckart Diesch mit der gleichen Plazierung im Flying Dutchman mußten ihre letzte Hoffnung begraben. Über die Tornado-Mannschaft von Eckart Kaphengst (15.) sowie Willi Kuhweide im Soling (10.) sagt Uli Libor: „Totalausfälle." Auch dies ist eine Ernüchterung, an die Willi Kuhweide nicht im Traum gedacht hat.

Olympia in Zahlen

BOXEN

Viertelfinale, Halbfliegengewicht: Mwila (Sambia) 5:0 PS – Kuroiwa (Japan), Todisco (Italien) 4:1 PS – Ramos (Puerto Rico), Bolicar (Venezuela) 5:0 PS – Motta-Taracena (Guatemala), Gonzales (USA) 4:1 PS – Lyon (England). – Leicht: Ortiz (Puerto Rico) 5:0 PS – Hernando (Spanien), Ebanga (Kamerun) 5:0 PS – Sumer (Türkei), Whitaker (USA) 5:0 PS – Gies (Deutschland), Chun (Südkorea) RSC 3. Rd. – Cantancio (Philippinen). – Halbschwer: Moussa (Algerien) 5:0 Jury – Wilson (England), Josipovic (Jugoslawien) 5:0 PS – Donici (Rumänien), Holyfield (USA) K.o. 1. Rd. – Okello (Kenia), Barry (Neuseeland) 4:1 PS – Nanga (Kamerun). – Fliegen: McCroy (USA) 5:0 PS – Ayesu (Malawi), Can (Türkei) 4:1 PS – Heo (Südkorea), Redzepovski (Jugoslawien) 4:1 Jury – Fenech (Australien), Bilali (Kenia) 5:0 PS – Ramirez (Dom. Republik). – Halbwelter: Page (USA) 4:1 PS – Kim (Südkorea).

WASSERBALL

Finalrunde, zweiter Spieltag: USA – Australien 12:7, Deutschland – Jugoslawien 9:10, Holland – Spanien 4:8. – Tabelle: 1. USA 30:22, 2. Jugoslawien 28:20, 3. Deutschland 27:24, 4. Spanien 24:22, 5. Holland 16:25, 6. Australien 19:31.

HANDBALL

Frauen, fünfter Spieltag: USA – Deutschland 17:18, China – Österreich 21:16, Jugoslawien – Südkorea 29:23. – Tabelle: 1. Jugoslawien 8:0, 2. *China* 5:3, 3. *Südkorea* 5:3, 4. *Deutschland* 4:4, 5. USA 2:6, 6. Österreich 0:8.

HOCKEY

Damen, Finalrunde, vierter Spieltag: Holland – Kanada 2:2, USA – Australien 1:3. – Tabelle: 1. Holland 7:1, 2. Australien 5:3, 3. Deutschland 5:3, 4. USA 4:4, 5. Kanada 3:5, 6. Neuseeland 0:8. – Herren, Gruppe B, fünfter und letzter Spieltag: Holland – Kenia 3:0, Kanada – Neuseeland 2:2, England – Pakistan 0:0. – Tabelle: 1. England 9:1, 2. Pakistan 7:3, 3. Holland 7:3, 4. Neuseeland 4:6, 5. Kenia 2:8, 6. Kanada 1:9.

SCHWIMMEN

Kunstspringen, Herren, Vorkampf, Stand nach fünf von elf Sprüngen: 1. Louganis (USA) 249,27 Punkte, 2. Li (China) 229,83, 3. De Tan (China) 222,48, 4. Merriott (USA) 217,02, 5. Snode (England) 216,90, 6. Italiani (Italien) 211,50, 7. Killat 209,82, ... 19. Dörr (beide Deutschland) 195,87.

SEGELN

Flying Dutchman: 1. McLaughlin/-Bastet (Kanada), 2. Adler/Tenke (Brasilien), 3. Jörgen u. Jacob Möller-Bojsen (Dänemark), 4. McKee/Buchan (USA), ... 6. Jörg und Eckart Diesch (Deutschland). – Stand nach *sechs Wettfahrten: 1. McLaughlin/-*Bastet 8,7, 2. McKee/Buchan 11,7, 3. Möller-Bojsen, ... 7. Diesch. – Tornado: 1. Smyth/Glaser (USA), 2. Bladcel/Lambriex (Holland), 3. Sellers/-Timms (Neuseeland), ... 10. Kaphengst/Böse (Deutschland). – Stand: 1. Sellers/Timms 11,7, 2. Smyth/-Glaser 21,0, 3. White/Campbell-James (England) 41,7, ... 15. Kaphengst/-Böse. – 470er: 1. Peponnet/Pillot (Frankreich), 2. Brokman/Fridländer (Israel), 3. Wolfgang u. Joachim Hunger. – Stand: 1. Doreste/Molina (Spanien) 18,7, 2. Peponnet/Pillot 37,7, 3. Benjamin/Steinfeld 40,0, ... 5. Hunger. – Soling: 1. Grael (Brasilien), 2. Haines (USA), 3. Law (England), ... 9. Kuhweide (Deutschland). – Stand: 1. Haines 18,7, 2. Grael 37,7, 3. Fogh 41,4, ... 10. Kuhweide. – Starboot: 1. Buchan/Erickson (USA), 2. Gorla/-*Peraboni (Italien),* 3. *Raudaschl/Ferstl* (Österreich), 4. Griese/Marcour (Deutschland). – Stand: 1. Buchan/-Erickson 29,7, 2. Gorla/Peraboni 31,8, 3. Carlson/Eyermann 33,7, ... 4. Grie*se/Marcour* 35,7. – *Finn:* 1. *Neilson* (Kanada), 2. Blanco (Spanien), 3. Coutts (Neuseeland), ... 6. Gerz (Deutschland). – Stand: 1. Bertrand 23,0, 2. Coutts 24,7, 3. Neilson 26,0, ... 5. Gerz 52,1. – Windglider: 1. Guillerot (Frankreich), 2. van den Berg (Holland), 3. Kendall (Neuseeland), ... 5. Meyer (Deutschland). – Stand: 1. van den Berg 22,0, 2. Stelle (USA) 31,0, 3. Kendall 36, ... 7. Meyer 60,0.



XXIII. OLYMPISCHE SOMMERSPIELE XXIII. OLYMPISCHE SOMMERSPIELE

LEICHTATHLETIK / Läufer rannten in Krise

„Probleme im Kopf oft größer als die im Körper"

dpa. Los Angeles

Zwei fette Jahre haben die deutschen Leichtathleten hinter sich, Europa- und Weltmeisterschaft wurden vor allem durch die Läufer zu großen Erfolgen. Ausgerechnet sie sind nun in die Krise gerannt. Das zeigt die Zwischenbilanz der ersten vier olympischen Wettkampftage im Coliseum von Los Angeles sehr deutlich. Harald Schmid mit seiner Bronzemedaille über 400 m Hürden war nach 17 Entscheidungen der einzige Läufer im deutschen Team, der zu den fünf gewonnenen Medaillen etwas beisteuerte.

Das Rätselraten um die Gründe der Laufkrise begann schon vor der Abreise. Schließlich waren viele Stars lange vor dem ersten Startschuß ausgeschieden: die Weltmeister Wülbeck und Ilg, die Europameister Wessinghage und Weber, Ex-Weltmeisterin Friedmann, Hürdenrekordler Dönges und 400-m-Hürdenhoffnung Mary Wagner. „Vor einer großen internationalen Meisterschaft hatten wir noch nie so viele Aus- und Problemfälle", klagte Verbands-Sportwart Otto Klappert und erwies sich als Prophet: „Außerdem sehe ich keinen Fall, wo in Los Angeles noch besondere Steigerungen zu erwarten sind."

Schließlich wurden 58 Athleten nominiert und in zwei Gruppen ins Trainingsquartier nach Irvine befördert. Trotz der idyllischen und ruhigen Lage trog der Frieden auf dem Uni-Campus: Die Mediziner Krahl und Kindermann, die Masseure Sailer, Melzer und Hofmann waren fast rund um die Uhr im Einsatz. Etliche Leistungs- und Hoffnungsträger waren verletzt oder krank angereist: Mögenburg, Haas, Evers, Kraus, Klinger, Bußmann. Andere kamen erst in Irvine dazu: Thränhardt, Nagel, Lübke, Bouschen, Danneberg, Teske, Denk. „Manchmal habe ich den Eindruck, als Gesunder die große Ausnahme in unserer Mannschaft zu sein", verfolgte Männerteam-Sprecher Harald Schmid die Ereignisse sorgenvoll.

In Irvine wurde täglich nach Erklärungen gesucht. Vize-Weltmeisterin Brigitte Kraus: „Wenn man das Wetter hier sieht, wird einem erst bewußt, wie sehr Regen und Kälte in Deutschland unsere Vorbereitungen erschwert und uns benachteiligt haben." Harald Schmid: „Der immer voller werdende Terminkalender fordert seinen Tribut. Jedes Jahr ein Höhepunkt, jedes Jahr Training im Bereich maximaler Belastung – da bleibt zur nötigen Regeneration nicht genug Zeit."

Sportmediziner Hartmut Krahl: „Daß gerade die in den vergangenen Jahren besonders Erfolgreichen so zahlreich betroffen sind, halte ich für völlig normal. Die kleinste Verletzung irritiert sie schon, weil sie wissen, daß sie für einen erneuten Sieg nur in Bestform gerüstet sind. Bei ihnen sind die Probleme im Kopf oft größer als die im Körper. Wer als Favorit gilt und an sich zweifelt, der startet häufig gar nicht erst, auch wenn sein Gesundheitszustand es zuließe." Als Beispiel dafür kann 800-m-Weltmeister Willi Wülbeck gelten, der sich sogar in die Hände eines Wunderheilers begab, ehe er seinen Olympia-Verzicht erklärte.

Andere bissen sich durch, die nach dem Boykott-Beschluß der Osteuropäer plötzlich Gold vor Augen hatten. Ein Beispiel dafür ist Mittelstrecklerin Margrit Klinger: Sie kämpfte sich hartnäckig durch Ischiasbeschwerden und fiebrige Grippe, um im 800-m-Finale nach 700 Metern auf der Zielgeraden auf den vorletzten Platz zu laufen. „Da war nichts mehr, ich konnte nicht schneller", mußte sie später resigniert feststellen.

Christoph Herle, als Sechster über 10 000 m einer der wenigen überzeugenden Läufer bisher, entdeckte einen weiteren Aspekt: „Ich war manchmal entsetzt, wie hart einige unserer Athleten in Irvine noch trainiert haben. Als wir dort eintrafen, sollte jegliche Vorbereitung doch längst abgeschlossen sein. Mein Programm bestand aus Substanzerhaltung durch Ausschlafen, Erholen und leichtes, lockeres Laufen. Andere haben regelrecht geklotzt und dabei sehr viel geistige Energie verloren, die dann im Wettkampf fehlte."

Professor kritisiert Zeitplan des Marathonlaufs

Die Diskussion um den Marathonlauf, den wohl extremsten und umstrittensten Leichtathletik-Wettbewerb, hält an. Wildor Hollmann, der Leiter des Instituts für Kreislaufforschung und Sportmedizin an der Sporthochschule Köln, befürchtet für den Männer-Wettbewerb ähnliche Dramatik wie bei den Frauen, als die Schweizerin Gaby Andersen-Schiess völlig entkräftet ins Ziel kam. Hollmann kritisiert die Uhrzeit, zu der am Sonntag der Marathonlauf gestartet werden soll, und befürchtet, daß die Gesundheit der Athleten geschäftlicher Interessen wegen aufs Spiel gesetzt wird: „Um 17 Uhr herrschen in Los Angeles mörderische Temperaturen. Schwächeanfälle sind nicht auszuschließen. Marathonläufe sollten möglichst nicht bei Temperaturen über 28 Grad Celsius ausgetragen werden." Offenbar besteht die amerikanische Fernsehgesellschaft ABC auf dem geplanten Zeitpunkt um 17 Uhr.

„Gracias": In großer Aufmachung dankte IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch den 40 000 ehrenamtlichen Helfern, ohne die Olympia nicht stattfinden könnte. „Gracias" erklärte der Präsident in vier Zentimeter großen Lettern in einem ganzseitigen Inserat in der „Los Angeles Times" und bedankte sich im Namen der „olympischen Familie" für den freundschaftlichen Empfang, den Goodwill, die Unterstützung und die fabelhafte Organisation. Als Geschenk für die Mitarbeiter gab Samaranch die Produktion einer besonderen Anstecknadel in Auftrag.

Pseudo-Schutz: Nach rund 300 olympischen Box-Kämpfen ist der erstmals bei einer Großveranstaltung obligatorische Kopfschutz umstrittener als zuvor. Vor allem von deutschen Ärzten wird der Helm kritisiert. Hans Grebe (Frankenberg), der Präsident der Ärztekommission des Weltverbandes AIBA und „verantwortlicher Arzt" des olympischen Box-Turniers, warnt: „Der Helm bietet medizinisch nur einen Pseudoschutz und verleitet die Boxer zu einem größeren Risiko." Zum Beweis seiner Behauptung verweist er auf die Bilanz, nach der von den 273 Kämpfen bislang 17 nach schwerem K. o. und 33 durch technischen K. o. beendet wurden. Auch Wolfram Lemme (Berlin), der deutsche Mannschaftsarzt, vertritt eine ähnliche Auffassung: „Das Rotieren der Gehirnmasse wird durch den Helm nicht verhindert."

Atembeschwerden: Der 1500-m-Wettbewerb der Männer wird wahrscheinlich ohne den britischen Weltrekordhalter Steve Ovett stattfinden. Ovett wurde nach seinem Kreislaufkollaps, den er nach dem 800-m-Finale erlitten hatte, zwei Tage lang in einem Krankenhaus beobachtet. Weil die Ursache seines Zusammenbruchs noch nicht geklärt und sein Gesundheitszustand noch nicht wieder zufriedenstellend ist, rieten die Ärzte von weiteren Wettkämpfen ab. Ovett klagt über Atembeschwerden.

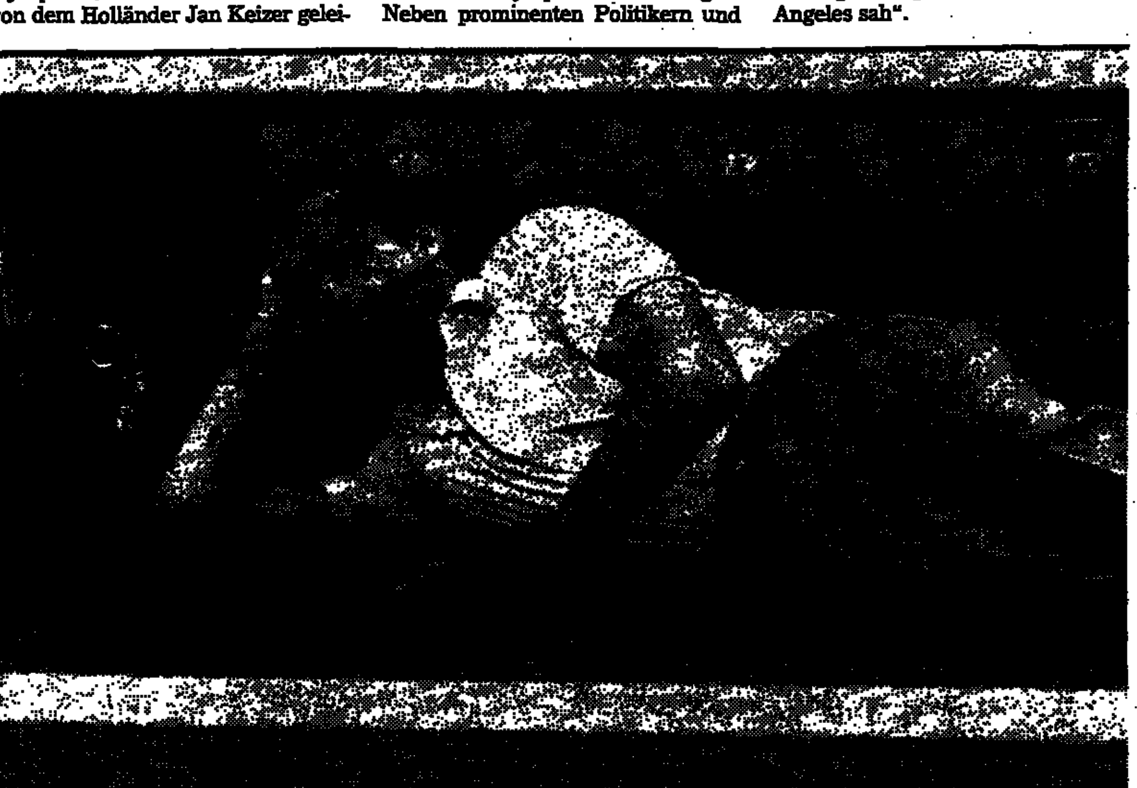
Schiedsrichter: Das Endspiel des olympischen Fußball-Turniers wird von dem Holländer Jan Keizer geleitet, während der Schotte McGinlay für das Spiel um die Bronzemedaille nominiert wurde. Beide Spiele finden im Stadion „Rose Bowl" in Pasadena statt. Das Finale ist mit 104 000 Besuchern bereits ausverkauft.

Überraschung: Zwölf Jahre nach dem Gewinn der Goldmedaille spielt die deutsche Hockey-Nationalmannschaft erneut um den Einzug ins Finale. Im Halbfinale trifft sie dabei heute auf die noch ungeschlagene Überraschungsmannschaft aus Großbritannien. Die Briten rückten erst nach dem sowjetischen Boykott ins olympische Turnier und gaben bisher nur einen Punkt beim 0:0 gegen Pakistan ab.

Gartenparty: Rund 1000 Gäste fanden sich zu einem Empfang ein, den der deutsche Botschafter in den USA, Günter van Well, zu Ehren der deutschen Olympia-Mannschaft gab. Neben prominenten Politikern und Sportfunktionären folgten auch rund 150 Athleten der Einladung.

Übereifer: „Man versucht halt, besonders gut zu spielen, weil dies ein besonderes Turnier ist", erklärte die 15jährige Steffi Graf (Heidelberg) ihr ungewohnt verkrampftes Spiel beim Tennis-Demonstrationsturnier. Sie gewann trotzdem mit 6:3, 7:5. Mit genau den gleichen Ergebnissen gelangten auch die beiden anderen deutschen Nachwuchsspieler Myriam Schropp (Heidelberg) und Michael Westphal (Neuss) in die zweite Runde.

Widerstand: Uwe Hohn („DDR") will seinen Speer vorerst weiterbenutzen. Der einzige 100-m-Werfer, dessen Rekordwurf (104,80) den Verband zu einer Regeländerung (Veränderung des Schwerpunkts) veranlaßt hatte, hält die neue Regelung für überflüssig, weil „100-m-Weiten keineswegs Alltag sind, wie man in Los Angeles sah".



Olympia ist ganz schön anstrengend: diese Erfahrung machte der frühere Turn-Weltmeister Eberhard Gienger, der als Kommentator in Los Angeles tätig ist FOTO: DPA

NACHRICHTEN

Fünf Wochen Sperre

Frankfurt (dpa) – Das Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) hat Norbert Siegmann von Werder Bremen zu einer Sperre von fünf Wochen verurteilt. Siegmann sollte wegen eines Platzverweises zunächst für acht Wochen gesperrt werden.

Kohde auf Rang sieben

Düsseldorf (sid) – Die internationale deutsche Tennismeisterin Claudia Kohde aus Saarbrücken belegt in der Weltrangliste derzeit Platz sieben. Es führen die beiden Amerikanerinnen Martina Navratilova und Chris Evert-Llyod.

Tödlich verunglückt

Pfatter (dpa) – Motorradsportler *Josef Zollner (Geisling) ist* bei einem Sandbahnrennen in Pfatter/Oberpfalz tödlich verunglückt. Nach einem Sturz wurde er vom nachfolgenden Motorrad erfaßt. Jede ärztliche Hilfe kam für ihn zu spät.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Bad Oeynhausen – Schalke 04 2:9, Union Berlin – Bau-Weiß Berlin 0:6, 1. FC Köln – Dukla Prag 9:1, Hertha BSC – Waldhof Mannheim 4:1, Solingen – Uerdingen 2:5, Schöppingen – Bielefeld 1:6, Langenfeld – Leverkusen 1:13, Grasdorf – Hannover 96 2:3, Friedrichstadt – Düsseldorf 2:3, FC Mönchengladbach – Borussia Mönchengladbach 2:7.

TENNIS

71. Nationale Deutsche Meisterschaften in Braunschweig, zweite Runde, Herren: Popp (Neuss) – Eberhard (Hannover) 6:1, 6:3, Elter (Essen) – Jelen (Neuss) 6:0, 6:7, 7:6, Beutel (Hannover) – Settelmayer (Essen) 6:4, 6:4, Meiler (Amberg) – Vestweber (Grafenbrock) 7:6, 6:2, Maurer (Neuss) – Gau (Leverkusen) 2:6, 6:2, 6:4, Gehring (Amberg) – Pinner (Neuss) 1:6, 6:4, 6:0, Schäck (Mörlenbach) – Keretic (Stuttgart) 7:6, 6:2. – Damen, zweite Runde: Dries (Neuss) – Vaaßen (Weiden) 6:3, 6:3, Renz (Stuttgart) – Probst (Erlangen) 6:2, 7:5, Meier (Kaiserslautern) – Dinu (Essen) 6:4, 6:1, Keppeler (Augsburg) – Rahn (Saarbrücken) 6:3, 6:2, Vopat (Aschaffenburg) – Lütten (Hamburg 0:6, 6:3, 6:3, Cueto (Stuttgart) – Hack (Reutlingen) 6:4, 6:3. – Herren-Doppel, erste Runde: Pfannkoch/Schurr – Beutel/Zipf 6:3, 6:4. – **US-Hartplatzmeisterschaften** in Indianapolis, Damen-Einzel, zweite Runde: Hanika (Deutschland) – Ivan (USA) 6:3, 6:2. – **Grand-Prix-Turnier** in Cleveland, erste Runde: Becka (Deutschland) – Tanner (USA) 6:4, 7:5.

NACHRUF

Am 30. Juli 1984 ist

Bergass. a. D.

Dr.-Ing. E. h. Erwin Anderheggen

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

im Alter von 75 Jahren gestorben.

Dr. Erwin Anderheggen war von 1972 bis 1976 Vorsitzender des Vorstandes unserer Gesellschaft und gehörte von 1976 bis 1978 unserem Aufsichtsrat an.

Dr. Anderheggen hat sich um die Entwicklung des Saarberg-Konzerns große Verdienste erworben. Sein Wirken ging weit über das Unternehmen hinaus. Er hat sich mit großer Energie in Gemeinschaftsorganen des deutschen Steinkohlenbergbaus und für die internationale Zusammenarbeit in der Kohleforschung eingesetzt.

Wir werden sein Andenken in Dankbarkeit bewahren.

Aufsichtsrat, Vorstand und Gesamtbetriebsrat der Saarbergwerke Aktiengesellschaft

Ein gütiges und schöpferisches Herz hat aufgehört zu schlagen.

In seiner zweiten Heimat verstarb am 20. Juli 1984, kurz vor Vollendung seines 89. Lebensjahres, unerwartet und für uns alle unfaßbar, unser lieber Vater und Großvater

Hans Faber

Wir werden ihn nie vergessen.
Die Kinder und Enkelkinder

2000 Norderstedt
Hökertwiete 12

Die Beisetzung hat auf Wunsch des Verstorbenen in Jugoslawien stattgefunden.

Nachruf

Am 30. Juli 1984 ist der frühere Vorsitzende unseres Aufsichtsrates

Dr.-Ing. E. h. Erwin Anderheggen

im Alter von 75 Jahren verstorben.

Seit 1972 gehörte der Verstorbene dem Aufsichtsrat unseres Unternehmens an, dessen Vorsitzender er in der Zeit von 1973 bis 1976 gewesen ist.

Wir schulden ihm Dank und Anerkennung für seinen stets wertvollen Rat.

Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

SAAR FERNGAS AKTIENGESELLSCHAFT
Der Vorstand

Saarbrücken, im August 1984

Im gesegneten Alter von 88 Jahren verstarb am 20. Juli 1984 unser früherer Mitarbeiter der Anzeigenabteilung DIE WELT

Hans Faber

11 Jahre arbeiteten wir mit ihm zusammen und nahmen teil an seiner Leidenschaft. Sie galt der Seefahrt und im besonderen der deutschen Marine.

Erfüllt war er in seinem Leben von der Erinnerung an die SMS „Seydlitz", deren fleißiger Chronist er war.

Seine Freunde werden diesen alten Fahrensmann nicht vergessen.

Axel Springer Verlag

Nachforschender TV-Journalismus: Die neue Reportageserie „Gesucht wird . . ."

Ein Haifisch scheut die Kameras

Ich war mehrmals nahe dran, das Handtuch zu werfen, weil an den Mann einfach nicht ranzukommen ist. Keine Dokumentation, außer der über Gudrun Ensslin, hat mich mehr ‚geschafft' als die monatelangen Recherchen in Sachen Kaußen."

Filmemacher Paul Karalus, bekannt geworden durch zahlreiche hervorragende Dokumentationen wie etwa *„Die Endlösung"* oder „Die Stunde Null", ist der Autor der Auftaktsendung für eine neue innenpolitische Reportagenreihe aus Köln, die

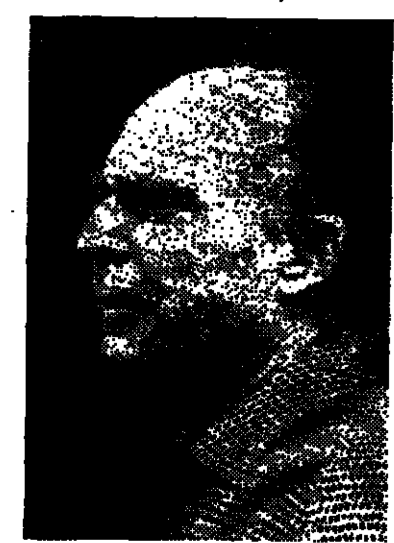
Gesucht wird . . . Günter Kaußen – ARD, 20.18 Uhr

nachforschenden Fernsehjournalismus nach amerikanischem Muster betreiben will. Absicht der Reihe „Gesucht wird . . ." ist nach den Worten von Werner Filmer, Leiter der Programmgruppe Inland beim WDR, „eine Person, eine Sache oder ein Ereignis, die oder das abhanden gekommen ist, mit Kamera und Mikrofon aufzuspüren".

Die Person, auf deren Fährte sich Karalus für die Premiere gesetzt hat, ist der Immobilienspekulant und als „Miethai" apostrophierte Günter Kaußen. Fast jeder *kennt seinen* Namen, doch nur die wenigsten wissen, wie er aussieht. Kaußen meidet nämlich die Öffentlichkeit. Es gibt kaum *Fotos* von ihm, geschweige denn Filmaufnahmen.

Auch Paul Karalus ist es, wie vielen Journalisten vor ihm, nicht gelungen, Kaußen zu einem Interview zu bewegen. Alle Briefe und Telefonanrufe blieben unbeantwortet. Gescheitert ist auch der Versuch, Kaußen in seinem zur Festung ausgebauten Penthouse an der Neusser Straße in Köln zu überrumpeln.

„Immer, wenn wir auftauchten, ging sofort der eiserne Rolladen runter", erzählt Karalus. „Die Hausmeister, oder wer das war, haben uns das Betreten des Hofes verboten und bedroht. Man muß sich das vorstellen: *Ein Mann*, der sich Schlösser, Wälder und Seen leisten könnte, verkriecht sich in seinem Dachgarten hinter hohen Mauern."



Nicht nur in der Bundesrepublik unbeliebt: Der Immobilienspekulant Günter Kaußen FOTO: CPR

Was macht man, fragt sich Karalus immer wieder während der fast ein Jahr dauernden Arbeit an seinem Film, wenn man den „Held" nur durch seine Taten beschreiben kann? „Aber es hat sich dann doch als sehr faszinierend herausgestellt, wie sich das Bild eines Menschen plötzlich verdichtet, der sich selbst durch seine Publizitätsscheu jedem Gespräch entzieht. Vielleicht ist es auf diese Weise *doch* gelungen, ein beklemmendes Auch-Porträt dieses Mannes zu entwerfen."

Karalus befragte einstmals enge Kaußen-Mitarbeiter, und er sprach mit Mietern, denen Kaußen Schlimmes angetan hat, sowohl hierzulande wie in den USA. Denn auch drüben sind viele Arme das Opfer des skrupellosen Geschäftemachers geworden. Kein Wunder, daß sich auch die Presse in Reagans Land für den „häßlichen" Deutschen zu interessieren beginnt.

Ein amerikanischer Fernsehreporter war *es auch*, dem es *als* erstem gelungen ist, Kaußen vor der Kamera zu stellen. Das war auf dem Flughafen von San Francisco. Doch alle Versuche des Reporters, den „Miethai" zum Reden zu bringen, blieben erfolglos. Kaußen reagierte auf alle Vorhaltungen mit dem stereotypen Satz: „Das ist ein unfairer Angriff." „Das sind", meint Paul Karalus, „beklemmende Bilder, die wir zum Teil in den Film mit eingeschnitten haben". EGON WOLFF

STUDIO

Für viele Kinder wird das Bild von der Dritten Welt ausnahmslos durch Kitsch und Klischeebilder geprägt. Spielfilme und Serien enthalten Informationen, die kaum oder gar nichts mit der Realität der betreffenden Länder zu tun haben (z. B. „Daktari" oder „Simba, der weiße Löwe"). Das Evangelische Zentrum für entwicklungsbezogene Filmarbeit, Stuttgart, und das Kinder- und Jugenfilmzentrum in der Bundesrepublik Deutschland, *Remscheid, haben* deswegen einen Katalog **Arbeitsverband-Medien Dritte Welt für Kinder** herausgegeben. Auf mehr als 40 Seiten werden Filme über die Dritte Welt ausführlich vorgestellt, die sich in besonderer Weise zum Vorführen in Kindergruppen eignen. Gegen Voreinsendung von zwei Mark in Briefmarken kann die Broschüre beim Evangelischen Zentrum für entwicklungsbe*zogene Filmarbeit*, Gänsheidestr. 67, 7000 Stuttgart 1, oder beim Kinder- und Jugendfilmzentrum, Küppelstein 34, 5630 Remscheid, bestellt werden. agi

KRITIK

So könnte die Erde sterben

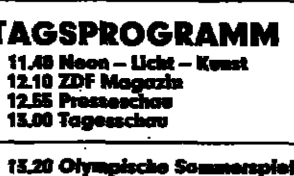
Es ist wieder Zeit gewesen, die Menschen auch an die Kehrseite der „wissenschaftlichen Errungenschaften" zu erinnern. Am 6. August jährte sich zum 39. Mal der Tag, an dem über Hiroshima die erste Atombombe explodierte. Aus diesem Grunde zeigte das japanische Fernsehen eine filmische Dokumentation *über die Folgen* eines theoretisch nicht ausschließbaren Nuklearkrieges, der den ganzen Erdball überzieht. **Panorama** (ARD) hat diesen Film übernommen und seine wesentlichen Teile unter dem Titel „Die Tage nach dem Tage danach" gesendet.

Cui bono, heißt für den die Frage, der die erschütternden Bilder von der filmischen Zerstörung Tokios gesehen hat und über quälend lange Minuten erfährt, daß die radioaktive Strahlung bei Menschen, Tieren und Pflanzen teilweise irreversible somatische und genetische Schäden hinterläßt. Wem nützt es zu erfahren, daß das Klima der Erde dermaßen verändert würde, daß die Kontinente unter *einer menschenfeindlichen* Eisschicht begraben würden? Die Erkenntnisse, die auf solche dramatisch visualisierte Weise den Menschen ins Wohnzimmer geliefert werden, ruhen längst sauber notiert zwischen Buchdeckeln. Denjenigen, die die Macht über den Einsatz von Atomwaffen haben, sind sie geläufig.

Erinnert sei nur an die Studie des „Office of Technology Assessment", einer US-Behörde, die im Auftrag des Senats in den siebziger Jahren die „Wirkungen des Atomkrieges" untersuchte. Sie verfolgt die bisherige Entwicklung der Menschheit und sagt, es gebe in der Archäologie Beispiele von Hochkulturen, „die schlicht im Gefol*ge eines erschütternden Ereignisses* aufhören zu bestehen, obwohl die Menschen im biologischen Sinne weiterleben".

Zugegeben: Peter Gatter, der Moderator, hat sich intensiv bemüht, die Emotionen der Zuschauer nicht über Gebühr zu erregen. Trotzdem war der Film ein Stück Politik: Er weckte neue Ängste. Nur können sich die Menschen in der Sowjetunion keine *abrüstungsfreundlichen* Politiker wählen. RÜDIGER MONIAC





III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

6.00 Guten Morgen, Olympia!
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Pfarrer Johannes Kuhn antwortet
10.55 flashlights
11.40 Neon – Licht – Kunst
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Die Zauberflöte
15.30 Der Spatz vom Wallrafplatz
16.00 Tagesschau
16.10 Musikladen
16.55 Die Spielbude
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl.: Der 7. Sinn
20.18 Gesucht wird . . . Günter Kaußen
Von Paul Karalus
21.00 Die Kriminalstunde
Geschichten für Kenner
22.00 Erinnerungen an Heinz Erhardt
Von Hans-Jürgen Senff
22.30 Tagesthemen
23.00 Fedora
Spielfilm von Billy Wilder und I. A. L. Diamond (1978)
Mit William Holden, Marthe Keller, Hildegard Knef u. a.
Der Filmproduzent Barry Detweiler fliegt nach Korfu, um dort den legendären Hollywood-Star Fedora zu treffen. Obwohl Fedora scharf bewacht wird, kann Detweiler zu ihr vordringen.
0.50 Tagesschau
0.55 Olympische Sommerspiele
Olympia live. Leichtathletik
Zehnkampf (Stabhochsprung, Speerwurf, 1500m) / 200 m Frauen Halbfinale / Weitsprung Frauen Finale / 200 m Frauen Finale / 1500 m Männer Vorläufe / 1500 m Frauen Halbfinale / 5000 m Männer Halbfinale
Dressur: Mannschaft Entscheidung
Boxen: Halbfinale
Ringen: Freistil Vorrunde, Finale

ZDF

13.20 Olympische Sommerspiele
Olympia am Mittag
Die Höhepunkte des 11. Wettkampftages
15.00 heute
15.03 John Denvers Reise in die Rocky Mountains
Amerikanischer Film (1979)
15.50 Die kleinen Strolche
16.00 Ferienkalender
16.20 Die Schlümpfe
16.35 Puschel, das Eichhorn
17.00 heute
17.05 Olympische Sommerspiele
Aufzeichnungen aus der Nachtsendung
Live-Schaltungen zu den ersten Wettkämpfen des 12. Wettkampftages u. a.:
Leichtathletik: Zehnkampf (110 m Hürden) / Kanu: Halbfinale 500 und 1000 m
Dazw. ca. 18.00: heute Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Olympische Sommerspiele
12. Wettkampftag
Leichtathletik: Zehnkampf (Diskus, Stabhochsprung)
100 m Hürden Vorläufe
Hochsprung Damen Qualifikation
Kanu: Halbfinale 500 m und 1000 m Damen und Herren
Boxen: Halbfinale
Duo-Synchronschwimmen: Finale
Ringen: Freistil
Turmspringen: Damen Vorkampf
Hockey: Damen
Deutschland – USA
Dazw. ca. 21.45: heute-journal
0.55 heute



Erinnerungen an einen großen Komiker: Heinz Erhardt (ARD, 22.00 Uhr) FOTO: KINDERMANN

III.

WEST
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Aus der Klamottenkiste
19.00 Höhlenabenteuer (1)
Eine Welt aus Kristall
19.45 Fahr' doch selbst mal hin (5)
Am *Kai* der Ferienträume – Der Fähranleger in Travemünde

WEST/NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Geheimagent T
Amerikanischer Spielfilm (1974)
Mit Dennis O'Keefe, Mary Meade, Alfred Ryder u. a.
Regie: Anthony Mann
21.45 Bei lebendigem Leibe
Jörg Ratgeb – seine Spur verfolgen
22.45 Am Anfang war der Dieb
Der Schriftsteller Jean Genet im Gespräch mit Hans Neuenfels und François Bondy
23.15 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
18.45 Musik – Gymnastik – Plauderei
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Stolz und Vorurteil (2)
Nach dem Roman von Jane Austen
20.25 Die phantastischen Reisen des Isaac Asimov
Film von Tilman Jens
20.55 Kulturlandschaft: Westerwald
21.40 Germany pauschal
Touristen erleben Süddeutschland
22.25 Beat, Beat, Beat! (4)
Mit The Animals, Graham Bonney, The Troggs und anderen
22.55 Nachrichten

BAYERN
18.15 Die Tier-Sprechstunde
18.45 Rundschau
19.00 Tatort
Münchner Kindl
20.20 Das Spiel mit Blasebalg und Zungen
20.45 Z. E. N
20.50 „Hoffnung für die Welt"
Bericht über die Siebente Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Budapest
21.30 Rundschau
21.45 Jedermann für jedermann (2)
Gespräche mit Klaus Maria Brandauer
23.25 Rundschau

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Problematische Frage

„Leben in Freiheit und im Frieden mit der Natur": WELT vom 1. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel *hat* in seinem Artikel „Leben in Freiheit und im Frieden mit der Natur" recht wichtige Gedanken zur Umweltdiskussion geäußert. Er hat sich dabei für die Aufnahme des Umweltschutzes als Staatszielbestimmung in das Grundgesetz ausgesprochen und dafür Gründe genannt. Schleswig-Holstein hat ja auch inzwischen, wie schon das Land Hessen, im Bundesrat einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht.

In erster Lesung hat der Bundestag am 8. 6. 84 bereits Anträge der SPD und der Fraktion „Die Grünen" beraten. Dabei sind von Seiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion doch erhebliche Bedenken gegen die Aufnahme des Umweltschutzes als Grundrecht oder als Staatszielbestimmung geäußert worden. Man wird diese in der weiteren Diskussion berücksichtigen müssen, zumal in einer Anhörung der CDU/CSU-Fraktion diese Vorbehalte auch von führenden Staatsrechtlern *vorgetragen wurden*. Auf nur einige wenige möchte ich eingehen:

1. Das Grundgesetz kennt, wenn ich es richtig sehe, nur zwei Staatszielbestimmungen: die Sozialstaatsklausel des Artikels 20 und das Erfordernis des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts im Artikel 109. Im Artikel 20 wird die umfassende Leitvorstellung der sozialen Gerechtigkeit ausgedrückt; diese staatsgestaltende Grundnorm ist aber nicht dafür geeignet, einzelne Aufgabenbereiche aus der rechtspolitischen Verantwor*tung des Gesetzgebers aufzunehmen.*

2. Einer gesonderten Aussage zum Umweltschutz im Grundgesetz bedarf es nach meiner Auffassung im Grunde nicht: Aus den Artikeln 1, 2 und 14 GG ist die Verpflichtung des Staates, sich um den Schutz der Umwelt zu bemühen, abzuleiten. Es ist wohl auch richtig zu fordern, daß der mögliche Zielkonflikt des Umweltschutzes mit anderen Staatspflichten nicht verfassungsrechtlich vorentschieden, sondern politisch ausgetragen werden muß.

3. Eine besondere Schwierigkeit ist darin zu sehen, wie man das zu schützende Gut *„Umwelt"* auch nur einigermaßen rechtlich faßbar abgrenzen kann. Die allgemeine Begrifflichkeit ist im Umweltrecht noch nicht so weit entwickelt, daß hier heute schon volle Klarheit herrscht. Es gibt bereits eine Vielzahl von gesetzlichen Regelungen im Bereich des Umweltschutzes. Es gibt vielleicht auch noch gravierende Schutzlücken, die zu schließen sind, wobei auch die bisherige Rechtsprechung heranzuziehen ist. Am Ende dieser Entwicklung wird man dann auch zu eindeutig geklärten Begriffen „Umwelt" und *„Umweltschutz" kommen.* Vielleicht kann man sich dann ernsthaft mit dieser Frage nach einer Staatszielbestimmung befassen.

4. Dabei sind aber auch noch einige andere Fragen zu beantworten: a) Ist es möglich, daß es im Namen des Umweltschutzes zu einer großen und zugleich wenig bestimmten Kompetenzverlagerung auf den Staat kommen kann, was nun wirklich nicht anzustreben ist? b) Wird sich das Anspruchsdenken weiter verstärken und zu einer Vermehrung der Staatsaufgaben und -ausgaben führen? c) Gibt es *nicht auch noch andere* Güter, die man dann zu Staatszielen erheben müßte, wie etwa Schutz der Intimsphäre, die wirtschaftliche Freiheit und das Recht auf Arbeit, um nur einige zu nennen?

Mit freundlichen Grüßen
H. Seesing,
Kalkar

Vergleich verfehlt

„Wie die ‚DDR' Menschenrechte sieht"; WELT vom 1. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großem Interesse habe ich in der Ausgabe der Welt vom 1. 8. 1984 Ihren Bericht „Wie die ‚DDR' Menschenrechte sieht" gelesen. In diesem Bericht wurde das Verhalten der DDR vor dem Menschenrechtsausschuß der UNO in Genf mit dem Verhalten Chiles verglichen.

Wenn ich auch Ihre negative Wertung des Verhaltens der DDR teile, *halte ich es dennoch für verfehlt,* dieses Verhalten mit dem Chiles zu vergleichen und dabei dem Leser den Schluß nahe zu legen, in Chile sei es, bezogen auf die Verwirklichung der Menschenrechte, zumindest im Vergleich mit der DDR, doch gar nicht so schlimm.

Ein solcher Vergleich verkennt m. E. die grundsätzlichen und strukturellen Unterschiede zwischen einem totalitären und einem autoritären Regime, zwischen einem Land, das mit deutscher Gründlichkeit ein fast perfektes Überwachungssystem *geschaffen hat, und einem lateiname*rikanischen Land mit seiner lateinamerikanischen Mentalität.

Will man dennoch beide Länder bezogen auf das Ausmaß der Menschenrechtsverletzung vergleichen, so bedarf es dazu eines geeigneten Maßstabes. Allein das Verhalten vor dem UNO-Menschenrechtsausschuß scheint mir nicht ausreichend. Dieser Maßstab müßte z. B. die Frage beantworten, ob Folter schlimmer ist als langjährige Haft, ob Ausreiseverbot schlimmer ist als Zwangsexil. Ob ein solcher Maßstab zu finden ist, ist wohl höchst fraglich.

Weiterhin legt Ihr Bericht den Schluß nahe, in Chile gäbe es Pressefreiheit. Wenn man von den fünf auflagenarmen Wochenzeitungen absieht, *die von der katholischen Kirche* bzw. der christlich-demokratischen Partei herausgegeben werden, befinden sich alle Medien fest in Regierungshand. *Dies gilt* nicht nur für die auflagenstarken Tageszeitungen, sondern insbesondere auch für Funk und Fernsehen. Von Pressefreiheit zu sprechen, würde mithin an den chilenischen Realitäten vorbeigehen.

Zum Schluß möchte ich Ihnen noch ein paar Zahlen aus dem Jahresbericht der von Ihnen zitierten chilenischen Menschenrechtskommission für das Jahr 1983 nennen. Danach wurden bei der Kommission 1983 97 Personen gemeldet, die von der Polizei oder Sicherheitskräften getötet wurden. 437 Fälle von Folter wurden *angezeigt.* 842 Personen wurden verhaftet, weitere 14 436 bei Massenverhaftungen. 130 Leute wurden innerhalb des Landes verbannt, 127 ausgewiesen. Die Dunkelziffer dürfte in vielen Fällen noch höher liegen.

Mit freundlichen Grüßen
Frank Wenzel,
Sprecher der Arbeitsgruppe Bonn der Int. Gesellschaft für Menschenrechte

Moskau–Berlin

„Kohl: Kampagne ohne jede Wirkung": WELT vom 30. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

mir scheint, der Herr Bundeskanzler beurteilt die z. Zt. etwas auffallend stark angeheizte Revanchismus-Kampagne des Ostblocks ein wenig zu einseitig, wenn er meint, daß sie *dazu bestimmt* sei, *auf unsere* und unserer Regierung Entscheidungen Einfluß zu nehmen. Ich stelle mir vor, daß sie eher für den Hausgebrauch innerhalb der Staaten des Warschauer Paktes gedacht ist, als daß sie Wirkung nach außen zeigen soll.

Durch das haßerfüllte Darstellen des Feindbildes einer „revanchelüsternen Bundesrepublik Deutschland" könnte die dortige Bevölke*rung auf eine geistige Haltung* gestimmt werden sollen, die alle Taten ihrer Regierungen billigt. Sie sollen aus Angst oder aus Wut oder aus beiden gegenüber den „bösen" Deutschen zu allen Entscheidungen – und sei es das Beginnen eines Krieges – ja und amen sagen.

Ich denke dabei an die 30er Jahre bei uns in Deutschland zurück. Damals wurden uns die Plutokraten (heute Kapitalisten, Imperialisten oder Multis) genannt, die Juden und letztlich die Polen als hassenswerte Feindbilder vorgegaukelt, um das Volk von den rechtlichen, innen- und außenpolitischen Ungeheuerlichkeiten abzulenken und schließlich auf einen Eroberungskrieg vorzubereiten. *Übrigens, die Weltrevolution ist* noch nicht abgeblasen!

Im übrigen sollte man daran denken, daß in der letzten Zeit die Herren Orgakow und Ustinow die Wirkung der westlichen Atombomben auf die Zivilbevölkerung verniedlichten. Das war wohl nicht an unsere „Grünen" und sonstigen Friedenskämpfer gerichtet, sondern in erster Linie zur Beruhigung der Nerven der eigenen Untertanen *bestimmt.*

Es gibt auch Stimmen, die die Revanchismus-Kampagne dahin deuten, daß sie den Herrn Honecker warnen soll, sich zu sehr an die Bundesrepublik Deutschland anzulehnen und sei es nur in finanzieller Hinsicht. Eine solche Warnung ist nicht notwendig. Für einen Leninisten kommt zuerst die kommunistische Idee und Regierungsform, ehe er an so etwas denkt, was gesamtdeutscher Nationalismus genannt werden könnte. Und Herr Honecker ist ein Leninist!

Mit besten Grüßen
P. Range,
Titisee-Neustadt

*

Sehr geehrte Redaktion,

Bundeskanzler Kohl liegt ohne Zweifel richtig, wenn er der Revanchismus-Kampagne der Sowjets gegen die Bundesrepublik keine Bedeutung beimißt.

Diese „Tiraden" vom Revanchismus, wie er sich ausdrückt, kommen von *östlicher Seite* ja auch immer wieder, wenn die ungelöste deutsche Frage angeschnitten wird, obwohl die Sowjets natürlich wissen, daß die pflichtgemäße Wahrung von Rechtspositionen durch eine Regierung nichts mit Revanchismus zu tun hat. Zudem sollte der Gebrauch dieses gängigen Schlagwortes durch die östliche Politik heikel genug sein, da die Sowjets nach dem Zweiten Weltkrieg *selbst die rabiatesten Revanchisten* in der neueren Geschichte unseres Kontinentes gewesen sind, sonst stünden sie nicht heute an der Elbe, und die Polen säßen nach der unmenschlichen Vertreibung der deutschen Bevölkerung jetzt nicht in unseren deutschen *Ostprovinzen. Für diese* Revanchepolitik aus fanatischem Rachegeist stand damals ja auch nicht zuletzt der Name Ilja Ehrenburg, der Stalin'sche Hausschriftsteller.

Zweifellos verfolgen die Sowjets mit ständiger und plumper Wiederholung *solch aggressiver Aktivitäten* sehr durchsichtig das Ziel – wie Staatsminister Mertes zutreffend feststellt – „den Willen des deutschen Volkes nach freier Selbstbestimmung zu brechen". Gleichzeitig solle Bonn die Endgültigkeit der sowjetischen Fremdbestimmung in Osteuropa besiegeln, indem es schrittweise entsprechend den östlichen Forderungen alles beseitige, was an die Vorläufigkeit der Teilung Deutschlands erinnere.

Auf diese Weise wollen die Sowjets auch dieses Mal wieder vergessen ma*chen, daß sie in Jalta Verpflichtungen* eingegangen sind, und zwar auf Grund gemeinsamer Beschlüsse der großen Drei mit dem Vorbehalt späterer endgültiger Regelungen, die noch immer Realität sind. An diese Grundtatsache als Ausgangsposition für eine anstehende Neuordnung Europas sollten die Sowjets konsequent immer wieder erinnert werden.

Leider hat in jüngster Vergangen*heit nur Staatspräsident Mitterrand* mehrere Male Jalta kritisch zitiert, ohne damit allerdings besonderes Echo auszulösen, auch von unserer Seite nicht.

Inzwischen subventioniert unsere Bundesrepublik, die von der sowjetischen Nachkriegspolitik ja auch nicht wenig betroffen ist, weiterhin direkt und über die DDR indirekt die marode östliche Wirtschaft, und zwar mit *Milliardenbeträgen ohne jedes Zuge*ständnis in unserer gesamtdeutschen Frage. Allem Anschein nach verleitet diese Kulanz die Sowjets auch noch dazu, auf der politischen Bühne gegenüber dem Westen meist mit dem Dolch im Gewande zu agieren.

Der Vorsitzende der *Jungen Union,* Christoph Böhr, kritisierte unlängst den politischen Immobilismus und die Unbeweglichkeit, die heute bei politischen *Entscheidungsprozessen* zu beobachten sei. Das fördere die Skepsis der heranwachsenden Jugend gegenüber der parlamentarischen Demokratie.

Wenn Herr Böhr in seine Feststellung auch unsere Deutschlandpolitik unter *gesamtdeutschem Aspekt* einbezogen hat, dann hat er damit gewiß den Nagel auf den Kopf getroffen. Obwohl der Grundgesetzauftrag vorliegt und auch seine *Legitimität* von kompetenten Vertetern des Völkerrechts immer wieder herausgestellt und auch sonst in unserem Sinne über die deutsche Frage unendlich viel geschrieben worden ist, hat dieses Bemühen bisher in der offiziellen Politik leider noch keinen Millimeter Aktivität erzeugt – in unserer Bundesrepublik auch nicht nach der Wende. Die Definition des Deutschlandbegriffs durch den Bundesinnenminister Anfang vorigen Jahres ist jedenfalls nicht genug.

Mit freundlichem Gruß
H. Ellingen,
Trier-Ruwer

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

›› Jedes Lebensalter findet uns als Schüler, und oft fehlt es uns trotz aller Jahre an *Erfahrung.* ‹‹

François La Rochefoucauld, französischer Moralist (1613–1680)

Personalien

AUSWÄRTIGES AMT

Eines der größten Referate des Bonner Auswärtigen Amtes, das Amerika-Referat, ist aufgeteilt worden. *Unter einem Referatsdach* vereinigt waren bisher die USA, Großbritannien, gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland und sämtliche nordische Staaten. Jetzt wurden die USA und das Büro des Koordinators für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit zu einem neuen Referat vereinigt: Die Leitung übernahm **Dr. Ernst von Studnitz.** Das zweite Referat mit den übrigen Staaten leitet **Henning Graf Bassewitz,** der bisher im Büro des Koordinators für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit bei dem früheren Staatssekretär **Berndt von Staden** tätig war. Die längst überfällige Teilung des großen Referates war lange nicht möglich, weil der Finanzminister dem AA nicht die notwendigen Mittel genehmigte.

AUSZEICHNUNGEN

Aus Anlaß ihres 25jährigen Beste*hens hat die Vereinigung deutscher* Opernchöre und Bühnentänzer den Wilhelm-Pitz-Preis gestiftet, der für außerordentliche Verdienste um das deutsche Musiktheater verliehen werden soll. Erster Preisträger wird der Leiter der Bayreuther Festspiele, **Wolfgang Wagner**, sein, der die Auszeichnung am 25. August in Bayreuth überreicht bekommt. Der Preis dient dem Andenken an den Chorleiter und Dirigenten **Wilhelm Pitz** (1897–1973), der vor allem als Leiter des Opernchores der Bayreuther Festspiele (1951–1971) und Chef des Philharmonia Chorus London (1957–1971) Weltruhm errang. Wenn die Opernchöre *heute im Musiktheater* eine künstlerisch beachtete und sozial beachtete Position einnehmen, so ist das auch Wilhelm Pitz zu verdanken.

*

Der österreichische Verhaltensforscher und Naturschützer **Konrad Lorenz** hat für seine wissenschaftlichen Leistungen den Bayerischen Maximilians-Orden erhalten. Der deutsche Botschafter in Wien, **Hans-Heinrich Noebel**, überreichte Professor Lorenz den Orden.

GEBURTSTAGE

Der Vorstandsvorsitzende des Nord-Rheinischen und Niederrheinischen Verbandes der Textilindustrie, **Dr. Elmar Limpach**, feierte gestern seinen 70. Geburtstag. Limpach, der Vizepräsident des Gesamtverbandes der Deutschen Textilindustrie ist, ist persönlich haftender Gesellschafter der Textilausrüstungsgesellschaft Schroers GmbH & Co in Krefeld.

*

Der Präsident des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) **Walter Hammer**, feierte seinen 60. Geburtstag. Der gebürtige Bremer studierte Jura und übernahm 1958 in der Evangelischen Kirche der Union das Finanzreferat der Kirchenkanzlei in Berlin. Ende 1964 wurde Hammer, seit 1959 Oberkonsistorialrat, mit der nebenamtlichen Leitung der Berliner Stelle der Kirchenkanzlei der EKD beauftragt. Im November 1965 ernannte der Rat der EKD den Juristen zum *Präsidenten der EKD-Kirchenkanzlei* in Hannover. Als zum 1. Januar 1983 die organisatorische Zusammenlegung der Kirchenkanzlei und des in Frankfurt am Main ansässigen kirchlichen Außenamtes der EKD erfolgte, wurde Walter Hammer Präsident des neuen Kirchenamtes der EKD.

KIRCHE

Das Generalkapitel der Franziskanerinnen von Sießen hat Schwester **Judith Jung** zur neuen Generaloberin gewählt. Schwester **Radegundis Wespel** aus Bellamont, die die Kongregation seit 1972 führte, konnte nach zwölf Jahren und zwei Wahlperioden der Regel nach nicht mehr gewählt werden. Als Generalvikarin bleibt die 63jährige Stellvertreterin der Generaloberin. Schwester Judith Jung ist 51 Jahre alt und stammt aus Rohrdorf bei Meßkirch. Seit zwölf Jahren bereits ist sie Mitglied des Generalrats, des obersten Gremiums der Kongregation. Bislang war sie Leiterin des Noviziats und damit zuständig für die Ausbildung und Führung junger Schwestern. Mit der Wahl von vier neuen Schwestern wurde der Generalrat fast völlig erneuert. Ihm gehören nunmehr auch an Schwester **Gertraud Bosch**, Oberin im Marienheim Stuttgart, Schwester **Gerlinde Rottmar**, Schulleiterin am Aufbaugymnasium Sießen, Schwester **Erna Roth**, Oberin im Josefsheim Stuttgart und Schwester **Sigrid Arnholdt**, Oberin im Mutterhaus Sießen und vorher Oberin im Altenheim St. Ludwig in Schwäbisch Gmünd.

*

Augsburgs Bischof Dr. **Josef Stimpfle** verbringt seinen Sommer*urlaub in dem schweizerischen Luft*kurort Saas Fee. Wie im vorigen Jahr vertritt er für drei Wochen den dortigen Ortspfarrer. Er hofft, daß es während seiner Pfarrtätigkeit nicht zu tödlichen Unfällen im Hochgebirge der Umgebung kommt. Bischof Stimpfle ist selber ein erfahrener Bergsteiger. Welchen Berg er diesmal besteigen wird, weiß er noch nicht: „Es gibt noch eine Reihe von Gipfeln *rings um das Matterhorn, auf* denen ich noch nicht war. Der Aufstieg hängt von meiner Zeit, meiner Kondition und dem Wetter ab."

Der Staatsrechtler Professor Dr. **Ernst Friesenhahn,** Richter am Bundesverfassungsgericht in der Aufbauphase von 1951 bis 1963, ist im Alter von 82 Jahren verstorben. Der aus Oberhausen stammende Jurist hat dazu beigetragen, Maßstäbe für das juristische Niveau und die moralische Autorität des höchsten Gerichts der Bundesrepublik Deutschland zu setzen. Der Bundesjustizminister **Hans Engelhard** würdigte Friesenhahn als „eine der herausragendsten Persönlichkeiten der deutschen Staatsrechtslehre". Als Richter und Wissenschaftler, aber auch als akademischer Lehrer hat Friesenhahn die Rechtsentwicklung maßgeblich beeinflußt.

Bangemann stößt in Bonn auf Widerstand

● Fortsetzung von Seite 1

stärkte Innovationsförderung der Unternehmen im Rahmen der Regionalpolitik.

Da jedoch nicht mit zusätzlichen öffentlichen Mitteln für mögliche Maßnahmen zu rechnen ist, müßte die verbesserte Förderung von Problemgebieten zu Lasten anderer gehen. Für eine solche Verlagerung scheint eine Mehrheit schwerlich denkbar.

Bangemann hat erneut an die Wirtschaft appelliert, eine ausreichende Zahl von Lehrstellen für die schätzungsweise 715 000 bis 735 000 Bewerber bereitzustellen. Die Bundesregierung erwarte, daß die Arbeitgeber die Ausbildungsaufgabe auch 1984 „aus eigener Kraft ohne Ausbildungssubventionen des Bundes lösen werden". Der Minister empfiehlt auch, die Möglichkeiten des Ausbildungsverbundes mit anderen Betrieben oder überbetrieblichen Ausbildungsstätten zu nutzen.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Arbeitsministerium, Wolfgang Vogt, wies in der gemeinsamen Pressekonferenz mit Bangemann den Oppositionsvorwurf der beschäftigungspolitischen Untätigkeit zurück. Er erinnerte daran, daß die Bundesregierung für eine Reihe von Maßnahmen, vor allem zugunsten von Problemgruppen, zwölf Milliarden Mark beschäftigungswirksam eingesetzt habe.

Auf entsprechende Fragen zur Wiedereinführung des Schuldzinsenabzugs präzisierte Bangemann seine Vorstellungen dahin, daß Schuldzinsen aus Wohnungsbaukrediten mit Blick auf die im September zu verabschiedende neue Wohnungsbauförderung außer Ansatz bleiben sollten. Er bestritt, daß seine öffentlich gemachten Vorschläge zu diesem umstrittenen Thema Attentismus in der Bevölkerung etwa in der Weise erzeugen könnten, daß Kaufentscheidungen in Erwartung einer konjunkturellen Verschlechterung solange hinausgeschoben werden, bis die Bundesregierung „Handlungsbedarf" sehe. Der Schuldzinsenabzug war stets ein Zankapfel zwischen den Steuerexperten und den Konjunkturpolitikern. 1973 wurde er ziemlich plötzlich abgeschafft, wobei sich die Konjunkturpolitiker durchsetzten: Man wollte eine damals überschäumende Konjunktur dadurch dämpfen, daß man die Zinsen für private Kredite nicht mehr steuermindernd berücksichtigte. Private Verschuldung wurde also weniger attraktiv, womit die Nachfrage gedämpft werden sollte. Seither sind Schuldzinsen nicht mehr bei der Lohn- und Einkommensteuer abzugsfähig, wenn mit dem Kredit ein privates Auto, eine Waschmaschine oder eine Reise finanziert werden.

Dagegen erkennt das Finanzamt die Schuldzinsen auch heute noch an, wenn der Kredit mit einer Einkunftserzielung in Zusammenhang steht (beispielsweise für eine Immobilie, die Mieten abwirft).

Schon damals hatten jedoch Experten (wie die Steuerreform-Kommission von 1971) von einer pauschalen Versagung des Schuldzinsenabzugs gewarnt. Diese Bedenken sind bis heute nicht verstummt. Zwar spräche einiges dafür, beispielsweise die Finanzierung von Spielschulden oder privaten Liebhabereien ohne Steuervorteil abzuwickeln, aber andererseits gebe es Kreditfälle, wo sich das Finanzamt durchaus beteiligen könnte. Dazu zählten die Steuerreformer damals persönliche Notfälle, Erb- oder Scheidungsauseinandersetzungen. Auch heute wird im Bundesfinanzministerium darauf verwiesen, daß Kreditzinsen, die ein Arbeitsloser macht, durchaus steuerbegünstigt gestellt werden könnten.

Mit Sorge hat man auch gesehen, wie oft sich die Finanzgerichte mit dem Thema seither beschäftigen mußten. Dabei geht es stets um die Abgrenzung zwischen betrieblichen Zinsen (abzugsfähig) und den Zinsen für private Kredite (nicht abzugsfähig). Auf einem Kontokorrentkredit-Konto läßt sich dies kaum voneinander abgrenzen, weshalb im Hause Stoltenberg vermutet wird, daß mancher Schuldzinsenabzug zwar über betriebliche Konten abgewickelt wird, aber im Grunde doch zum Privatbereich gehört.

Aber diese steuersystematische Betrachtung findet heute wenig Gehör. Entscheidend sind zwei Fragen: Taugt der Schuldzinsenabzug zur Konjunkturankurbelung und kann der Finanzminister den Einnahmeausfall verkraften? Die klare Antwort auf die erste Frage wäre nicht zu belegen. Wenn der Staat schon „ankurbeln" will (Schätzung: zwischen 600 und 800 Millionen im ersten Jahr, dann rasch Anstieg der Ausfälle in der Staatskasse auf zwei und mehr Milliarden jährlich), dann gäbe es mutmaßlich wirksamere Maßnahmen zur Nachfragebelebung als allein über die Begünstigung der privaten Verschuldung.

In Bonn wird als sicher angesehen, daß die Ablehnung Stoltenbergs zu der Anregung Bangemanns auch Zinsgründe hat. Würde man jede private Verschuldung dadurch begünstigen, daß man die Zinsen via Finanzamt verbilligt, wären alle weniger empfindlich gegenüber dem Zinsmechanismus. Wie in den USA wären dann die Zinsen vermutlich höher, als sie es ohne Abzugsfähigkeit sind. Die Bundesbank stand aus diesem Grund dem allgemeinen Schuldzinsenabzug reserviert gegenüber.

Warschau warnt die Amnestierten vor Widerstand

dpa, Warschau

Einen Tag nach der Freilassung des prominenten Bürgerrechtlers Zbigniew Romaszewski hat das Warschauer Innenministerium gestern alle amnestierten politischen Gefangenen davor gewarnt, je wieder ihre „Tätigkeit gegen den sozialistischen Staat aufzunehmen". Zbigniew war am Dienstag als zweiter der vier Mitglieder des „Komitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung KOR" aus der Haft entlassen worden, deren Prozeß wegen der Amnestie in Polen unterbrochen worden war.

Der Sprecher des Innenministeriums, Oberst Zygmunt Rybacki, erklärte in einem Interview für die Armeezeitung „Zolnierz Wolnosci", die Sicherheitsorgane könnten in ihrer Wachsamkeit auf keinen Fall nachlassen. Es gebe weiterhin noch sehr viele Quellen einer „noch nicht neutralisierten" Konspiration in Polen. Wer die Chance der Amnestie nicht nutze, der werde mit dem sozialistischen Recht konfrontiert und mit aller Schärfe behandelt, drohte der Sprecher. Besonders scharf richteten sich die Worte des Sprechers gegen die *Mitglieder von KOR, deren Prozeß* wegen Vorbereitung eines gewaltsamen Umsturzes der Gesellschaftsordnung unmittelbar vor der Amnestie unterbrochen worden war. Die Entscheidung, auch die KOR-Führung bei der Amnestie zu berücksichtigen, sei nicht ohne Sorge gefaßt worden.

Iran spricht von „Komplott" der USA

DW. Teheran

Iran hat am Mittwoch den USA und Israel die geheimnisvolle Verminung von Teilen des Roten Meeres angelastet und gleichzeitig jede iranische Verwicklung in die Verunsicherung der internationalen Wasserstraße bestritten. In einem von Radio Teheran verbreiteten Kommunique des Außenministeriums hieß es, Washington wolle mit dieser Aktion „Schrecken" auslösen und einen Vorwand schaffen, um seine militärische Präsenz in der Region zu verstärken. Es handle sich um ein „Komplott", bei dem der jüdische Staat als Helfershelfer diene.

Unterdessen haben die USA die ersten Hubschrauber zum Aufspüren der Minen in die Region entsandt. Vier Hubschrauber vom Typ RH-53-D wurden in Großraumtransportern nach Ägypten geschickt, das um die US-Hilfe bei der Freiräumung der Wasserstraße ersucht hatte. Vier weitere Entminungs-Helikopter sollen vom amerikanischen Stützpunkt Rota in Südspanien in die Suez-Region verlegt werden, wurde bekannt. Dem Vernehmen nach hat sich Kairo auch an Großbritannien und Frankreich um Hilfe gewandt.

Bevölkerungspolitik umstritten

Schweden befürwortet legalen Schwangerschaftsabbruch / Papst warnt vor Abtreibung

DW. Mexiko-Stadt

Auf der 2. Weltbevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen in Mexiko-Stadt hat die schwedische Gesundheitsministerin Gertrud Sigurdsen ein von amerikanischen Vorstellungen in der Abtreibungsfrage grundsätzlich abweichendes Konzept vorgetragen. „Ich möchte allen Frauen in der Welt Zugang zu legalen und sicheren Schwangerschaftsabbrüchen gewähren", sagte die Schwedin im Gegensatz zu der auf der Konferenz von der US-Delegation vorgetragenen Auffassung. Die Vereinigten Staaten lehnen danach Abtreibungen als Mittel der Geburtenkontrolle strikt ab und verweigern Finanzhilfe für Programme zur Familienplanung mit Hilfe legaler Schwangerschaftsabbrüche.

In einer Botschaft an die Konferenz hat Papst Johannes Paul II. erneut die Praktiken der Sterilisierung und der Abtreibung verurteilt. Alle Maßnahmen von Regierungen und öffentlichen Institutionen, die Freiheit der Eheleute hinsichtlich der Zahl ihrer Kinder einzuschränken, seien eine schwere Beleidigung der Menschenwürde, heißt es darin.

Privatinitiative hilfreich

Deshalb müsse jede Gewalt, die von Behörden zugunsten der Empfängnisverhütung, der Sterilisierung und der legalen Abtreibung ausgeübt werde, energisch verurteilt und zurückgewiesen werden. Als äußerst ungerecht wies der Papst auch eine Politik zurück, die Wirtschaftshilfe von Programmen der Empfängnisverhütung und Sterilisierung abhängig mache.

Der amerikanische Delegierte Ben Wattenberg vertrat in einer Rede die Auffassung, daß eine Wirtschaftspolitik, die Einzelpersonen und Unternehmen in einem freien marktwirtschaftlichen System zur Produktion von Gütern und zum Angebot von Dienstleistungen ermutige, zu realem Wachstum und damit letztlich zu kleineren Familien sowie zu einer Verringerung der Geburtenraten führe. Der Hauptausschuß der Konferenz lehnte jedoch eine eingehende Aussprache über die amerikanische Anregung ab, solange die Änderungswünsche der US-Regierung zu einer Reihe von Entschließungsanträgen noch nicht schriftlich vorlägen.

Wattenberg fügte hinzu, daß eine Politik der freien Marktwirtschaft weltweit die beste Antwort auf die Herausforderung durch die globalen Bevölkerungsprobleme darstelle. Im Diskussionspapier der USA wird in Abrede gestellt, daß es wirklich eine weltweite Bevölkerungskrise gebe. Der durch freie Marktwirtschaft geschaffene Wohlstand könne zur Lösung dieses Problems führen.

Der Präsident der Weltbank, der Amerikaner Clausen, setzte sich nachdrücklich für die Weiterentwicklung der Strategie der Familienplanung in den Entwicklungsländern ein. Auf einen der Konferenz vorliegenden Bericht der Weltbank gestützt, warb Clausen um mehr Mittel für „eine Kombination wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung mit Familienplanung" und setzte sich damit in Gegensatz zur US-Regierung. Er teilte mit, die Weltbank habe seit 1970 insgesamt 14,25 Milliarden Mark für Bevölkerungsprojekte ausgegeben und über 285 Millionen Mark für Gesundheitsprojekte mit Familienplanung. In den nächsten fünf Jahren wolle die Bank in Afrika mehr als 20 Bevölkerungsprojekte unterstützen.

Wang Wei aus der Volksrepublik China verwies auf das seit 1979 in seinem Land angelaufene Programm „ein Paar, ein Kind". Dies heiße aber nicht, daß in jedem Fall nur ein Kind erlaubt sei. China habe sich zum Ziel gesetzt, seine Bevölkerung am Ende dieses Jahrhunderts auf 1,2 Milliarden Einwohner zu begrenzen. Die Zuwachsrate der Bevölkerung sei von 2,1 Prozent 1973 auf 1,2 Prozent im Jahr 1983 gesenkt und der Lebensstandard verbessert worden.

Abrüstung verlangt

Indiens Gesundheitsminister Shankarananda sagte, in seinem Land werde die Familienplanung seit 1952 gefördert und sei „völlig freiwillig". Indien habe niemals Zwangssterilisierungen praktiziert. Er verwies auf den Zusammenhang zwischen Unterentwicklung und dem Rüstungswettlauf, der alle Mittel verbrauche, die für die Sicherung besserer Lebensbedingungen und der Stabilität eingesetzt werden müßten. Der Gesundheitsminister von Bangladesh, Shamsul Haq, erklärte, daß nach den Erfahrungen vieler Entwicklungsländer die Familienplanungsprogramme auf kurze Sicht den größten Einfluß auf die Senkung der Geburtenraten hätten.

Der sowjetische Delegierte Alexej Newsorow vertrat den Standpunkt, Abrüstungsmaßnahmen seien die unabdingbare Voraussetzung für jede wirtschaftliche und soziale Entwicklung und damit auch für eine Lösung der demographischen Probleme. Newsorow machte „aggressive imperialistische Kreise" für die wirtschaftliche und politische Instabilität in der Welt verantwortlich.

London will Tornados an Riad liefern

■ Fortsetzung von Seite 1

Flugzeugen abgeliefert sein werden. Bis 1989 wäre somit der „Tornado"-Bestand der britischen Luftwaffe um 40 Maschinen geringer als ursprünglich geplant.

Saudi-Arabien will den „Tornado" als Kampfflugzeug in der Einsatzaufgabe „Luft/Boden" benutzen, konkret heißt das zum Kampf gegen gepanzerte und nichtgepanzerte Landstreitkräfte sowie gegen feste Bodenziele.

Bestätigt wurde von zuständiger Seite auch, daß das arabische Emirat Oman ebenfalls Interesse am „Tornado" hat, allerdings in der Version des Jagdflugzeuges, die nur für die britische Luftwaffe hergestellt wird. Oman, das mit seiner Landmasse die südliche Seite der Straße von Hormuz am Eingang des Persischen Golfs beherrscht, hält nach einem Flugzeug Ausschau, mit dem es den Luftraum über diesem Seegebiet zuverlässig kontrollieren kann. Dafür ist der „Tornado" in der Version „Luftverteidigung" nach Ansicht von Fachleuten sehr geeignet. Nach vorliegenden Informationen würde Oman rund 20 Maschinen in der AD-Version (air defense) anschaffen. Dieses Exportgeschäft kann für Großbritannien aber nur zustandekommen, wenn vorher der Auftrag von Saudi-Arabien unter Dach und Fach ist, wurde der WELT von informierter Seite versichert. Experten halten es für denkbar, daß Bonn auch bei dieser Lieferung keine Einwände erheben würde.

Die Bundesrepublik selbst ist bislang mit konkreten Waffenwünschen der Saudis nach dem Besuch einer Delegation von Militärs aus Dschidda im Dezember 1983 nicht konfrontiert worden. Der Kanzler hatte im Gespräch mit König Fahd sehr nachdrücklich erläutert, daß Bonn den saudischen Wunsch nach Lieferung von Leopard 2-Kampfpanzern nicht erfüllen werde, aber dem Gedanken näher treten könnte, den Export von gepanzerten Fahrzeugen des Typs „Marder" (Schützenpanzer) und „Gepard" sowie „Roland" (zwei Systeme zur Luftverteidigung) zu genehmigen. Bis heute aber sind konkrete Auftragswünsche aus Saudi-Arabien nicht an die Bundesregierung gelangt.

Falls sich das Waffengeschäft konkretisieren sollte, ist mit erheblichen Protesten von jüdischer und israelischer Seite zu rechnen. Eine besondere Rolle dürfte dabei spielen, daß der „Tornado" teilweise auch in Deutschland produziert wird. Aber auch beim Export moderner amerikanischer F-15- und F-16-Kampfflugzeuge nach Saudi-Arabien im Jahre 1981 kam es zu massiven jüdischen Protesten gegen dieses Waffengeschäft.

Israel: Likud bereit, Peres zu akzeptieren

DW. Jerusalem

Die Führung des israelischen Likud-Blocks unter der Leitung von Ministerpräsident Yitzhak Shamir hat sich gestern grundsätzlich bereit erklärt, sich an einer Regierung unter dem Chef der Arbeiterpartei, Shimon Peres, zu beteiligen. Voraussetzung dafür sei jedoch, daß die Arbeiterpartei Likud wesentliche politische und personelle Zugeständnisse mache, sagte der Likud-Abgeordnete Ehud Olmert in einem Interview mit der Nachrichtenagentur AP. Welche Forderungen Likud als Vorbedingung stellt, wollte Olmert nicht sagen.

„Wir sind bereit, in einer Regierung der Nationalen Einheit mitzuarbeiten", sagte Olmert. „Wir sind zwar nicht besonders erpicht darauf, Peres als Ministerpräsidenten zu haben, aber wir sind bereit, ihn zu akzeptieren."

Die israelischen Medien zitierten führende Likud-Politiker mit den Worten, Likud wolle die Verhandlungen mit der Arbeiterpartei so lange verzögern, bis Staatspräsident Chaim Herzog Shamir mit der Regierungsbildung beauftrage. Die Zeitung „Yedioth Achronot" schrieb, die Likud-Führung sei über die Frage der großen Koalition zerstritten. Während Shamir und Verteidigungsminister Moshe Arens zu einer Koalition mit Peres bereit seien, sei der stellvertretende Ministerpräsident David Levy dagegen.

Der linke Flügel der Arbeiterpartei, der bislang Verhandlungen mit dem Likud ablehnte, hat Peres jetzt grünes Licht für diese Koalitionsverhandlungen gegeben. Das Ergebnis müsse jedoch für die Arbeiterpartei vertretbar sein.

Hoffnung für neue Zypern-Gespräche

AP, Wien

UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar hat sich zum Abschluß seiner zweitägigen Sondierungsgespräche über die Aufnahme der seit der einseitigen Ausrufung der „Türkischen Republik Nordzypern" im November 1983 unterbrochenen Zypern-Gespräche vorsichtig optimistisch geäußert. Pérez de Cuellar war am Dienstag in Wien zweimal mit dem Repräsentanten der türkisch-zyprischen Volksgruppe, Münir Ertekün, zusammengetroffen, nachdem er einen Tag zuvor mit dem Vertreter der griechisch-zyprischen Volksgruppe, Andreas Mavrommatis, konferiert hatte.

Nach Abschluß der Sondierungen sagte der UNO-Generalsekretär, die Gespräche seien der Anfang eines Versuches gewesen, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden. Es liege nun an beiden Seiten, ob der Dialog wiederaufgenommen werde.

Vor neuem Preiskampf

J. Sch. (Paris) – Die französische Regierung hat mit ihrer Benzinpreis-Politik nicht viel Glück. Nachdem schon von der EG-Kommission das behördliche Preisfestsetzungsverfahren beanstandet worden war, hat jetzt ein nationales Gericht den Importlizenzentzug für unzulässig erklärt, mit dem der „Preisbrecher" Leclerc wegen zu hoher Rabatte bestraft wurde.

Der so beendete Benzinpreiskrieg kann also neu entflammen. Um so mehr, als die amtlichen Preise erneut angehoben werden. Nachdem der Liter Super erst am 11. Juli zur Kompensation der von der EG untersagten Tabaksteuererhöhung um 22 Centimes heraufgesetzt wurde, steigt er vom 10. August an um weitere *10 Centimes auf 5,44 Franc.*

Über die unpopuläre Maßnahme sind die Franzosen besonders verärgert, weil die Ölpreise am Weltmarkt fallen. Für die französischen Raffinerien, die sich hauptsächlich am offiziellen Markt auf der Basis wenig veränderter Listenpreise mit Rohöl versorgen, schlug die Dollarhausse zwar noch stärker zu Buch. Aber an den Spotmärkten, an denen sich die freien Tankstellen (Leclerc) eindecken, ist das Benzin auch in Franc billiger geworden.

So will jetzt Leclerc seinen Kunden einen Literrabatt von 40 Centimes – gegenüber höchstens zulässigen 18 Centimes – einräumen. Wird dies die Regierung durch hohe Geldstrafen zu verhindern suchen? Der bessere Weg wäre, wenn sie den Raffinerien mehr Freiheit beim Ölimport gewährte. Müssen diese doch nicht zuletzt deshalb überhöhte Preise bezahlen, damit der französische Waffenexport in die Opec floriert.

Verbrämungen

Wb. – Da verspricht jemand eine Zeitschrift und bietet nur Selbstdarstellungen von Unternehmen. Da möchte jemand einen „Baustein gegen die Diffamierung des Unternehmertums" liefern, verweist aber auf einen „Abonnenten"-Stamm von 3000 Topmanagern, die es eh besser wissen – den Rest der Auflage übernimmt das beschriebene Unternehmen. Das Produkt heißt „Unternehmens-Profile" und wird von einer Agentur gemacht, die sich auf die Entwicklung firmenspezifischer Erscheinungsbilder, neudeutsch „corporate identity", spezialisiert hat. Bei Licht besehen ist der Ansatz gar nicht so schlecht. Die Unternehmen erhalten eine Image-Broschüre, die von Außenstehenden verfaßt ist, mit etwas Abstand und nicht zu sehr durch die Firmenbrille gesehen. Zu den werbetechnischen Selbstverstümmelungen mancher Unternehmen ist das gewiß eine sinnvolle Alternative, und es ist auch richtig, daß sie von den Beschriebenen bezahlt wird. Nur auf die idealistisch-ideologischen Verbrämungen sollte man verzichten.

USA / Konjunkturaufschwung brachte kräftigen Anstieg der Unternehmensgewinne

Höhepunkt ist überschritten: Kurve flacht sich nächstes Jahr deutlich ab

HORST-A. SIEBERT, **Washington**

Der kräftigste Konjunkturaufschwung in 35 Jahren hat den US-Unternehmen erheblich höhere Gewinne beschert; sogar die Stahlindustrie sonnt sich in schwarzen Zahlen. Aber der Höhepunkt ist bereits überschritten, die Kurve flacht sich in den kommenden Monaten stark ab. Nach neuesten Prognosen nehmen die Gewinne 1984 um 22,7, im nächsten Jahr jedoch nur noch um 9,2 Prozent zu. Dieser Trend spiegelt die gebremste Wertschöpfung in Amerika.

Namhafte Nationalökonomen in den USA gehen jetzt davon aus, daß sich das wirtschaftliche Wachstumstempo im dritten Quartal 1984 auf real 3,7 und im vierten auf 3,1 Prozent verlangsamt. Das ist eine erhebliche Abschwächung gegenüber dem ersten Halbjahr, in dem das Bruttosozialprodukt um 8,8 Prozent wuchs. Im Gesamtjahr 1983 betrug das reale Plus 3,7 Prozent.

Die Auswirkung dieser Bremsspuren auf die Gewinne kann sich noch verstärken, wenn es zu einem Streik in der Automobilindustrie kommt. Beobachter der Detroiter Tarifverhandlungen sprechen schon von 45 Tagen, weil die Gewerkschaft angesichts der enormen Gewinne die Lohnkonzessionen zurückfordert, was von den Konzernen mit Hinweis auf den hohen Investitionsbedarf abgelehnt wird.

„Ein geringeres Wirtschaftswachstum bedeutet eine bescheidenere Zunahme der Gewinne", heißt es bei der angesehenen Data Resources Inc. Dort rechnet man zwar weiterhin mit relativ niedrigen Arbeitskosten, aber „moderate Lohnerhöhungen sind kein Ausgleich für eine schwache Konjunktur". Fraglich ist zudem, ob in Amerika der bisherige Produktivitätszuwachs aufrechterhalten werden kann, der die Stückkosten drückt und den Gewinnen zugute kommt. Im ersten und zweiten Quartal 1984 machte die Verbesserung (ohne Agrarwirtschaft) 2,9 und 3,3 Prozent aus.

Auch eine neue Umfrage der „Blue Chips Economic Indicators" bei vier Dutzend Chefvolkswirten in US-Unternehmen bestätigt, daß der steigende Gewinntrend gebrochen ist. Prudential Bache Securities sagen für die nahe Zukunft schrumpfende Stückverkäufe bei niedrigen Gewinnmargen als Folge der heftigen Konkurrenz zwischen in- und ausländischen Unternehmen voraus.

Eine Auswertung der Geschäftsergebnisse im zweiten Quartal 1984 gegenüber der gleichen Zeitspanne des Vorjahrs zeigt, daß rund 500 größere US-Firmen nach Steuern etwa 31 Prozent mehr verdient haben. In der vorausgegangenen Januar–März-Periode betrug die Zunahme jedoch 58 und im vierten Quartal 1983 sogar 64 Prozent. Das heißt, die höchsten Gewinnsteigerungen wurden in den Monaten mit den höchsten wirtschaftlichen Wachstumsraten erzielt. In vielen Branchen sind die in der Rezession entstandenen Verluste indes noch längst nicht aufgeholt.

Das gilt vor allem für die US-Stahlindustrie, die in den vergangenen Jahren mehr als sechs Milliarden Dollar einbüßte. Im Quartalsvergleich stehen heute fünf der sieben größten Konzerne besser da als 1981. U. S. Steel als Marktführer verbuchte einen Gewinn von 140 Mill. Dollar (Umsatzplus: zwölf Prozent), während Bethlehem Steel, Inland Steel und National Intergroup als Muttergesellschaft von National Steel jeweils 24 Mill. Dollar kassierten. Die Prognosen sind jedoch gedämpft. So sollen die Ablieferungen bei fortgesetzt niedrigen Preisen im laufenden Quartal um 15 Prozent sinken.

Wieder in der Gewinnzone befinden sich diese Branchen: NE-Metalle, Zement, landwirtschaftliche Geräte, Werkzeugmaschinen, Flugverkehr, Baumaterialien, Holzerzeugnisse, elektrische Spezialanlagen, Eisenbahnausrüstungen und Gummiverarbeitung. Abgeschriebene Argentinien-Kredite und das Debakel bei der Continental Illinois haben dagegen das Gewinnbild der US-Banken stark verschlechtert. Detroits Spitzenposition als Hauptgewinner ist auf drei Faktoren zurückzuführen: die sprunghaft gestiegene Nachfrage nach Straßenkreuzern, die, teuer ausgerüstet, die höchsten Gewinne bringen, stabile Arbeitskosten und der Schutz vor Importen aus Japan.

ÖFFENTLICHE HILFE FÜR DRITTE WELT

DIW kritisiert Bindung an deutsche Lieferungen

HEINZ HECK, **Bonn**

Kritik an der Rückkehr zur Lieferbindung, also der Bindung öffentlicher Entwicklungshilfe an deutsche Lieferungen, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) geübt. Der Nutzen sei geringer „als der Schaden, der sich ergäbe, wenn sich alle Geberländer dieser Praxis anschlössen". Zu diesem Ergebnis kommt das Institut in einem Gutachten für das Entwicklungsministerium über Auswirkungen der Hilfe auf die inländische Beschäftigung.

Doch dürfte der Schaden noch größer sein, warnt das Institut, „wenn man die von erhöhter Lieferbindung ausgehende Verstärkung der ohnehin vorhandenen protektionistischen Tendenzen in der Weltwirtschaft in Rechnung stellt und die negativen Wirkungen daraus auf die stark exportabhängige deutsche Wirtschaft berücksichtigt". Zudem verringere sich durch die Verteuerungseffekte der Lieferbindung das damit in den Entwicklungsländern ausgelöste Wirtschaftswachstum und damit deren zusätzliche Importnachfrage.

Das Institut rät zu einer Betrachtung der Beschäftigungswirkungen im weltwirtschaftlichen Zusammenhang und warnt vor „der verzerrenden Optik des Bilateralismus": „Solange Devisen für die Empfängerländer ein Engpaß sind, fließt die Entwicklungshilfe in jedem Fall in die OECD-Länder zurück – auf welchem Wege auch immer. Die deutsche Wirtschaft ist nach wie vor ausreichend wettbewerbsfähig, um bei einer Verteilung der damit finanzierten Nachfrage unter Wettbewerbsbedingungen genügend beteiligt zu sein." Für das deutsche Beschäftigungsniveau *sei es unerheblich, ob mit deutscher* Hilfe unmittelbar oder mittelbar Exporte finanziert würden. Mehr Entwicklungshilfe anstelle anderer Ausgaben bedeute somit, „daß in der Bundesrepublik nicht weniger hergestellt, sondern mehr für andere produziert wird". Hilfe sei weder ein Mittel der Konjunkturpolitik noch tauge sie zur Konservierung einer überholten Wirtschaftsstruktur. Die positive Wirkung auf die Beschäftigung wird als Nebeneffekt bezeichnet, „der die Entscheidung über eine Erhöhung der Mittel . allerdings erleichtern kann".

Nach DIW-Schätzungen betrugen 1982 die aus deutscher öffentlicher Hilfe resultierenden Aufträge an deutsche Firmen 2,4 Mrd. DM. Das entspreche einer Beschäftigung von etwa 32 000 Erwerbstätigen. Rechne man die durch Entwicklungshilfe insgesamt (also auch die multilaterale und die Hilfe anderer Geber) induzierten Aufträge, so ergebe sich ein Betrag von 7,6 Mrd. (sieben Prozent der deutschen Ausfuhr in die Dritte Welt einschließlich Opec). Das entspreche einem Beschäftigungseffekt von 125 000 Erwerbstätigen. Der Handel mit Entwicklungsländern insgesamt gebe in der Bundesrepublik rund 1,4 Mill. Menschen Beschäftigung – „fast doppelt soviel wie 1972".

Fernwärme in Nöten

Von HANS BAUMANN

Wer Gerhard Deuster kennt, der kann ihn nur als besonnenen, pragmatischen Mann schildern. Deuster ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Fernwärme (die im Rahmen der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke arbeitet) und gleichzeitig Vorstandsmitglied der Energieversorgung Oberhausen AG. Er ist sachkundig in allen Energiebereichen, dem Strom, dem Gas und auch eben der Fernwärme. Wenn dieser Gerhard Deuster nun einen geharnischten Brief an die Ministerpräsidenten, Wirtschaftsminister, Gewerkschaften und Kommunalverbände schreibt, dann muß er einen triftigen Grund dafür haben.

Deusters Anliegen in einem Satz: Schluß mit der Diskriminierung der Fernwärme, verbale und praktische Hilfe gegen die Angriffe der bösen Konkurrenz – womit vornehmlich das Erdgas, aber auch das Öl gemeint ist. Vom Strom schweigt Deuster, obwohl gerade diese Form von Sekundärenergie große Chancen hat, Wärme künftig in weit höherem Maße als bisher in die Haushaltungen zu liefern. Hier hat der Slogan größte Berechtigung: Strom kommt sowieso ins Haus.

Ehe man sich mit Deusters Brief auseinandersetzt, muß erwähnt werden, welchen Stellenwert die Fernwärme in der Bundesrepublik Deutschland hat. Sie deckt gerade sieben Prozent der Energiebilanz und wird seit über hundert Jahre genutzt, denn schon immer haben Unternehmer versucht, Abwärme etwa zur Heizung ihrer nahegelegenen Werkswohnungen zu nutzen. Die Struktur bestätigt diese Entwicklung: Es gibt im Bundesgebiet rund 500 Fernwärmeinseln, nur im Revier hat man den Ehrgeiz, eine Fernwärmeschiene Ruhr zu errichten, ein kostspieliger Griff nach den Sternen, der einen tiefen Griff in leere Taschen voraussetzt.

Hier wachsen auch Deusters Sorgen. Bisher spendeten die öffentlichen Hände im Jahresdurchschnitt rund 250 Millionen Mark für die Entwicklung der Fernwärme, das war grob ein Viertel der Gesamtinvestitionen von einer Milliarde Mark. Nun aber läuft 1986 der Plan ZIP II (Zukunftsinvestitionen) ab, und die Gefahr ist sehr akut, daß die öffentlichen Hände ihre Taschen endgültig für die Fernwärme zuknöpfen. Fest *steht* nach Bonner Auskunft *aber* heute schon, daß zumindest die Förderung von rund 25 Prozent der Gesamtinvestitionen einen herben Schnitt hinnehmen muß.

Doch das Dilemma beschränkt sich nicht nur auf die Finanzierung der aufwendigen Fernwärme – besonders dort, wo wegen der Bergschädengefahr ungewöhnlich sicher und damit ebenso kostenaufwendig gebaut werden muß. Sorgen bereiten die ungewöhnlich langen Laufzeiten *zwischen Bau eines Netzes und Rück*fluß der Einnahmen aus der Wärmelieferung. Dieses Zinsargument war entscheidend für die öffentlichen Hände, Zuschüsse zu gewähren, die zum Teil zurückgezahlt werden, denn Deuster wird nicht müde zu erklären, daß die Fernwärme sich selbst tragen muß, daß sie sich nicht alimentieren lassen möchte.

Doch trotz der Zuschüsse hat die Fernwärme seit zwei Jahren Entwicklungsprobleme, sie ist aus dem *Tritt geraten, wie H. R. Winkler, Vor*standsmitglied der Stadtwerke Mannheim, einmal formulierte. Der Grund ist simpel: Die, die bisher in Fernwärme investierten, sind verunsichert. Kommunale Umweltschutzauflagen, die zum Teil über die harten Maßnahmen der Großfeuerungsanlagen-Verordnung hinausgehen, vergraulen das Kapital für die Fernwärme. Wer heute in Fernwärme investiert, kann nicht sicher sein, daß er morgen schon die Auflage erhält, um- und nachzurüsten. So erklärt Deuster logisch, daß die Fernwärmewirtschaft nur dann der Forderung des Staates nach Ausbau der Fernwärme nachkommen werde, wenn die betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen dazu geschaffen würden, was heißt, daß die Fernwärme-Investition in die Zukunft hinein kalkulierbar sein müsse.

Diese schizophrene Szene, daß die gleiche öffentliche Hand, die die Fernwärme fordert, sie mit Auflagen verunsichert, machen sich logischerweise die Ferngasunternehmen und die Mineralölwirtschaft zunutze – vielleicht nicht immer mit den feinsten Argumenten. Aber auch sie leiden unter der Flaute am Energiemarkt – allen voran das Öl, das in einer Abwehrschlacht steht, die sich nur noch mit der der Kohle seit 1958 vergleichen läßt.

AUF EIN WORT

» Subventionen als Vorwärtsstrategie des Staates sind allenfalls dann ein taugliches Mittel, wenn sie dem Zweck dienen, einem unverschuldet in Not geratenen Unternehmen oder einer ganzen Branche eine Überbrükkungshilfe zu geben. Sie dürfen weder dazu führen, daß ein internationaler Finanzierungswettbewerb nach dem Motto „Wer hat den längsten Atem?" ausbricht, noch dazu, daß negative Betriebsergebnisse quasi per Dauerauftrag aus Bonn ausgeglichen werden. «

Dr. Kurt Werner, Vorsitzender der Geschäftsführung der Maschinenfabrik Goebel GmbH, Darmstadt

FOTO: DIE WELT

AUSSENWIRTSCHAFT

HWWA: Export läuft nach wie vor auf hohen Touren

J. BRECH, **Hamburg**

Der deutsche Export läuft nach wie vor auf Hochtouren. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres sind die Ausfuhren real um neun Prozent gestiegen. Dies Ergebnis wurde trotz erheblicher, streikbedingter Ausfälle im Juni erreicht. Die rasche Expansion führt das Hamburger HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung einmal auf die konjunkturelle Erholung in den westlichen Industrieländern und inzwischen auch in den Entwicklungsländern zurück. Zum anderen profitieren die deutschen Anbieter von einer günstigen Wettbewerbsposition. Während sich der Außenwert der D-Mark insgesamt nur wenig erhöht hat, sind die Kosten und Preise in der Bundesrepublik erheblich weniger als im internationalen Durchschnitt gestiegen. Zur Jahresmitte liegt der Gesamtindex des realen Außenwerts der D-Mark auf Verbraucherpreisbasis gut 3 Prozent unter dem des Vorjahres.

Gegenüber dem Dollar ist die reale Abwertung mit 13 Prozent besonders ausgeprägt. Diese Abwertung in Verbindung mit dem kräftigen Aufschwung in den USA hat den Export in die Vereinigten Staaten erheblich beflügelt. Die Ausfuhren sind in den ersten fünf Monaten dieses Jahres um mehr als 50 Prozent gestiegen und haben sich gegenüber 1980 verdoppelt. Gleichzeitig nahmen die Importe nur geringfügig zu.

Bei unverändert hoher Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie erwartet das HWWA für das ganze Jahr 1984 eine Exportsteigerung von sieben bis acht Prozent. Auch für 1985 bleiben die Aussichten günstig. Das HWWA rechnet mit einem Exportwachstum von fünf Prozent.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Beratungen in den letzten Jahren stark ausgeweitet

KAREN SÖHLER, **Bonn**

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) gemausert. In der ersten Gewinn- und Verlustrechnung 1975 wies die staatliche Beratungsfirma einen Gesamtumsatz von 460 Mill. DM aus, im vergangenen Jahr lag der Betrag bereits bei 961 *Mill. DM. 1984 soll die Milliar*den-Marke überschritten werden, erklärte Geschäftsführer Hartmut Hoeppel bei Vorlage des Geschäftsberichtes 1983.

Positiv ausgewirkt hatte sich im vergangenen Jahr, daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit dem Unternehmen aus dem Titel „Bilaterale Zusammenarbeit" mit 831,9 Mill. DM 6,7 Prozent mehr zukommen ließ als 1982. Außerdem hat sich das Drittgeschäft – die technische Zusammenarbeit gegen Entgelt – zu einer tragenden Säule entwickelt: das Auftragsvolumen weitete sich um 21,5 Prozent aus. Größter Nachfrager war Saudi-Arabien mit einem Anteil von 92,6 Prozent am Drittgeschäft, mit dem rund 100 Mill. DM umgesetzt worden sind.

Im Mittelpunkt der Arbeit stand freilich wieder die Hilfe für die „Ärmsten der Armen". Knapp 60 Prozent der Aufträge, die über einen Generalvertrag vom Entwicklungsministerium bestimmt werden, betrafen diese Länder. Schwerpunktgebiet ist dabei nach wie vor Afrika.

Auf diesem Kontinent wird versucht, besonders die landwirtschaftliche Entwicklung zu forcieren. Fast die Hälfte der Mittel (448,7 Mill. DM) fließen in diesen Sektor. Eine ausreichende Ausbildung einheimischer Berater verlange zwar mehr Mittel, das zur Verfügung gestellte Kapital setze jedoch Grenzen, meinte Geschäftsführer Hans Peter Merz.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Vorruhestandsgesetz

Wer zahlt die Rechnung ?

Angaben in DM je Monat

Brutto-Arbeitsentgelt	Brutto-Vorruhestandsgeld	öffentlicher Zuschuß	Belastung des Arbeitgebers
1.800	1.170	409,50	760,50
2.200	1430	500,50	929,50
2.500	1.625	568,75	1.056,25
2.900	1.885	659,75	1.225,25
3.200	2.080	728,00	1.352,00
3.500	2.275	796,25	1.478,75

imu 84 07 32 — Quelle: BMA, SE

Vorruhestandsbezüge des Arbeitnehmers nach dem am 1. Mai 1984 in Kraft getretenen Gesetz zahlt der Arbeitgeber. Unter bestimmten Voraussetzungen kann er einen öffentlichen Zuschuß erhalten. Dieser beträgt 35 *Prozent auf der Grundlage von 65 Prozent des durchschnittlichen* Bruttoarbeitsentgelts in den letzten abgerechneten sechs Monaten. In gleichem Umfang erhält der Arbeitgeber einen Zuschuß zum Arbeitgeberanteil in der Renten- und Krankenversicherung. QUELLE: IMU

Kartellrecht angefochten

Washington (rtr) – US-Handelsminister Malcolm Baldrige hat eine Lockerung der Kartellgesetze gefordert, damit die US-Industrie sich besser gegen die harte Auslandskonkurrenz behaupten kann. Die geltenden Gesetze für Fusionen in solchen Branchen, die auf den Weltmärkten starkem Wettbewerb ausgesetzt sind, müßten geändert werden. Die für die Durchsetzung des Kartellrechts zuständigen US-Behörden, auch das Justizministerium, sollten nach Worten Baldriges die Auswirkungen von Importen und ausländischen Industriekapazitäten in Betracht ziehen, wenn sie über die Genehmigung einer Fusion entscheiden.

Zwei Optionsanleihen

Bonn (DW.) – Die Dresdner Bank AG begibt mit der holländischen Tochtergesellschaft, Dresdner Finance B. V., zwei Optionsanleihen. Die eine Tranche betrifft eine 250-Mill.-DM-Optionsanleihe mit einer Laufzeit von acht Jahren, ausgestattet mit einem Coupon von 8 Prozent, der Ausgabekurs wurde mit 115 Prozent festgelegt. Auch die zweite Tranche umfaßt eine 250-Mill.-US-Dollar-Optionsanleihe mit einer Laufzeit von acht Jahren. Diese Anleihe ist mit einem variablen Zinssatz ausgestat*tet, der halbjährlich festgelegt* wird und ⅛ Prozentpunkte über dem Mittelwert des Angebots- und Nachfragesatzes für 6-Monats-Gelder im Eurodollar-Geldmarkt in London liegt. Der Mindestsatz beträgt 5¼ Prozent, der Ausgabekurs 105 Prozent.

Vertrauensschwund

Brüssel (rtr) – Eine Erholung des privaten Verbrauchs ist nach einer EG-Studie in der Europäischen Gemeinschaft (EG) kurzfristig kaum zu erwarten. Das Vertrauen der Verbraucher in die wirtschftliche Enwicklung sei im Mai gegenüber Januar 1984 zwar unverändert geblieben, gegenüber Mai 1983 jedoch gesunken. Der Vertrauensschwund ist jedoch der Studie zufolge in den einzelnen EG-Ländern unterschiedlich.

Kein Handlungsbedarf

Frankfurt (dpa/VWD) – Trotz des hohen Dollarkurses von über 2,90 DM und einem US-Zinsniveau, das rund sechs Prozentpunkte höher liegt als in der Bundesrepublik, besteht für den Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank derzeit kein Handlungsbedarf. Dies ist die überwiegende Meinung am Bankenplatz Frankfurt angesichts der heutigen ersten Zentralbankratssitzung nach der Sommerpause.

Argentinien will zahlen

New York (dpa/VWD) – Argentinien will bis zum 15. August einen von ausländischen Banken gewährten 125-Millionen-Dollar-Kredit tilgen, selbst wenn sich das Land bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über ein neues wirtschaftliches Sanierungsprogramm einigen kann. Nach Hinweisen aus New Yorker Bankkreisen befindet sich das Geld bereits auf einem Konto bei der New Yorker Federal Reserve Bank.

Schwächer im Wettbewerb

Kiel (rtr) – Die internationale Konkurrenzfähigkeit deutscher Investitionsgüter hat nach Ansicht des Instituts für Weltwirtschaft an der Kieler Universität seit 1975 spürbar nachgelassen. Vor allem auf dem inländischen Markt – früher eine fast ausschließliche Domäne heimischer Produzenten – seien Anteile an ausländische Anbieter verlorengegangen. Es habe nicht am unzureichenden Aufwand für die Erforschung neuer Technologien gelegen, denn in der Forschungsintensität nehme die deutsche Wirtschaft nach wie vor eine internationale Spitzenposition ein.

Außenhandel floriert

Den Haag (SAD) – Der Export niederländischer Produkte erreichte in den ersten fünf Monaten dieses Jahres einen Wert von 90 Mrd. Gulden (81 Mrd. DM) und lag damit um 18 Prozent über dem Ergebnis der Vorjahresperiode. Bei den Einfuhren hat das holländische Zentralbüro für Statistik eine Steigerung um 19 Prozent auf 81,7 Mrd. Gulden errechnet. An der Erweiterung des Exportvolumens waren pflanzliche Öle und Fette, chemische Produkte und Kunststoff-Erzeugnisse in erster Linie beteiligt. Aber auch die Nachfrage des Auslandes nach Erdgas nahm zu. Der Streik der britischen Bergarbeiter veranlaßte viele englische Elektrizitätswerke zum Kauf von Heizöl in Holland.

SEERECHTSKONVENTION

In Bonn ist immer noch keine Entscheidung gefallen

REINHARD GORENFLOS, **Bonn**

Die Bundesregierung *hat bis zum* 9. Dezember Zeit, der Seerechtskonvention beizutreten, dann läuft die Zeichnungsfrist ab. In dieser Frage besteht aber noch ein Dissens zwischen Auswärtigem Amt und Bundeswirtschaftsministerium. Der Streit entzündet sich an dem als unbefriedigend empfundenem Tiefseebergbauregime.

Eine Entscheidung gegen die Zeichnung, wie sie die USA getroffen haben, so meint man im Auswärtigen Amt, entspräche einer Ablehnung. Eine Zeichnung dagegen halte die Tür offen und erlaube es der Bundesrepublik, die Regelung in Verhandlungen möglicherweise noch zu verbessern.

Die Bundesrepublik könne, anders als die Großmacht USA, ihre Interessen nicht alleine vertreten. Sie sei auf die Zusammenarbeit mit anderen In*dustriestaaten innerhalb eines inter*nationalen Rechtssytems angewiesen. Es sei zu befürchten, daß deutsche Firmen ohne völkerrechtliche Absicherung nicht mehr im Pazifik abbauen würden und die Bundes*republik dadurch in einen technologi*schen Rückstand gerate. Bei Nicht-Zeichnung der Konvention werde Hamburg sicher nicht den Sitz des internationalen Seegerichtshofes erhalten.

Die Gegner der Zeichnung meinen, das Vertragswerk widerspreche liberalen Ordnungsprinzipien. Mit der Einrichtung einer internationalen Bürokratie, die den Tiefseebergbau kontrollieren soll, werde ein Präzedenzfall für die von der Dritten Welt geforderte Neue Weltwirtschaftsordnung geschaffen.

EG / Der Rechnungshof kritisiert die hohen Beihilfen für Schaffleisch-Erzeuger

Markt ist der Kontrolle entglitten

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Kritische Anmerkungen zur gemeinsamen Agrarpolitik hat erneut der *Europäische Rechnungshof* gemacht. In einem Sonderbericht an die EG-Institutionen kommt er zu dem Schluß, daß die 1980 beschlossene Schaffleisch-Marktordnung „nicht leicht mit den Prinzipien einer gesunden finanziellen Verwaltung von Gemeinschaftsmitteln zu vereinbaren" sei.

Die EG-Kommission hat die Rüge erwartungsgemäß an den Rat der Agrarminister weitergeleitet. In einer Stellungnahme zu dem Bericht verweist sie darauf, daß die hohen Marktordnungsausgaben für Schaffleisch von der Notwendigkeit herrührten, einen politischen Kompromiß zu finden. Die Landwirtschafts*minister hätten sich bei den letzten* Agrarpreisverhandlungen nur bereit gefunden, einen begrenzten Teil der von der Kommission vorgeschlagenen Einsparungen zu verwirklichen.

Die Untersuchung des Rechnungshofes gipfelte in der Feststellung, daß die Steuerung des Schaffleisch-Marktes der Kontrolle der Gemeinschaft entglitten sei. Trotzdem werde das Budget der EG durch die Marktorganisation stark belastet. Alle Anzeichen deuteten sogar darauf hin, daß die Kosten in den kommenden Jahren weiter anwachsen würden.

Mit der Marktordnung versucht die EG die unterschiedlichen Bedingungen auf dem kontinentalen und dem britischen Markt auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Während die britischen Verbraucher traditionell auf billiges Gefrierfleisch aus Neuseeland eingestellt sind, wird in Frankreich die Schafzucht seit eh und je durch Erzeuger-Preisgarantien renta*bel gemacht. Die Folge sind erheblich* höhere Verbraucherpreise, aber auch wesentlich bessere Qualitäten.

Die EG hat deshalb ein Prämiensystem eingeführt, das die europäischen Erzeuger vor Preiseinbrüchen schützen soll. Diese Beihilfen gleichen jeweils die Differenz zwischen den Marktpreisen und den vom Rat festgelegten und vorerst noch regional gestaffelten „Referenzpreisen" aus. Die Einfuhren aus Drittländern werden durch Selbstbeschrän*kungsabkommen kontrolliert.*

Der Rechnungshof kritisiert, daß durch die EG-Verordnung die grundlegenden Probleme des Schaffleisch-Marktes nicht gelöst würden. So habe sich gezeigt, daß die Marktpreise nach wie vor weit auseinanderklafften. Falls es zu einer Harmonisierung auf dem hohen französischen Niveau kommen sollte, sei mit einem starken Verbrauchsrückgang zu rechnen, der die EG zu weiteren Stützungsmaß*nahmen zwingen würde. Die Kosten* der Marktordnung sind seit 1980 von 119 auf 685 Mill. DM gestiegen.

DEUTSCHE BANK

Wandelanleihe für 750 Millionen

DW. Bonn

Die Deutsche Bank AG, Frankfurt, begibt eine vierprozentige Wandelanleihe im Nennbetrag von 750 Mill. DM. Die Wandelschuldverschreibungen werden den Aktionären der Bank voraussichtlich vom 29. August an zu pari zum Bezug angeboten. Dabei berechtigen je zehn Aktien zu 50 DM zum Bezug einer Wandelschuldverschreibung im Nennbetrag von 250 DM. Der Börsenkurs der Deutschen-Bank-Aktie liegt bei 329,50 DM.

Die Inhaber der Wandelschuldverschreibungen erhalten das Recht, je 250 DM Wandelschuldverschreibung in eine Aktie der Bank im Nennbetrag von 50 DM umzutauschen. Daraus errechnet sich, wenn man die Formel über eine Kapitalerhöhung zugrunde legt, ein Bezugrechtswert von etwa 7,25 DM.

Das Wandelrecht kann vom 2. Januar 1990 bis 15. Dezember 1994 ausgeübt werden. Nicht gewandelte Schuldverschreibungen werden am 2. Januar 1995 zur Rückzahlung fällig. Die Forderungen aus den Wandelschuldverschreibungen gehen den Forderungen der anderen Gläubiger der Bank im Range nach. Formal und nach den Kreditgrundsätzen sind die zufließenden Mittel zwar als Fremdkapital anzusehen; nach international geltenden Maßstäben stehen sie aber dem Eigenkapital näher als dem Fremdkapital. Zur Gewährung der Umtauschrechte steht ein bedingtes Kapital von 150 Mill. DM bereit.

Für die Deutsche Bank ergibt sich der Vorteil, zu einem vergleichsweise günstigen Zins Mittel zu erhalten. Der Inhaber der Wandelschuldverschreibung hat die Chance, von 1990 an zu einem Kurs, der rund 80 Mark unter der heutigen Notiz liegt, Deutsche-Bank-Aktien zu erwerben.

NAMEN

Dr. Herbert Wendt, Chefredakteur des „Genossenschafts-Forum", wird heute 60 Jahre alt.

Dr. Roland Rückl (42), seit 1974 Pressereferent beim Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT), Bonn, übernimmt ab 1. September 84 als Geschäftsführer die Hauptabteilung Information bei der Handelskammer Hamburg. Er wird Nachfolger von Dr. **Walter Richtber**, der in die Geschäftsführung von dpa eintritt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bergisch Gladbach: Lorenz Seeger Steppdeckenfabrik, Wermelskirchen; **Bonn:** GK.-Wohnwelt GmbH; **Delmenhorst:** UED-Sonderposten-Handelsges. mbH; **Detmold:** Fa. Ehlert, Lemgo; **Mönchengladbach:** Hermann Schott AG; **Montabaur:** Horst Thomas, Oberrod; **Neuss:** Nachl. d. Liesel Wiesenach, Meerbusch; **Remscheid:** Clemens Bausche; **Wolfratshausen:** Hans L.Wagner Bau- u. Zimmereiarbeiten GmbH, Geretsried.

Anschlußkonkurs eröffnet: Mainz: Werner Horstemeier.

Vergleich beantragt: Hannover: Tief- u. Straßenbau Behrendt GmbH & Co. KG, Hemmingen; Johann Weishaupl GmbH & Co.

STROMPREISE / Die Steigerung ist für Sondervertragskunden auf durchschnittlich 1,2 Prozent zurückgegangen

Große Lücken zwischen „billig" und „teuer"

HANS BAUMANN, Essen

Die Erhöhung der Preise für elektrische Energie, die die Sondervertragskunden (Industrie und Formen der Großdienstleistung) beziehen, wird immer geringer. In den letzten 12 Monaten, also mit dem 1. Juli 1983, betrug die Teuerungsrate nur noch im Durchschnitt 1,2 Prozent. Vor einem Jahr kam sie noch auf 3,5 Prozent und vor zwei Jahren auf 7,3 Prozent. Eine so geringe Erhöhung der Strompreise war zuletzt vor fünf Jahren am 1. Juli 1979 verzeichnet worden.

Als einziges der 50 untersuchten Elektrizitäts-Versorgungs-Unternehmen (EVU) haben seit Juli 1983 die Hamburgischen Electricitäts-Werke AG (HEW) ihren Preis geringfügig um 0,6 Prozent gesenkt. Dagegen hielten 29 EVU ihre Preise konstant. 20 der 50 erhöhten die Preise zwischen 0,4 Prozent (EWE Oldenburg) und 6,5 Prozent (Badenwerk Karlsruhe).

Betrachtet man den Zeitraum der letzten fünf Jahre seit Juli 1979, so ermittelt sich eine kumulierte durchschnittliche Strompreiserhöhung von 35,7 Prozent. Hierbei liegen die Erhöhungen im einzelnen in der Bandbreite zwischen 22 Prozent bei der Heag Darmstadt und 52,2 Prozent bei den Stadtwerken Bielefeld.

Aber auch die Schleswag Rendsburg und die Obag Regensburg mit Preiserhöhungen von nur knapp über 22 Prozent in den letzten fünf Jahren sind hervorzuheben. Angespanntere Stromkosten haben die Kunden der Stadtwerke Bielefeld, der VEW Dortmund, des Badenwerks Karlsruhe und der EVS Stuttgart, die ihre Preise in den letzten fünf Jahren um rund 50 Prozent heraufsetzten.

Wenn sich auch die Preisrelationen zwischen den einzelen EVU verschoben haben, so hat sich die Breite des gesamten Preisfächers kaum verändert. Der Bundesverband der Energie-Abnehmer, Hannover, der seit 1973 regelmäßig diesen Strompreisvergleich repräsentativ durchführt, hat zwischen dem preisgünstigsten EVU Heag Darmstadt und dem teuersten (Bewag Berlin) einen Preisunterschied von nach wie vor 36 Prozent ermittelt.

Bezogen auf das arithmetische Mittel der zehn preisgünstigsten Versorgungsunternehmen liegen die Preise der zehn teuersten um 19,3 Prozent höher. Das durchschnittliche Niveau der Gruppe der zehn EVU mit den höchsten Preisen bewegt sich im Durchschnitt um 8,6 Prozent über dem Durchschnitt der 50 untersuchten EVU. Die Gruppe der zehn preisgünstigsten liegt um 9 Prozent unter dem Durchschnitt.

Zu der Gruppe der zehn teuersten EVU gehören die gleichen EVU wie beim letzten Vergleich vom Januar 1984. Nur das Badenwerk Karlsruhe ist durch seine Preiserhöhung von 6,5 Prozent am 1. Juli 1984 von Platz 10 auf Platz vier vorgerückt.

Die Reihenfolge der Teuersten lautet jetzt: 1. Bewag Berlin, 2. HEW Hamburg, 3. ÜNH Bremen, 4. Badenwerk Karlsruhe, 5. Stadtwerke Lübeck, 6. Stadtwerke Kiel, 7. LHK Osterode, 8. EEW Oldenburg, 9. EVS Stuttgart, 10. Schleswag Rendsburg.

Die Kawag Ludwigsburg und die ÜZH Helmstedt sind nach dem jüngsten Preisvergleich aus der Gruppe der zehn Preisgünstigsten ausgeschieden. Deren Plätze haben jetzt die Pesag Paderborn und die Stadtwerke Wiesbaden eingenommen.

Diese Gruppe hat jetzt folgende Rangfolge: 1. Heag Darmstadt, 2. Stadtwerke Duisburg, 3. Stadtwerke Düsseldorf, 4. Lech-EW Augsburg, 5. RWE Essen, 6. AÜW Kempten, 7. EMR Herford, 8. Stadtwerke Frankfurt, 9. Pesag Paderborn, 10. Stadtwerke Wiesbaden.

Bei der Betrachtung der teuersten Stromversorger muß aber ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß durch sogenannte Starklast- oder Spitzenlastregelungen, die bis auf das Badenwerk und EEW Oldenburg alle EVU dieser teuren Gruppe anbieten, günstigere Strompreise bei den Verbrauchern erzielt werden können.

FRANKREICH / Bérégovoy setzt auf Wachstum

Stabilität bleibt vorrangig

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Frankreichs neuer Wirtschafts- und Finanzminister Pierre Bérégovoy will seine Politik „resolut in eine Perspektive des Wachstums stellen". Mit dieser Erklärung distanzierte er sich (scheinbar) von der gleichzeitig veröffentlichten Empfehlung der OECD, wonach – wie berichtet – Frankreich auf Restriktionskurs bleiben müsse. Eine Lockerung des Kurses kündigte der Minister aber nicht an.

Ausdrücklich betonte Bérégovoy in seinem Interview mit der sozialistischen Zeitung „Le Matin", daß er die Aktion seines Vorgängers Delors „fortsetzen, ja selbst intensivieren" würde. Insbesondere das Budgetdefizit müsse reduziert werden.

Im Haushaltsplan für 1985 sieht Bérégovoy insbesondere die Begrenzung des Zuwachses für die laufenden Verwaltungsausgaben vor, während die Staatsausgaben für Investitionen, Forschung und Berufsausbildung erhöht werden sollen. Die gegenwärtige Budgetplanung unterstellt dabei ein Wirtschaftswachstum von 1,8 Prozent. Dies entspricht haargenau der OECD-Prognose.

Auch das Plädoyer Bérégovoys für die „Erhaltung der Kaufkraft" steht nicht unbedingt im Widerspruch zu den OECD-Prognosen. Danach ist zwar für 1984 ein weiterer Kaufkraftschwund der Lohneinkommen von 0,3 Prozent zu erwarten. Für 1985 sagt aber die OECD plus 0,5 Prozent voraus – ein Zuwachs, der allerdings infolge zunehmender Arbeitslosigkeit bis auf Null schrumpfen könnte. (Das relativ bessere Ergebnis wird auf die geplante Ermäßigung der Einkommenssteuer zurückgeführt).

Um die Arbeitslosigkeit zu vermindern, ist nach Bérégovoy ein stärkeres Wirtschaftswachstum erforderlich. Die Investitionstätigkeit müsse ermutigt werden. Die daraus resultierenden Produktivitätsfortschritte könnten Bérégovoy zufolge gleichermaßen für die Steigerung der Kaufkraft, die Verminderung des Preisanstiegs und die Verbesserung der Selbstfinanzierung der Unternehmen verwendet werden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Ergebnis verbessert

Hamburg (dpa/VWD) – Die Conoco Mineralöl GmbH, Hamburg, Tochter der amerikanischen Conoco Inc. (Wilmington/Delaware) erzielte 1983 einen Überschuß von 21 (10,2) Mill. DM. Der Absatz nahm um zehn Prozent auf 2,3 Mill. Tonnen zu. Der Umsatz der Gesellschaft einschließlich Tauschgeschäft und Mineralölsteuer belief sich auf unverändert 3,6 Mrd. DM. Die Zahl der Jet-Tankstellen war im vergangenen Jahr mit 389 gegenüber 1982 unverändert.

Welle-Gruppe optimistisch

Paderborn (hdt) – Trotz der für die Möbelindustrie ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Lage erwartet die Welle-Gruppe, Paderborn, für 1984 ein gutes Umsatzplus. Als Grund für diese optimistische Einstellung wird ein reales Wachstum im ersten Halbjahr genannt. Das zu den führenden Produzenten seiner Branche in Europa gehörende Unternehmen verzeichnete 1983 einen nominell um 6 Prozent gesteigerten Gruppenumsatz von 642 Mill. DM.

Werk für Datscha-Bau

Linz (dpa/VWD) – Der Fertighaushersteller Streif AG, Vettelschoß bei Linz (Rhein), liefert ein Werk in die UdSSR, in dem jährlich etwa 4000 „Datschen" hergestellt werden sollen. Die Fertighausfabrik im Wert von mehr als 20 Mill. DM ist für die Moskau bestimmt und soll 1986 den Betrieb aufnehmen. Die Tochtergesellschaft der Hochtief AG liefert damit bereits das vierte Fertighauswerk in die Sowjetunion.

Plus im Neugeschäft

Düsseldorf (Py.) – Die Colonia Bausparkasse AG, Dortmund, weist zur Jahresmitte 1984 ein um 11 Prozent auf 390 Mill. DM gestiegenes Netto-Neugeschäft aus, während sich die Auszahlungen um 15 Prozent auf 243 Mill. DM erhöht haben. Als „relativ zufriedenstellend" wird der um 5 Prozent auf 188 Mill. DM gewachsene Gesamt-Geldeingang bezeichnet, wenngleich der Anteil des Spargeldeingangs gegenüber dem Vorjahr konstant blieb. Insgesamt wurden zur Jahresmitte 276 000 Verträge über eine Bausparsumme von 8,33 Mrd. DM verwaltet.

Ford Credit expansiv

Düsseldorf (Py.) – Die Ford Credit Bank AG, Tochtergesellschaft der Kölner Ford-Werke AG, liegt als firmeneigener Absatzfinanzierer voll im Aufwärtstrend. Mit rund 300 000 Fahrzeugen wurde 1983 ein Drittel mehr Autos finanziert oder verleast als im Jahr zuvor. Um mehr als 50 Prozent auf 44 000 Verträge wuchsen die Finanzierungen von Neu- und Gebrauchtwagen für Ford-Käufer. Mit fast 30 000 neu vereinbarten Leasing-Verträgen wurde das Vorjahresergebnis verdoppelt. Mit 43 500 Fahrzeugen gehört die Bank zu den größten Auto-Leasinggebern in Deutschland (25 Prozent Marktanteil). Die Bilanzsumme stieg um 52,4 Prozent auf 1,6 Mrd. DM, an Gewinn wurden 5,6 (5,6) Mill. DM an die Muttergesellschaft abgeführt.

Keine Dividende

Bielefeld (hdt) – Der bereits im Vorjahr um 7 Prozent verminderte Umsatz der Gebr. Dickertmann Hebezeugfabrik AG, Bielefeld, ging im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) um weitere 16 Prozent auf 22,4 Mill. DM zurück. Der daraus resultierende Jahresüberschuß von nur noch 0,02 Mill. DM ermöglichte dem Familienunternehmen erstmalig keine Dividendenzahlung.

Banque Nordeurope steigert Erträge

Py. Düsseldorf

Trotz anhaltend schwierigen Umfelds an den Euromärkten ist es der den Sparkassen-Zentralbanken Skandinaviens, Österreichs, Frankreichs sowie der Westdeutschen Landesbank gehörenden Banque Nordeurope S. A., Luxemburg, in ihrem 10. Geschäftsjahr gelungen, die Rentabilität erneut zu verbessern. Das Institut, das seine Aktivitäten fast ausschließlich auf die Aktionärsländer konzentriert, hat die Bilanzsumme im Geschäftsjahr 1983/84 (31. 3.) um 10 (8) Prozent auf 23,9 Mrd. Lfrs. (1,2 nach 1,08 Mrd. DM) gesteigert, während das Betriebsergebnis um 21 (94) Prozent auf 249 Mill. Lfrs. (12 Mill. DM) zunahm. Die Ausleihungen wuchsen um 2 (5) Prozent auf 16,7 (16,4) Mrd. Lfrs., das Kreditvolumen erhöhte sich um 6 (2) Prozent auf 18,5 Mrd. Lfrs. Hauptsächliche Refinanzierungsquelle war die Geldaufnahme am Interbankmarkt. Nach „ausreichender Risikovorsorge" weist die Bank einen Reingewinn von 26,7 (23,7) Mill. Lfrs. aus, der voll den Rücklagen zugeführt wurde. Danach liegen die Eigenmittel bei 781 Mill. Lfrs. (40 Mill. DM).

Britische Banken senken Basiszins

fu. London

Die jüngsten Statistiken über die Geldmengenentwicklung in Großbritannien, die erheblich günstiger als allgemein erwartet ausgefallen sind, haben zu einer Senkung der Basiszinsen durch die Großbanken um 0,5 auf 11,5 Prozent geführt. Erst vor einem Monat waren die Sätze in zwei kurz aufeinanderfolgenden Schritten um insgesamt 2,75 auf zwölf Prozent angehoben worden.

Die Geldmenge Sterling 3 – die am weitesten gefaßte und von der Bank von England zur Beurteilung der monetären Entwicklung bevorzugte Geldmengen-Definition – ist im Juli um ein Prozent gefallen. Damit liegt die Geldmenge wieder innerhalb der von der Regierung bestimmten Bandbreite von sechs bis zehn Prozent.

Die jüngsten Geldmengen-Statistiken haben die Bank von England am gestrigen Mittwoch veranlaßt, ihre Geldmarktsätze zu reduzieren. Sie hat damit zu verstehen gegeben, daß sie eine Senkung des Basis-Ausleihezinssatzes begrüßen würde. Mit der Zinssenkung könnte das Pfund Sterling wieder unter Druck geraten.

DOORNKAAT / Ergebnis „nicht zufriedenstellend"

Noch keine Absatzbelebung

VWD, Norden

Die allgemeine Konsumzurückhaltung hat sich besonders auf den Nahrungs- und Genußmittelsektor und damit auch direkt auf die Umsätze der Doornkaat AG, Norden, im vergangenen Jahr niedergeschlagen, gibt der Vorstand der Kornbrennerei im Geschäftsbericht 1983 unumwunden zu. Die Brutto-Umsatzerlöse fielen den Angaben zufolge im vergangenen Jahr um 6 Prozent oder 13 Mill. DM auf 222,3 Mill. DM. Von den Netto-Umsatzerlösen (196,4 Mill. DM) entfielen 63,3 Prozent auf Spirituosen, 33,1 Prozent auf alkoholfreie Getränke und 3,6 Prozent auf das Teegeschäft. Das wirtschaftliche Ergebnis wird als „wiederum nicht zufriedenstellend" kommentiert. Mit 542 005 DM liege der Jahresüberschuß auf dem Vorjahresniveau.

Auch im ersten Quartal 1984 hat sich der Spirituosenabsatz nicht spürbar belebt. So liege auch die Absatzentwicklung der Doornkaat-Marken noch leicht unter Vorjahresniveau. Besser liefen dagegen das Weingeschäft und der Verkauf alkoholfreier Getränke. Aus dem Bilanzgewinn wird lediglich auf die Vorzugsaktien ohne Stimmrecht, deren Anteil am Grundkapital neun Prozent beträgt, eine Dividende von sechs Prozent ausgeschüttet.

Gegenüber 1982 hat der Geschäftsbereich „Alkoholgetränke" im vergangenen Jahr 7,5 Prozent Umsatz verloren. Daß es 1983 allgemein nicht zu weiteren Absatzrückgängen bei Spirituosen gekommen ist, ist laut Geschäftsbericht ausschließlich den Billigangeboten (besonders Klare) zu danken. Als „insgesamt erfolgreich" bezeichnet Doornkaat den Auslandsumsatz seiner Markenspirituosen. Gewachsen sei auch der Absatz der Importweine, den Doornkaat über die Tochtergesellschaft Horstkeite GmbH, Bremen, abwickelt.

Um 3,4 Prozent sank der Umsatz bei alkoholfreien Getränken. Der Ausstoß ging um 3,7 Prozent oder 32 000 hl auf 833 000 hl zurück. Plus 3,5 Prozent werden im Sektor Tee ausgewiesen. Per 31. Dezember 1983 beschäftigte Doornkaat 677 Mitarbeiter (darunter 50 im Außendienst), 18 weniger als im Vorjahr.

HÖRMANN / Marktführer bei Hochleistungssirenen

Vorsicht im Auslandsgeschäft

DANKWARD SEITZ, München

Zufrieden ist die Hörmann-Gruppe, Kirchseeon, nach eigenen Angaben mit einem Weltmarktanteil von etwa 80 Prozent führender Hersteller von Hochleistungssirenen, mit dem Geschäftsjahr 1983. Und dies, obwohl die gesteckten Ziele nicht erreicht werden konnten. So stieg der Umsatz statt der erwarteten 10 Prozent, wie Geschäftsführer Thomas Lampart in München mitteilte, lediglich um 5 Prozent auf knapp 130 Mill. DM. Auch beim Gewinn vor Steuern mußten mit 5,3 (5,6) Mill. DM Abstriche hingenommen werden, so daß nur 4 (4,6) Prozent Rendite von den angepeilten „mindestens" 5 Prozent übrigblieben.

So ist denn die Bewertung wohl eher vor dem Hintergrund zu sehen, daß das Unternehmen mit unverändert rund 850 Beschäftigten 1983 einige Probleme zu bewältigen hatte. Diese Schwierigkeiten traten offensichtlich im Auslandsgeschäft auf, das auf 42 (37) Mill. DM gesteigert werden konnte und das im wesentlichen von den Sparten Sirenen- und Sicherheitstechnik (Umsatzanteil: 63 nach 53 Mill. DM) sowie Elektro- und Installationstechnik (35 nach 38 Mill. DM) getragen wird.

Denn wie Lampart andeutete, will man künftig in der Installationstechnik angesichts unkalkulierbarer Risiken bei Exportaufträgen als Subunternehmer größere Zurückhaltung üben. Im Sirenen-Bereich, die wichtigsten Auslandsmärkte sind hier der Nahe und Mittlere Osten, bereitet ein vor längerer Zeit hereingenommener Irak-Auftrag Sorgen. In diesem Zusammenhang wurde erneut die mangelnde Unterstützung beklagt, die kleinere Unternehmen in der Exportfinanzierung von amtlicher Seite erfahren.

Die Vorsicht im Auslandsgeschäft kommt denn auch schon in der Umsatzplanung 1984 zum Ausdruck. Nach teilweise hohen zweistelligen Zuwachsraten in der Vergangenheit soll in diesem Jahr das Niveau von 1983 gehalten werden. Im Vordergrund aller Bemühungen wird aber, wie Finanzchef Klaus Groschke betonte, die Stärkung der Ertragslage stehen. Dabei verwies er darauf, daß Hörmann auch 1983 alle Investitionen in Höhe von 4,5 (6,5) Mill. DM bei Abschreibungen von 3,4 (3,1) Mill. DM sowie alle F+E-Mittel von wieder rund 3,1 Mill. DM aus eigener Kraft finanziert hat.

Recht zufrieden zeigte sich Lampart auch mit der US-Tochter Raytek Inc., Santa Cruz, die neben Sirenen Temperatur- und Meßmeldegeräte herstellt. Trotz des schwierigen Marktes sei es ihr gelungen, den Umsatz um fast 24 Prozent auf 19,2 Mill. DM zu steigern und ihre Rentabilität „entscheidend" zu verbessern.

SEL / Olympische Spiele sind kein Kaufanreiz

Roboter bauen Farbfernseher

MANFRED FUCHS, Stuttgart

Olympiaden und Fußball-Europameisterschaften spielen in der Branche der Fernsehgeräte-Hersteller nicht mehr die große Rolle als Kaufanreize für die Verbraucher wie früher. Bei dem Unternehmensbereich „Audio Video Elektronik", Pforzheim/Bochum, der zum ITT-Konzern gehörenden Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, trugen im laufenden Geschäftsjahr 1984 deshalb Aufträge aus Indien, Australien und Frankreich dazu bei, die seit April 1984 auch durch die Verunsicherung im Vorfeld des Arbeitskampfes verursachte Abflachung der Verbrauchernachfrage etwas aufzufangen.

So erwartet dieser SEL-Unternehmensbereich, der Geräte der Marken „ITT" und „Grätz" herstellt, für das Geschäftsjahr 1984 ein Umsatzvolumen von 1,4 bis 1,5 Mrd. DM nach etwa 1,3 Mrd. DM im Jahr 1983. Davon entfallen etwa 30 Prozent auf Handelsumsatz und etwa die Hälfte auf das Auslandsgeschäft. Im ersten Halbjahr 1984 wurde ein Umsatzplus von 11 Prozent erreicht. Bis Jahresende 1984 soll die Zuwachsrate von etwa 11 Prozent gehalten werden.

Nach Angaben des für diesen Bereich zuständigen SEL-Vorstandsmitglied, Ludwig Orth, gleichzeitig Vice President bei ITT Europe, Brüssel, wird der SEL-Bereich Unterhaltungselektronik 1984 mit Sicherheit wieder schwarze Zahlen erreichen, nachdem 1983 zum dritten Mal ein positives Ergebnis mit steigender Tendenz erzielt worden war. Im Farbfernsehgerätewerk in Bochum, in dem dezentral gesteuerte Roboter-Straßen arbeiten, die selbst in Japan nicht zu finden sind, beträgt der Lohnanteil nur noch 6 Prozent. Hier werden pro Jahr 1,2 Mill. Farbfernsehgeräte produziert, davon 500 000 Baugruppen im Wert von etwa 150 Mill. DM, die vorwiegend in Entwicklungsländer gehen. Etwas über 2000 von insgesamt wenig verändert rund 5000 Mitarbeiter werden im Werk Bochum beschäftigt. Rund 1200 Mitarbeiter sind in der Zentrale in Pforzheim, etwa 600 im SEL-Audio-Werk Penang/Malaysia tätig.

Die im Februar 1984 angekündigten Preiserhöhungen für Farbfernseher konnten bisher nicht durchgesetzt werden. Ein neues Vertriebssystem soll mit einer 3,5-prozentigen Preiserhöhung den Facheinzelhandel finanziell unterstützen. Die Produktion des von SEL/ITT entwickelten digitalen Fernsehgerätes namens „Digivision" laufe im Farbfernsehgerätewerk Bochum erst schrittweise an, da eine Umstellung auf einen Schlag riskant wäre. Bisher wurden rund 40 000 Stück der neuen Farbfernsehgeräte produziert. 1985 sollen es etwa 150 000 Stück sein.

SCHIFFAHRT / Konferenz in Genf sucht internationale Vereinbarung für die Registrierung von Handelsschiffen

Gegen Auswüchse bei Benutzung von Billigflaggen

IRENE ZÜCKER, Genf

Nach Beendigung der ersten Session der Genfer Konferenz über den Abschluß einer internationalen Vereinbarung für die Registrierung von Handelsschiffen, womit den Auswüchsen bei der Benutzung von Billigflaggen ein Riegel vorgeschoben werden soll, wird der sehr flexible Konferenz-Vorsitzende Lamine Fadika, Schiffahrtsminister der Elfenbeinküste, in den kommenden Monaten mit verschiedenen Regierungen weitere Gespräche führen, um den rund 100 Konferenzteilnehmerstaaten an der zweiten ebenfalls dreiwöchigen Session ab 28. Januar neue Vorschläge für einen Abkommenskompromiß vorzulegen.

Rund 30 Prozent der Welthandelsflotte, insgesamt 1400 Schiffe, meist Supertanker, segeln unter Billigflaggen von Ländern wie Liberia, Panama, Zypern, Bermuda, den Bahamas und Vanuatu (ehemals Neuhebriden). Das von Entwicklungsländern und Ostblockstaaten angestrebte internationale Abkommen würde auf etwa zehn Jahre eine Beseitigung der besonderen Vorteile von Offenregistern bringen, was vor allem die heutigen Hauptnutznießer USA, gefolgt von Japan, Griechenland und Hongkong, die zusammen 75 Prozent der Billigflaggen halten, treffen würde.

Als Ergebnis der ersten Session liegt nun ein Abkommensvorschlag vor, der in inhaltlich sekundären Punkten weitgehend bereinigt ist, während die drei Schlüsselprobleme einer „echten Verbindung zwischen registrierendem Staat und Schiff" (Genuine Link) im ausgearbeiteten Dokument weiterhin in Klammern stehen, da hier unüberwindliche Divergenzen bestehen zwischen den westlichen Industrienationen, die 80 Prozent der Welthandelsflotte kontrollieren, auf der einen und Entwikkungsländern, Ostblock und China auf der anderen Seite.

In der ersten Schlüsselfrage des Abkommensvorschlags, des Reedermanagements, besteht außer bei den USA die Auffassung, daß eine effektive handlungsbefugte Managementniederlassung im Flaggenstaat sein müßte, damit die Regierung ihre Verantwortung übernehmen könnte.

Im zweiten umstrittenen Element des Genuine Link, der Nationalität der Besatzung, sind die USA strikt der Meinung, es sei kein Abkommen nötig. Doch auch hier sollte ein Kompromiß möglich sein, da zum Beispiel die nationale Gesetzgebung der meisten europäischen Länder vorschreibt, daß mindestens zehn bis 20 Prozent der Besatzung sowie der Kapitän mit der Nationalität der Flagge übereinstimmen müssen. In Genf wird derzeit die Auffassung vertreten, daß im angestrebten internationalen Abkommen das Prinzip der „Nationals" an Bord festgehalten werden soll, der Prozentsatz jedoch vom einzelnen Billigflaggenstaat bestimmt werden könnte.

Beim dritten Schlüsselproblem, der Kapitalbeteiligung des Flaggenstaates an der Reederei, wird es nach Auffassung der Unctad nie zu einer Einigung kommen. Aus diesem Grund haben sich die Entwicklungsländer zu dem Kompromiß durchgerungen, den Regierungen die Möglichkeit zu bieten, nach eigener Wahl zwei der drei Grundnormen zu erfüllen, jedoch als völkerrechtlich bindend. Die Industrienationen hingegen möchten diese drei Schlüsselfragen am liebsten aus dem internationalen Abkommen hinauswerfen, besonders die USA, Japan und England. Doch wenn die Kröte schon geschluckt werden müsse, dann höchstens als empfehlende Vereinbarung. Offenregisterstaaten und Industrieländer weigern sich zur Zeit, rechtlich bindende Vorschriften anzunehmen, während die anderen auf dieser Rechtsform beharren.

Volle Einigung herrscht jedoch, worüber Schiffsregister informieren sollen. Weitgehende Verständigung besteht über die Schiffsidentifizierung sowie die Eigentums-, Miet- und Assekuranzverhältnisse. Eine teilweise Annäherung der Standpunkte liegt bei den aus Schiffmietverhältnissen resultierenden Rechtsverpflichtungen vor.

Renten stabilisiert

Trotz des anhaltend hohen Dollarkurses stabilisierten sich die Notierungen festverzinslicher Papiere. Als Grund dafür wird die bisher überraschend reibungslose Plazierung neuer US-Staatspapiere genannt. Sie führte zu keiner Abschwächung des US-Bondmarktes. Für öffentliche Anleihen belebte sich die Nachfrage etwas, die Kurse verbesserten sich bis zu 0,15 Prozent. Bei den Pfandbriefen zeigte sich kaum Bewegung. DM-Auslandsanleihen waren fast unverändert; der Markt bleibt wegen der Diskussionen über die Abschaffung der antiquierten Couponsteuer verunsichert.

	8. 8.	7. 8.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	93G	93G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6½ dgl. Pf. 2	96G	96G
7 dgl. Pf 3	95,75G	95,75G
6½ dgl. KS 14	97,75G	97,75G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	74,75G	74,75G
8 dgl. KO Pf 50	100G	100G
8½ dgl. Pf 10	81G	81G
6 dgl. KS 1	99,35G	99,35G

	8. 8.	7. 8.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	90,5	90,5
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,85G	94,85G
8 dgl. Pf 73	100,8G	100,8G
4 dgl. KO 5	102G	102G
H 6 Hyp.u.Hbg. Pf 98	81,75	81,75
6½ dgl. Pf 80	90,5	90,5
8 dgl. Pf. 248	100,1	100,1

	8. 8.	7. 8.
M 5 Vereinsbk Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	76G	76G
7 dgl. Pf 100	99,95G	99,95G
D 8 WestLB Pf 350	100,7G	100,7G
6¾ dgl. Pf 403	97,7G	97,7G
9½ dgl. Pf 1007	105,85G	105,85G
8 dgl. Pf 1015	99,25G	99,25bG
7 dgl. KO 556	99,95G	99,95G
6¾ dgl. KS 420	96,4G	96,4G
9¼ dgl. KO 1301	104,95G	104,95G
8½ dgl. KS 1278	101,05G	101,05G

Bundesbahn

		8. 8.	7. 8.
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,05G	100,05G
8¼ dgl. 76	9/84	100,05G	100,05G
6 dgl. 78 II	11/84	99,9	99,96

		8. 8.	7. 8.
8 dgl. 83 S.42	9/88	100,5	100,45
8 dgl. 83 S.43	12/88	100,55bG	100,55
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	101,4	101,3
8 dgl. 84 S.45	3/89	100,3bG	100,25
7½ dgl. 84 S.46	4/89	98,6G	98,6
7¾ dgl. 84 S.47	7/89	99,35	99,25

Bankschuldverschreib.

	8. 8.	7. 8.
F 8 Allg. Hypo. Pf 1	82,5	82,5
6½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100,25G	100,25G
F 7½ Bakola Pf 104	100,35G	100,35G
9 dgl. Pf 106	103,05G	103,05G
10 dgl. Pf 108	107,55G	107,55G
7 dgl. KS 132	95,7G	95,7G
8 dgl. KS 155	99,7G	99,7G
9 dgl. KS 169	102,15G	102,15G

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Schwächer notierten am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Auch Kupfer schwächte sich im Einklang mit den Edelmetallen ab. Kaffee konnte sich dagegen in sämtlichen Positionen befestigen, während Kakao nur in der vorderen Sicht zulegen konnte. Die späteren Kakaopositionen schlossen schwächer.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	7. 8.	6. 8.
Sept.	348,25	351,75
Dez.	366,75	370,75
März	377,50	382,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	7. 8.	6. 8.
St. Lawrence 1 CW	geschl.	237,90
Amber Durum	geschl.	250,20

Roggen Winnipeg (can. $/t)	7. 8.	6. 8.
Okt.	132,90	geschl.
Dez.	132,90	geschl.
März	135,30	geschl.

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	7. 8.	6. 8.
Terminkontr. Sept.	140,40	139,75
Dez.	137,80	136,75
März	136,00	135,05

Kakao New York ($/t)	7. 8.	6. 8.
Terminkontr. Sept.	2175	2100
Dez.	2030	2035
März	2030	2045
Umsatz	5789	6786

Zucker New York (c/lb)	7. 8.	6. 8.
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,18	4,24
Okt.	4,35	4,43
Jan.	4,85	4,86
März	5,41	5,46

Zucker London ($/t), Nr. 6	7. 8.	6. 8.
Okt.	122,60–122,80	120,80–121,00
Dez.	131,40–131,80	129,40–129,60
März	146,60–146,80	144,60–144,80
Umsatz	2985	1613

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	7. 8.	6. 8.
schw. Sarawak spez.	350,00	350,00
weißer Sarawak	600,00	600,00
weißer Muntok	607,50	607,50

Öle, Fette, Tierprodukte

Schmalz Chicago (c/lb)	7. 8.	6. 8.
Aug.	53,70	53,57
Okt.	49,00	48,80
Dez.	51,20	50,95

Schweinebäuche Chicago (c/lb)	7. 8.	6. 8.
Aug.	57,00	56,95
Febr.	67,50	65,32
März	65,45	65,75

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)	7. 8.	6. 8.
voh Niederl. fob Werk	219,00	221,50

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)	7. 8.	6. 8.
Philippinen cif	1390,00	1350,00

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif	7. 8.	6. 8.
Rotterdam	298,00	296,00

Messingnotierungen

	8. 8.	7. 8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	380-382	380-382
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	428	427–428
MS 63	411–417	411–416

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 18 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Kautschuk London (p/kg)	6. 8.	3. 8.
Nr. 1 RSS loco	65,00-67,50	66,52-69,00
Sept.	65,00-67,80	66,50-68,00
Okt.	66,00-68,80	68,00-69,00
Nov.	69,00-70,20	69,50-70,50

Tendenz: ruhig

Platin (£-Feinunze) London	7. 8.	6. 8.
fr. Markt	254,90	255,30

Palladium (£-Feinunze) London	7. 8.	6. 8.
f. Händlerpr.	104,00	104,40

Silber (p/Feinunze)	7. 8.	6. 8.
London Kasse	576,95	562,85
3 Monate	592,95	579,20
6 Monate	608,20	594,65
12 Monate	641,85	628,55

	7. 8.	6. 8.
Zink (£/t) Kasse	649,50-650,00	639,50-640,50
3 Monate	653,50-654,00	643,00-644,00
Zinn (£/t) Kasse	9505-9515	9510-9520
3 Monate	9435-9440	9430-9435
Quecksilber ($/Fl.)	–	295-305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	76-77

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffe (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Kunden schöpften wieder Mut

Trotz Auslandsabgaben verbreitet kleine Kursgewinne

DW. – Da sich die Befürchtungen vor einem Rückschlag am New Yorker Aktienmarkt bislang nicht bestätigt haben, faßten private Bankkunden Mut zu neuen Anlagekäufen. Sie führten auf fast allen Gebieten zu leicht steigenden Kursen. Dies ist um so bemerkenswerter, als aus dem Ausland immer noch Material eintrifft. Die Ausländer mißtrauen der Konjunkturentwicklung in der Bundesrepublik. Außerdem sehen sie die in die Bundesregierung Kohl-Genscher gesetzten Erwartungen nicht im gewünschten Ausmaß erfüllt.

Eingehend diskutiert wurden die Konditionen der neuen Wandelanleihe der Deutschen Bank über 750 Mill.DM. Obwohl man sich darüber einig war, daß sich die Bank mit dieser Emission eine Quelle billigen Geldes erschließen wird, mußte der Kurs der Aktien der Deutschen Bank im Gegensatz zu den meisten anderen Papieren dieses Sektors zurückgenommen werden. Auf der erhöhten Basis mehrten sich aber auch hier wieder die Glattstellungen, so daß die Spitzenkurse des Tages nicht überall gehalten werden konnten. Favorisiert blieben bis zum Schluß Elektrowerte. Hier nehmen PKI mit einem zweistelligen Kursgewinn eine Ausnahmestellung ein. Bei den Versorgungswerten mußten HEW-Aktien über den Dividendenabschlag hinaus zurückgenommen werden, da der Vorstand auf der HV keine Aussicht auf eine Besserung der katastrophalen Ertragslage des Unternehmens geben konnte.

Düsseldorf: Ascag erhöhten sich um 15 DM, Kochs Adler verbesserten sich um 5 DM auf 360 DM. Stinnes gaben um 10 DM auf 610 DM nach und Stolberger Zink sanken um 20 DM.

Frankfurt: AEG erhöhten sich um 0,90 DM auf 92,10 DM, Bayer zogen um 0,60 DM auf 164,40 DM an und Karstadt konnten sich um 1 DM auf 229,50 DM verbessern. Conti verminderten sich um 0,40 DM. Hoesch sanken um 1,80 DM und KHD fielen um 1 DM.

Hamburg: HEW lagen abzüglich 4 DM Dividende bei 82 DM um 2 DM leichter. NWK-Vz. waren mit 160,50 DM plus 0,30 DM gut behauptet. Schwächer verkehrten Phoenix Gummi mit 124 DM minus 3 DM, die später bis auf 118,50 DM zurückfielen. Beiersdorf gaben um 1 DM nach.

München: Agrob Vz. fielen um 6 DM auf 200 DM, Etienne Aigner verminderten sich um 5 DM auf 262 DM und Dywidag gaben um 6 DM auf 164 DM nach. Flachglas erhöhten sich um 4,50 DM, Fränkische Überlandwerke zogen um 4 DM auf 295 DM an und Hutschenreuther verbesserten sich um 3 DM.

Berlin: Rheinmetall zogen um 20 DM und Berthold um 7,50 DM an. Lehmann lagen um 2,50 DM und Berliner Bank um 1 DM freundlicher. Herlitz Vz. büßten 5,50 DM, Kempinski 5 DM, Herlitz St. 4,80 DM, Berliner Kindl 2,50 DM und Orenstein 1,50 DM ein.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 142,0 (141,6)
WELT-Umsatzindex: 2960 (2890)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

London

Toronto

Wien

Brüssel

Kopenhagen

Hongkong

Singapur

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 8. 8. 84: 721 Optionen = 40 150 (55 450) Aktien, davon 204 Verkaufsoptionen = 11 750 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-95/3,9, 10-100/2,4, 10-110/1,1, 1-85/13,7, 1-100/4,4, 1-110/1,5, 4-80/19,9, 4-90/15, BASF 10-163/2,8, 1-150/15,6, 1-160/7,4, 1-170/3-35, 4-160/11,5, 4-170/7, Bayer 10-160/8,5, 10-170/4,4, 1-160/13,5, 1-180/3,4, 4-160/16,6, 4-180/6, Bekula 10-95/1,5, Commerzbank 10-160/2,65, 150-5,35, 1-150/9, 4-150/12,3, 4-170/4,9, Conti 10-110/10,5, 10-120/3,2, 1-120/7,6, 1-130/3,6, 4-130/8, Daimler 1-550/35, 1-580/12,4, 4-600/20, Deutsche Bk. 10-330/12,7, 10-350/5,4, 1-320/18,5, 1-360/5, 1-370/4, 4-270/8, Degussa 1-350/20, 1-360/10, Dresdner Bk. 10-150/6,5, 1-170/2,9, 4-170/4, Hoechst 10-170/5, 1-180/4,4, 4-160/19, Hoesch 10-90/6,9, 10/95/3,95, 10-100/3, 1-95/7,5, 1-100/5, 1-110/3, 4-100/7,5-7, 4-120/3, KHD 4-240/10, Klöckner 10-60/1,5, 1-60/4,55, 1-65/1,6, Lufthansa St. 10-136,5/18,6, 10-160/5, 1-150/12, 1-160/10, 4-160/10,5, Mannesmann 10-150/2,2, 1-150/4,4, 4-150/7,5, 4-160/3,5, RWE St. 1-160/7,85, RWE Vz. 10-160/4,85, 1-160/5,6, Siemens 10-380/12, 10-390/9,1, 1-380/21,9, 1-390/20, 1-400/9,5, 1-410/6, 4-410/10, Thyssen 10-70/5,4, 1-70/8,6, 1-75/4,5, 1-80/2,55, 4-85/2,2, Veba 10-160,11, 10-170/4,4, 1-160/15,6, 1-170/7, 1-180/3,9, VW 10-170/12, 10-180/5, 1-160/12,5, 1-190/6,4, 4-160/32, 4-180/18, 4-210/5, Alcan 1-80/10, Chrysler 10-60/27, 10-70/17,6, 10-75/12,8, 1-80/9, 4-80/11,9, Elf 4-70/7, IBM 1-340/20,8, Norsk Hydro 1-210/12, Philips 1-40/3,7, 4-40/5,8, Royal Dutch 10-130/7,5, 4-140/6,6, Sperry 10/120/2,7, 4-120/10,4, Xerox 4-120/6,4. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-90/2,5, 10-95/5, 1-85/2, 1-90/6, 1-95/8, 4-80/3,6, 4-85/5, BASF 1-160/7, Bayer 10-160/1,7, 1-170/7, BMW 1-350/4, 1-370/12,6, 4-380/12,5, Commerzbank 1-150/5,4, 4-150/8,1, Conti 10-120/4,6, 1-110/2, 1-117/3, 1-120/6,45, 4-110/3,8, Deutsche Bk. 10-320/3,2, 10-330/5,15, 1-310/4, 1-330/11,5, Degussa 10-350/8, Dresdner Bk. 10-164,13, 4-150/8,2, Hoechst 1-160/2, Hoesch 10-90/1,95, 10-95/4,5, 4-85,2, 4-90/4, Karstadt 1-230/8,4, Klöckner 10-60/4, Lufthansa St. 1-150/5,4, Mannesmann 1-136/1,2, 1-140/2,9, Siemens 10-370/4, 1-380/4,2, 1-370/6, 1-380/13, 1-390/16, 4-350/5, 4-360/8, 4-370/11, Thyssen 10-70/1,5, Varta 4-160/5, VW 1-180/10,6, Chrysler 10-80/2, 10-85/4,8, 1-75/1,5, 1-85/7,5, 4-80/6,8, 4-85/9,4, General Motors 1-200/9,4, 4-180/6,1, 4-190/9,4, IBM 1-330/13, 1-340/17, Norsk Hydro 10-190/5, 1-190/5,5, Royal Dutch 10-130/2,1, 1-130/2,9, Sperry 10-110/1,6, 1-110/4,5, Xerox 1-110/7,3.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 8. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11½–11¾	5¼–5½	4¼–4½
3 Monate	11¾–12	5⅝–5⅞	4⅝–5⅛
6 Monate	12 –12¼	6⅛–6⅜	4⅞–5⅛
12 Monate	12⅜–12⅝	6⅜–6¾	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 8. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1455,00	1808,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1225,00	1487,30
5 US-Dollar (Liberty)	450,00	627,00
1 £ Sovereign alt	234,00	289,56
1 £ Sovereign Elizabeth II.	228,00	282,72
20 belgische Franken	179,00	231,42
10 Rubel Tscherwonez	246,00	307,80
2 südafrikanische Rand	228,00	307,80
Krüger Rand, neu	1025,00	1208,40
Maple Leaf	1025,00	1208,40
Platin Noble Man	1005,00	1185,60
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	246,00	307,80
20 schweiz Franken „Vreneli"	184,00	233,70
20 franz. Franken „Napoléon"	184,00	233,70
100 österr. Kronen (Neuprägung)	945,00	1141,14
20 österr. Kronen (Neuprägung)	187,00	235,98
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	447,00	540,48
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	105,00	142,50

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

8. 8. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankfs.-Kurse[4]	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York[3])	2,9139	2,9219	2,8734	2,86	2,95
London[1])	3,802	3,816	3,754	3,75	3,90
Dublin[1])	3,072	3,086	3,0210	2,98	3,13
Montreal[3])	2,2340	2,2420	2,1994	2,18	2,28
Amsterd.	88,805	88,925	88,76	87,50	89,50
Zürich	118,600	118,800	118,70	117,50	120,25
Brüssel	4,941	4,961	4,881	4,80	5,00
Paris	32,500	32,680	32,075	31,75	33,50
Kopenh.	27,355	27,475	27,055	26,25	28,00
Oslo	34,810	34,930	34,27	33,75	35,60
Stockh.**)	34,555	34,715	33,96	33,25	35,00
Mailand[2]) **)	1,624	1,634	1,592	1,59	1,69
Wien	14,2200	14,2600	14,196	14,14	14,36
Madrid**)	1,761	1,771	1,726	1,74	1,86
Lissabon**)	1,925	1,945	1,83	1,45	2,26
Tokio	1,1943	1,1975	–	1,15	1,21
Helsinki	47,620	47,820	46,71	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	6,50
Rio	–	–	–	0,08	0,30
Athen*) **)	2,4950	2,5490	–	2,00	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4775	2,4965	–	2,38	2,48
Johannesbg.*)	1,8020	1,8210	–	1,65	1,90

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Obwohl der US-Dollar am 8. 8. nochmals fast an sein höchstes Vortagsniveau herankam, gingen davon kaum Impulse mehr an eine neue Befestigung aus. Mit Erleichterung wurde am Markt der günstige Verlauf der ersten Versteigerung des Schatzamtes registriert, so daß zumindest heute das Zinsmoment für die Kursbildung keine Rolle spielte. Nach 2,9260 wurde der Dollar um die Mittagszeit zwischen 2,9150 und 90 gehandelt mit einer amtlichen Notiz von 2,9179, wobei die Bundesbank 5,5 Mill. Dollar abgab. Am Tagesgeldmarkt in New York wurden zu Beginn des Handels leicht ermäßigte Sätze von 11½ Prozent genannt, die für den weiteren Rückgang des Dollars auf 2,9050 mit verantwortlich waren. Optisch geringe Auswirkung hatte die Senkung des Basiszinssatzes in England um ½ auf 11½ Prozent, denn der Kurs des Pfundes gab lediglich um 3 Punkte auf 3,809 nach. Die Kursentwicklung der übrigen verlief uneinheitlich. US-Dollar in: Amsterdam 3,2860; Brüssel 58,92; Paris 8,9485; Mailand 1780,50; Wien 20,4980; Zürich 2,4582; Ir. Pfund/DM 3,079; Pfund/Dollar 1,3054; Pfund/DM 3,809.

Ostmarkkurs am 8. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Im Verlauf leicht nachgebene Euro-Dollar-Zinssätze führten am 8. August zu einer Verringerung der Terminabschläge für US-Dollar gegen D-Mark.

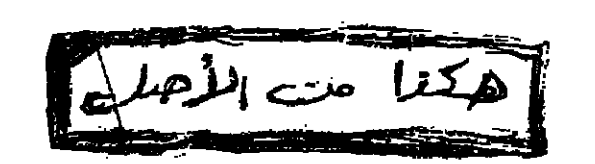
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,61/1,51	4,62/4,52	8,35/8,15
Pfund/Dollar	0,01/0,01	0,13/0,16	0,55/0,60
Pfund/DM	2,80/1,40	6,40/5,00	9,80/8,40
FF/DM	24/8	58/42	105/89

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 8. 8.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,8–5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 6,0–6,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 8. 8.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 8. 8.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 6,90. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,40, Rendite 7,90.



Die Zeit in der Linse

P. D. – „Das Auge der Zeit ist blind", schrieb der jüdische Dichter Immanuel Ha-Romani im 13. Jahrhundert. Aber ist das Auge auch für die Zeit blind? Kann man die Zeit sehen? Kann man sie sogar photographieren? Die Zürcher Firma Türler, die nun schon seit hundert Jahren Uhren baut, fand, darüber sollten sich einmal ein paar bekannte Photographen den Kopf zerbrechen. Und so entstand ein höchst ungewöhnliches Photobuch mit dem einfachen Titel „Zeit" (Verlag Photographie, Schaffhausen).

Wie wird darin das Problem angegangen? Nun, Josef von Mentlen z. B. stellt jeweils zwei Bilder nebeneinander: hie saftige Weintrauben, da das volle Weinglas, hie nagelneue Farbstifte, dort dieselben unregelmäßig abgespitzt, hie ein paar Roggenähren, da das Brot. Das ist natürlich nicht sonderlich originell und geht über den alten Stummfilmtopos der weitertickenden Uhrzeiger oder des sich entblätternden Blumenstraußes nicht hinaus.

Katharina Kraus-Vonow ordnet den Wochentagen einige versponnene Schwarzweiß-Selbstporträts zu. Sonntags bietet sie sich hinter durchsichtigem Tüll der Sonne dar, montags hält sie besinnlich einen leuchtenden Mond in Händen, donnerstags gibt sie sich hamletisch mit Totenschädel in der Hand und Zweigen im Haar, während sie sich für samtags hinter einer Katzenmaske verbirgt und mit einem Leuchtstab einen Kreis malt. Franco Fontana erklärt dagegen: „Photographien sind mehr als Abbilder von Momenten" – und hält sich an die verwitterten Reste antiker Bauwerke, an Säulen und Gemäuer mit Spuren der Vergänglichkeit. Auch nicht das Gelbe vom Ei!

Kann man „Zeit" photographieren? Wohl nicht. Denn „der Verstand vermag niemals, was die Zeit vermag", orakelte schon unser Ha-Romani im 13. Jahrhundert.

Chargen der zweiten Reihe: Deutsche Filmklassen

Einmal ein Profi sein!

Verwöhnt sind sie nicht gerade, die Studenten der Filmklassen deutscher Fachhochschulen, Gesamthochschulen und Kunstakademien. Ausgebildet werden sie im Handwerk der filmischen Sprache. Doch sich damit dann eine berufliche Zukunft aufzubauen ist ihnen in den letzten Jahren nicht gerade *einfach* geworden. An die Filmförderung von Bund und Ländern für die so oft und gern debattierten *„Profis" kommen sie kaum* heran. Auch die direkten Kontakte zu den öffentlich-rechtlichen Medien wollen erst geknüpft *sein: Die* stehen zunächst einmal den Absolventen der „Deutschen Film- und Fernseh-Bildungsstätte" in Berlin sowie der Münchner Film- und Fernsehakademie offen. Als letztes Glied der Filmer, als Chargen der zweiten Reihe zu gelten, drückt sich in Prozenten aus. Nur etwa 30 Prozent der Filmklassen-Absolventen finden – zumeist in der Werbung – eine Anstellung. Grund genug, um sich den potentiellen „Abnehmern" beim ersten Treffen fast aller Hochschulen direkt vorzustellen.

Man machte Nägel mit Köpfen, verzichtete auf die erst eingeplante *Anwesenheit von Verantwortlichen* der Landesfilmförderung und holte statt dessen Repräsentanten des Goe*the-Instituts, der Werbung* und der Presse auf das Podium. Daß die üblichen finanziellen Engpässe dem Goethe-Institut *Grenzen* setzen, wurde den etwa hundert Filmstudenten schnell verdeutlicht. Etwa 80 Filme seien derzeit im Verleih des Instituts, berichtete der Referent für Spiel- und Experimentierfilm, Uwe Schmelter, aus München. Etwa fünfzig Autoren seien damit international vertreten, hiervon immerhin dreißig als gewesene oder Noch-Studenten – mehr sei finanziell nicht durchführbar.

Da konnte Axel Bieberstein schon andere Hoffnung wecken. Er vertrat eine große Werbefilmagentur und bekräftigte, daß an pfiffigen Ideen in dieser Branche stets Bedarf herrsche. Zwiespältig wurde der Beitrag des Programmplaners Horst Buttenbender vom Südwestfunk aus Mainz aufgenommen. Mit großer Aufmerksamkeit registrierten die jungen Filmstudenten seine einleitenden Worte. Einen Mangel an „Innovation und Kreativität" kritisierte da der Medienvertreter im täglichen Fernsehprogramm. Der Bewährungsdruck durch *die anstehenden Projekte der Neuen* Medien war durchaus zwischen den Zeilen herauszuhören. Eingesandte kurze Videostreifen der Fachhochschule Paderborn hätten sein Interesse für studentische Arbeiten geweckt, bekundete Buttenbender.

Sein Angebot an die Studenten wurde jedoch zweifelnd aufgenommen. Das bezog sich nämlich vor allem auf den Typus des „Allround-Kamera-Berichterstatters", der an die Stelle des bisherigen Kamera/Textteams als fliegender Windhund der Fernsehreportage treten solle. Nicht ohne Grund verwiesen die Filmstudenten darauf, daß bereits jetzt ihre Ausbildungsmöglichkeiten nicht gerade optimal seien. Ohne fundierte journalistische Ausbildung aber sei ein Einsatz in der täglichen Berichterstattung schwer möglich.

Ihnen schwebt statt dessen eher *ein Durchbruch der Mittelmäßigkeit* vor, mit der im Großapparat Fernsehen oft Textinhalte ins Bild umgesetzt würden. *Und Professor Lutz* Mommartz, Leiter der Filmklasse der münsterschen Kunstakademie, *schlug eine Kooperation der Medien* mit den Klassen insgesamt anstatt nur mit Einzelanbietern vor. Das, so Buttenbender, sei aber strukturell für den Funk schwierig.

Immerhin waren sich die Filmklassen einig, regelmäßig zusammenzukommen und dabei auch „inhaltliche und ästhetische Fragen" zu bereden. Das kann nur begrüßt werden. Für die per Presseerklärung erhobene Forderung, „einen Senderaum in den Länderprogrammen von ARD und ZDF" zu erhalten, ist es in dieser Pauschalität wohl noch zu früh. Es wäre auch unter Qualitätsgesichtspunkten so kaum wünschenswert.

HERMANN SCHMIDTENDORF

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Titanic"

Minimaler Lacheffekt

Von Zeit zu Zeit muß sich der Zeitschriftenrezensent der Misere der deutschen Witzblätter zuwenden. Da er *ein* Otto-Waalkes-Fan ist, griff er zur August-Ausgabe von „Titanic / Das endgültige Satiremagazin", auf *dessen Titelblatt Blödel-Otto, mit* Sportutensilien behangen, prangt. Motto: „Der olympische Friede ist bedroht."

So gut diese Werbe-Idee ist – auf den vier Otto-Seiten kommt man nicht ganz auf seine Kosten. Es ist wie in den Otto-Büchern: Das Wort allein macht's nicht bei ihm, und die Fotos deuten nur an, was hinzukommt. Ein Beispiel aus dem Interview mit Waalkes, dem Olympia-Sieger im Dressurschreiten: „Ich lasse mich nicht vermarkten. Ich bin und bleibe der nette Junge von nebenan. Ist das klar?" Wer das liest, muß keineswegs lachen – der Lacheffekt steckt in der mimi*schen Motorik, mit der das vorgetanzt* wird, und in den quieksenden Schreien, mit denen Otto sich selber auf die Schippe nimmt. Wie sagt doch im Blatt innen die Schlagzeile? „Friesland: Gold! Danke!"

Gewiß, es hat zuweilen Witziges in dem Blatt. Daß die Liste der „Sieben peinlichsten Persönlichkeiten" von einem Mann, der mutig seinen linken Freunden die Leviten liest, und dann vom Bonner Regierungssprecher, angeführt wird – das dürfte niemanden wundern. Aber dann geht es unerwartet weiter: „1. Yves Montand (Traumpräsident / 2. Peter Boenisch (Traummann) / 3. Fritz Raddatz (Trauma) ..."

Aber solche Pointen sind doch etwas spärlich gesät. Bei den *drei* Seiten Parodien über das Thema „Mein schönstes Ferienerlebnis" ist am interessantesten die Auswahl der Parodierten: Peter Handke, Nena, Jupp Derwall, Prof. Carstens, Johannes Gross, Petra Kelly, Nastassja Kinski, Hans Rosenthal, Helmut Kohl, Hans Jochen Vogel, Rudolf Heß. Da sieht man doch, wer prominent ist in unserer Gesellschaft. Die Parodien selbst sind zu lang; sie müssen über Inhalte zu wirken suchen; weil sie nicht zum Wortwitz finden. Robert Neumann dreht sich im Grabe um ...

Überhaupt ist das Lähmende an diesem *„endgültigen Satiremagazin"* das Vorherrschen der Allgemeinheiten, das Schablonenhafte. Etwa zu *Georg Leber: „Bei Metall-, Druck-* und anderen Industrien Interessen zu vermitteln, das ist der rechte Lebersinn. Schlichter sind Sie schlechthin – denn schlichter als Sie ist gewiß keiner." Wirklich, schlichter als in diesem redaktionellen Brief an Leber geht es wirklich nicht. Typisch ist, daß die gleiche Redaktion auch die Gutsherren vornimmt. Man kann gar nicht genügend Pappkameraden aufstellen.

Allerdings kommt in diesem Blatt manchmal doch – wenn auch auf Umwegen – heraus, wer die „Gutsherren" von heute sind. Z. B. in einem sechs Seiten langen Foto-Roman über die FDP, in dem mit dieser Partei nicht gerade sanft umgesprungen wird. Es sind alle führenden Köpfe dieser Partei auf den Fotos vertreten: von Scheel, Genscher, Lambsdorff, Mischnick über Ertl, Hamm-Brücher bis zu Bangemann, Engelhard, Adam-Schwaetzer, Möllemann und Haussmann.

Doch plötzlich beginnt man zu überlegen: Da fehlt doch einer ... (Wir meinen nicht etwa den Ronneburger.) Die „Titanic"-Redaktion *scheint* ihre Leser *nicht* sehr hoch einzuschätzen. Sie meint wohl, es würde keiner merken, wer da aus dem FDP-Massaker ausgenommen wurde, weil unsere Frust-Schickeria ihn sich als Kumpan für später aufbewahren möchte.

ANTON MADLER

Uraufführung bei den Salzburger Festspielen: Luciano Berios König-Lear-Oper „Un Ré in ascolta"

Calibans Olympiade im Zirkustrikot



Er zwingt das Disparate zusammen: Theo Adam als Theaterkönig Prospero in der Berio-Uraufführung der Salzburger Festspiele FOTO: RABANUS

Der König, der *da auf das* Geschehen um sich her horcht, tiefer wohl aber noch in sich hinein, ist Prospero, Herr über Shakespeares Zauberinsel im „Sturm". Gleichzeitig ist diese Zauberinsel aber auch das Musiktheater, auf dem gerade lebhaft eine Probe im Gange ist, und Luciano Berios Prospero ist Herrscher über dieses Theater, sein Diaghilew sozusagen, sein Laurence Olivier, sein Theo Adam *oder sein Karajan* – und natürlich sein Berio.

„Ein König horcht" („Un Ré in ascolta"), von den Salzburger Festspielen in Auftrag gegeben und nun mit riesigem Aufgebot im Kleinen Festspielhaus uraufgeführt, möchte immer mehr sein als Oper und grundlegend anders. Gleichzeitig aber nimmt die „azione musicale" (wie sich Berios Stück im Untertitel nun nennt) in Kauf, keine waschechte Oper zu sein, sondern ein Flatterwerk, das trotz heftigen Schwingführens nie wirklich abhebt ins sehnsüchtig erhoffte musiktheatralische Neuland.

Auf die alte Oper verweisen die noch immer von Berio bevorzugten Formverläufe. Sie nennen sich Arie, Duett, Ensemble. Aber sie schließen sich nicht mehr zu einer durchgehenden Handlung zusammen. Sie spinnen sich einem reichen Klangfarbenteppich ein, an dem Stimmen wie Instrumente gleichrangig weben. Berio breitet ihn knapp zwei Stunden lang (einschließlich Pause) hochflorig aus.

Auf ihm aber vollzieht sich dramatisch nichts Schlüssiges. Es wird sin*gend nachgedacht und gegrübelt,* diskutiert, gestritten, beiseite geschoben, neu geprobt. Und glücklicherweise treffen bei der Opernprobe nacheinander mehrere Damen zum Vorsingen ein. Sonst hätten König wie *Publikum gar nicht* viel zu erhorchen. So aber hangelt sich die „azione" wieder um eine in sich ruhende Nummer weiter, die sich als musikdramatisch geschlossene Szene versteht. Die Vorsängerinnen sind dabei auf luxuriöse Salzburger Art, die sanftstimmige Karan Armstrong, die koloraturfreudig girrende Sylvia Greenberg und im ausdrucksreichsten, einzig vom Klavier begleiteten Arienlied Rohangiz Yachmi. Die Aufführung ist vorzüglich.

Dafür sorgen zu gleichen Teilen Lorin Maazel, Götz Friedrich und Günther Schneider-Siemssen. Maazel ruft die Wiener Philharmoniker zu kühl-schneidigem Vortrag auf. Moderne wird von ihm scharfäugig *durchexerziert. Die* Partitur ersteht wie gestochen im Klang. Aber es könnte wohl sein, daß Berio sich das *sinnende Dahindämmern* und *Verlöschen* seines Königs doch musikalisch etwas warmherziger vorgestellt hat, als Maazel es dem Paradeorchester abfordert. Berios nie erschlaffende Intensität wird von Maazel mit Autorität nachvollzogen, der Reiz der vielfarbigen Instrumentation virtuos ausgekostet. Doch anrührend oder beteiligend gar klingt Berios Komposition unter Maazels Hand nur selten. Die glitzert in kalter Pracht zu Füßen der nackten Bühne.

Daß sie allerdings nicht lange nackt bleibt, dafür sorgen vereint mit ausgezeichneten Kräften Götz Friedrich und Schneider-Siemssen. Sie haben schließlich das Stück, das Berio zu zeigen strikt verweigert, auf die *Bühne zu bringen; das Unanschauliche* sichtbar zu machen, Berios Denkvorgänge und Denkanstöße aus ihrer Kantatenhaftigkeit zu befreien. Denn an Aktion bietet Berios „azione musicale" so gut wie nichts. Das ändern Regisseur und Bühnenbildner gemeinsam gründlich, und darüber hinaus sind die Kostüme von Rolf Langenfass von phantastischer Einfaltsfreude.

Auf Prosperos Welttheater, von Schneider-Siemssen mit genialem technischen Kalkül imaginiert, läßt Friedrich eine Probe ablaufen, von der man freilich nie ahnt, ob sie tatsächlich Shakespeares „Sturm" gilt oder nicht doch einem noch unaufgeführten neuen Hit von Andrew Lloyd Webber: Ein Zirkusmusical etwa, in dem Prospero nur Stellvertreter Roncallis ist. Die landläufige Dame wird vor aller Augen in ihrem Kästchen zersägt. Man schluckt nimmersatt Feuer. Man tummelt sich leichtfüßig hoch auf dem Seil. Er setzt bodenturnend fort und fort ein kleines Olympia im Zirkustrikot.

Wie sein eigenes Denkmal steht inmitten der Betriebsamkeit weiß und schlank Samy Molcho als Ariel, dem Berio sogar ein Duett mit Helmut Lohner in den Schweigemund legt. Das liest sich als Idee hübsch auf dem Papier, doch kommt auf der Bühne dabei leider nicht mehr heraus als ein landläufiges Melodram, das Lohner mit Energie vorträgt. Er ist Caliban, der bei Berio freilich zu zusätzlicher intellektueller Verwirrung Freitag heißt und damit an Robinson Crusoes treuen Begleiter erinnert.

Italo Calvino verdankt das Werk seine dichterisch reichsten Texte. Aber viel hat offenbar Berio in den Nicht-Ablauf der Gesamtkonzeption eingebracht. Doch Friedrich findet auch dafür ruhige und zwingende Bilder. Wie menschlicher Schmuck hängen bunt die Körper von der hochgekanteten Steilwand, wenn als die „Prot- agonistin" Patricia Wise mit ihrem schlackenlosen Sopran tiefsinnig von Prospero Abschied nimmt. Aber *ist das nicht vielleicht noch einmal, schwerleibig nachkomponiert,* der Abschied der Jugend von Raimunds *„Bauer als Millionär"?*

Prospero ist Theo Adam, ein Theaterregent, wie er im Buch steht, leibhaftig. Er singt die Arienmonologe nach Vorschrift im Original-Italienisch. Dazwischen setzt es Szenen auf Deutsch. *Die* Aufführung schlingert unverständlicherweise in zusätzlicher Esoterik durch beide Sprachen. Doch in jeder drückt sich Adam künstlerisch aufs reichste aus. Zwei Stunden lang hält er das Disparate zusammen mit dem Adel seiner Präsenz. Heinz Zednik als Regisseur ist ihm ein wendiger Gegenspieler. Sogar das Publikum spielte diesmal erfreulich mit. Es bereitete Berio, dem bald Sechzigjährigen, hochachtungsvoll einen großen Empfang.

KLAUS GEITEL

Schallplatte: M. Bilson spielt Mozart-Konzerte

Fortepiano contra Flügel

Nun sollen wir unsere Ohren wieder einmal auf einen anderen, neuen Klang einstellen, der indes eigentlich der alte, originale sein soll: Mozarts Klavierkonzerte, die uns auf Platten bisher allein mit der Prachtfülle unseres modernen Flügels entgegenklingen, sollen nun allesamt auf dem historischen Instrument des Hammerflügels eingespielt werden. Der amerikanische Pianist Malcolm Bilson, Professor an der Cornell University, hat sich für dieses Groß-Unternehmen der Archiv-Produktion Mozarts geliebtes Wiener Walter-Fortepiano nachbauen lassen, da er, wie es heißt, an Originalinstrumente nicht herankommen konnte. An den Start ging man klugerweise nicht sogleich *mit einem der späten großen* Konzerte, sondern mit dem frühen Geniewurf des „Jeune-homme"-Konzerts *K. V. 271 und mit* dem K. V. 413, dem ersten der drei Wiener Konzerte, mit denen Mozart die Gunst der Wiener gewinnen wollte.

Haben wir also jetzt den einzig richtigen, den authentischen Mozartschen Klavierkonzert-Klang? Nun, da alles Mozart-Spiel, selbst auf originalen Instrumenten, angesichts einer unvollständigen Überlieferung immer nur ein Annäherungswert an das authentische Klangbild sein kann, stellt sich hier wohl eher die Frage nach dem Gewinn solch historisierenden Interpretationsansatzes. Und der ist, unumwunden gesagt, erstaunlich groß.

Unverkennbar allein schon der Gewinn an Transparenz und Farbigkeit, die u. a. aus den kräftigeren, deutlich *unterscheidbaren Registerfarben des* Hammerflügels resultiert. Hinreißend auch die schöne, zarte Trockenheit des Tons, dem doch nie etwas Staubig-Antiquiertes anhaftet. Glenn Gould hatte uns ja seinerzeit eine Ahnung davon gegeben, wie trocken und doch „heilig-nüchtern" man Mozart spielen kann. Obwohl mit hoher Virtuosität präsentiert, wirkt der Solo-Part hier auch weit weniger vordergründig-brillant als von einem unserer modernen „Neuzeit-Flügel", insgesamt intimer und völlig unaffektiert und bezaubernd gefühlsfrisch.

Sein Kombattant bei diesem ehrgeizigen Mozart-Projekt ist John Eliot Gardiner, der sich bei dieser Gelegenheit nicht scheut, geehrte Götter der Mozart-Interpretation von ihrem Thron zu stoßen. So etwa Karl Böhm, den er der argen Verfälschung der Mozartschen Ideen beschuldigt, da Mozart bei ihm klinge wie Bruckner, die Orchesterfarben sich in nichts unterschieden. Ihm aber, Gardiner, sei es primär um Sprache und Inhalt zu tun, einerseits um die Synthese der Bläser mit dem Solisten, was bei Mozart verschüttet worden sei, andererseits um das operndramatische Element in den Klavierkonzerten.

Nun, die Väter von ihrem Postament zu holen, ist eines, ein anderes, sogleich den großen, glänzenden und perfekten Gegen-Entwurf zu liefern. Gardiners Darstellung mit den „English Baroque Soloists" hat ohne allen Zweifel heiteren Schwung, dramatischen Pep und ist vor allem völlig frei von Gefühligkeit und jenen fragwürdigen Manierismen, mit denen sich Harnoncourt mitunter Mozarts Werk nähert. Doch zwischen Bläsern und dem Solisten herrscht leider keineswegs immer glücklichstes Gleichgewicht. Bemerkenswert allerdings ist der wunderbar austarierte Dialog von Solist und Orchester in den langsamen Sätzen, speziell im Andantino des „Jeune-homme"-Konzerts, wo sich die Partner in hingebungsvollem Gesang zusammenfinden. (DG 410 905-1.)

KLÄRE WARNECKE

New York: „Abstrakte Malerei und Skulptur"

Frische Sorglosigkeit

Was in der amerikanischen Kunstwelt der 20er und 30er Jahre vor sich ging, ist bisher kaum in Ausstellungen dokumentiert worden. Zwar kennt fast jeder die Regionalisten wie Grant Wood oder Andrew Wyeth – doch gab es auch abstrakte Künstler?

Wie eine Ausstellung „Abstract Painting and Sculpture in America: 1927–1944" im New Yorker Whitney Museum zeigt, blickten die wenigen amerikanischen Künstler, die sich da*mals mit* Abstraktion beschäftigten, zunächst nach Europa. Nach Paris natürlich, das so bedeutende Bewe*gungen wie den Kubismus und den* Surrealismus hervorgebracht hatte. Nach Holland, wo Piet Mondrian und *die Gruppe de Stijl mit neuen Formen* experimentierten. Nach Deutschland, wo im „Bauhaus" Künstler eine neue Ära der Formgebung heraufziehen sahen. Und schließlich in die UdSSR, wo der russische Konstruktivismus ähnliches versuchte.

Seit der Armory-Show 1913, die amerikanische Künstler erstmalig mit den wichtigen neuen europäischen Kunstrichtungen konfrontierte, war Europa aus dem künstlerischen Bewußtsein Amerikas nicht mehr wegzudenken. Namhafte amerikanische Künstler wie Marsden Hartley und Georgia O'Keeffe begannen sich mit transatlantischem Gedankengut auseinanderzusetzen, gaben jedoch diese europäische Ausrichtung wenig später auf der Suche nach einem „Purismus, der bei uns selbst gewachsen ist" (Hartley) wieder auf. Eine kleine Gruppe jedoch blieb weiter auf dem Weg der Abstraktion, darunter Alexander Calder, Tony Smith, Theodore Roszak, Stuart Davis, Achille Gorky und Charles Biederman. Hinzu kamen Zuwanderer aus Europa, die nicht nur selbst bereits anerkannte Größen waren, sondern zudem wichtige Lehrpositionen bekleideten und auf die nächste Generation amerikanischer Künstler von großem Einfluß sein sollten: Joseph Hofmann, Ilya Bolotowsky, Joseph Albers und Piet Mondrian.

Die 140 Arbeiten im Whitney Museum zeigen, daß hier eine Gruppe von Künstlern große Anregungen verarbeitete und in einen eigenen bzw. neuen kulturellen Kontext umzusetzen versuchte. Mögen Burgoyne Dillers abstrakte Kompositionen in leuchtenden Primärfarben noch so sehr an Mondrian erinnern und wirkt das Werk von John Sennhausen zeitweilig wie schwacher Kandinsky, so spürt man bereits im Werk von Stuart Davis ein genuin amerikanisches Idiom: Davis' lockere, z. T. gänzlich abstrakte Kompositionen sind in ihrem Nebeneinander von Primär- und Pastellfarben und ihrer frechen, fast cartoonhaften Sorglosigkeit frisch und von einem gänzlich anderen Geist beseelt als die seiner Zeitgenossen. Ähnliches gilt für Alexander Calder, der sich von einem längeren Paris-Besuch zwar inspirieren, nicht jedoch aus seinem künstlerischen Gleichgewicht bringen ließ: Die biomorphen Formen von Arp und Miro, *die Primärfarben von Mondrian, die* Maschinen-Bildersprache der Konstruktivisten tauchen zwar alle in seinem Werk auf, sind aber zu einer gänzlich eigenen Schöpfung geworden. Auch Achille Gorky verwebt europäische Anregungen zu einem neuen, poetischen Idiom. Während die schwächeren seiner Kollegen meist nur eine eindimensionale, flache Version des europäischen Vor*bilds liefern, kämpft Gorky mit male*rischen Dämonen, die weit über das schlicht Formale hinausgehen.

Die Jahreszahlen für die Ausstellung, 1927–44, sind aus gutem Grund gewählt. 1927 begann nämlich Stuart Davis mit einer Serie total abstrakter Bilder, der sog. „Eggbeater Series". *Und 1944 war das* Todesjahr Mondrians und gleichzeitig das Jahr, das den Beginn des Abstrakten Expressionismus markierte: der Bewegung, die das Gleichgewicht der Kunstwelt entscheidend verändern und New York zur neuen Kunst-Metropole machen sollte. (Bis 9. Sept. '84, Katalog: 20,00 Dollar.)

VERA GRAAF

Transatlantischer Austausch: „Airport Structure", 1932, von T. Roszak. FOTO: DIE WELT

KULTURNOTIZEN

„Jugend formt Keramik" heißt das Thema des von der Rosenthal AG in Selb ausgeschriebenen Mathildenhöhen-Preises.

Mit einer „Biennale an der Ruhr" soll die Kunstszene Ruhrgebiet vom 2. September bis zum 21. Oktober in der Städtischen Galerie Schloß Oberhausen vorgestellt werden.

Stralsunds Geschichte dokumentiert das Haus des Deutschen Ostens in Düsseldorf aus Anlaß des 750jährigen Jubiläums der Hansestadt (bis 28. September).

„Spielen und Träumen" *heißt das* Motto der ersten Kinderkulturwoche, die die Stadt Dorsten vom 3. bis 9. September veranstaltet.

Die Universität Duisburg soll für 17,5 Millionen Mark ein Hochspannungslabor erhalten, das sich auf die Erforschung neuer Kabeltechniken spezialisieren wird.

Münsters „Freie Künstlergemeinschaft Schanze" zeigt bis 20. August 46 Gemälde, Skulpturen und Objekte ihrer Mitglieder.

Wolfgang Herbst zeigt in seiner ersten Einzelausstellung vom 15. August bis 16. September rund 80 Gemälde und Zeichnungen im Düsseldorfer Stadtmuseum.

Hertha Thiele, deutsche Filmschauspielerin („Mädchen in Uniform", „Kuhle Wampe") ist 76jährig in Ost-Berlin gestorben.

JOURNAL

Wenders „Paris/Texas": Einstweilige Verfügung

jn, Berlin

Der Streit um den deutschen Vertrieb des in Cannes mit der Goldenen Palme ausgezeichneten Films „Paris/Texas" von Wim Wenders geht weiter. Nachdem Wenders den Verleihvertrag mit dem „Filmverlag der Autoren" gekündigt hatte (vergl. die WELT vom 4. August), erwirkte jetzt eine Tochterfirma des Verlags, die Berliner „Pro-Jekt Filmproduktion", eine einstweilige Verfügung gegen den Regissseur, in der ihm untersagt wird, „öffentliche Erklärungen abzugeben, die den Bestand und die Fortführung des Verleihverstrags betreffen". Der Anspruch des Verlags der Autoren auf den Wenders-Film bestehe weiter, heißt es, da die „Pro-Jekt Filmproduktion" Koproduzent von Wenders gewesen sei und sich mit 300 000 Mark an den Produktionskosten beteiligt habe. Insgesamt beliefen sich die Produktionskosten von „Paris/Texas" auf 5 Millionen Mark. Wenders hatte dem Verlag der Autoren vorgeworfen, daß er den Film mit nur 30 Kopien herausbringen wolle.

Henselmann stiftet kulturellen Ehrenpreis

jn, München

Der Bildhauer Prof. Josef Henselmann hat den ihm von der Stadt München verliehenen kulturellen Ehrenpreis 1984 (20 000 Mark) der Kunstakademie München gestiftet. Das Geld soll künftig zur Förderung bedürftiger begabter Kunststudenten der Bildhauerei verwandt werden. Außerdem sollen Werkzeuge für Studienabgänger davon gekauft werden. Prof. Henselmann hatte *den Preis für seine Verdienste beim* Wiederaufbau der Kunstakademie zugesprochen bekommen.

Höhlenmalereien in Spanien entdeckt

AFP, Huesca

Felsenmalereien aus der Jung*steinzeit* sind von *einer Gruppe* jugendlicher Camper in der Region Estadilla (Aragonien) im Nordosten Spaniens entdeckt worden. Experten schätzen nach einer ersten Untersuchung das Alter der Fresken auf 3000 bis 4000 Jahre. Die in zwei nebeneinanderliegenden Höhlen gefundenen Malereien stellen in Schwarz und Rot gezeichnete Tiergruppen dar. Die entdeckten Höhlenmalereien sind in Größe und Anzahl die bedeutendsten ihrer Art in Aragonien. Die Forscher wollen jetzt zusätzliche Untersuchungen in der Region beginnen, in der Hoffnung, weitere Malereien zu finden.

Konkurrenz polnischer Autorenverbände

gör, Berlin

Laut KP-Blatt „Gazeta Robotnicza" hat die in Konkurenz zum neu gegründeten „Polnischen Literatenverband" agierende „Vereinigung Polnischer Autoren" bereits mehr Mitglieder als der Literatenverband, nämlich mehr als 700, während der Literatenverband, die von der KP verordnete Nachfolgeorganisation des aufgelösten Schriftstellerverbandes, nur mit 639 aufwarten kann. Außerdem gebe es in 17 der 49 Woiwodschaften bereits Regionalverbände. Die im Dezember 1982 gegründete „Vereinigung" arbeite eng mit der neuen „Patriotischen Bewegung der *nationalen* Wiedergeburt" von General Jaruzelski zusammen. Polnische oppositionelle Schriftsteller *berichten* dazu, daß die „Vereinigung" bewußt als Konkurrenz zum Literatenver*band gefördert* werde.

Gody Suter †

jn, Zürich

Der Zürcher Publizist Gody Suter starb kurz vor Vollendung seines 65. Lebensjahres in seiner Wahlheimat New York. Lange Jahre war er *politischer Korrespondent* des „Berliner Tagesanzeigers". Zudem wurde er als Theater-, Kabarett-, *Fernseh- und Literaturkritiker* bekannt. Aufsehen erregte sein 1966 veröffentlichtes Buch „Die großen *Städte: Was sie zerstören* und was sie retten kann" – ein Plädoyer für die Großstadt und gegen die grüne Zersiedelung. Bereits 1953 griff Gody Suter die Idee des später realisierten Hansaviertels in Berlin auf.

Vercingetorix hat seinen Helm wieder

AFP, Clermont-Ferrant

Der Gallierhäuptling Vercingetorix hat seinen Helm wieder: Die 26 Meter hohe Steinskulptur auf dem Gipfel des Puy-de-Dome in der Auvergne, die an den Sieg des Galliers über Julius Cäsar *anno* 53 v. Chr. erinnert, war zweimal vom Blitz getroffen und schwer beschädigt worden. Ein erstes Mal im April 1981, ein zweites Mal im Juni 1983. Der Held von Gergovia hat nun dank der Künste eines ortsansässigen Steinmetzen seine Kopfbedeckung wieder, die der gallischen Legende nach seinen Träger davor bewahrt, daß ihm der Himmel auf den Kopf fällt. Das im Jahre 1898 errichtete Monument wird jährlich von 70 000 Touristen besucht.

Millionen dabei, wenn Schränker den Safe der „Andrea Doria" knacken

Von HEINZ KLUGE-LÜBKE

So rätselhaft der Untergang des italienischen Luxusliners „Andrea Doria" am 26. Juli 1956 westlich Nantucket-Feuerschiff (Ostküste USA) noch immer ist, so geheimnisvoll ist auch der Inhalt eines Tresors, der 25 Jahre lang im schlammigen Dunkel des Wracks lag, ehe er vor drei Jahren geborgen werden konnte. Erst jetzt aber steht die Lösung des Geheimnisses an, wenn „Safeknacker" aus Großbritannien den knapp zweieinhalb Tonnen schweren Panzerschrank am 16. August öffnen. Bis dahin rätseln Versicherungen, Banken, Anwälte, rätselt die Reederei in Genua, vor allem der Amerikaner Peter Gimbel (56) über den Inhalt:

Birgt der „Container" wirklich Schmuck, wichtige Unterlagen, hohe Geldbeträge und Schecks der 1134 Passagiere, unter ihnen Millionäre, betuchte Künstler, Manager und Politiker? Oder konnten nach dem Kommando „Alle Mann in die Boote!" einige Besatzungsangehörige im allgemeinen Tohuwabohu den Tresor noch schnell „ausräumen"?

Kommenden Donnerstag will Gimbel endlich das Geheimis der verrosteten Stahlkiste lüften. Der Taucher, Millionär und Filmproduzent – verheiratet übrigens mit der aus Dortmund stammenden Schauspielerin Elga Andersen, Steve McQueens Partnerin in „Le Mans" – suchte angeblich bis jetzt eine US-Fernsehanstalt, die diese „Show" und seinen 85-Minuten-Dokumentarfilm „Andrea Doria: Das letzte Kapitel" live sendet. Und auch gut bezahlt, schließlich soll die Bergung des einen Safes Hunderttausende Dollar gekostet haben. Zwei weitere gingen den Jägern übrigens durch die Lappen.

Für Gimbel wurde die gesunkene „Andrea Doria" sehr schnell zur fixen Idee. Bereits einen Tag nach ihrem Untergang tauchte er die 70 Meter hinab zum Wrack des 30 000-Tonnen-Riesen, um Tresore oder andere wertvolle Gegenstände zu bergen; aber er gab auf: „Ich hatte Angst." Nicht zu Unrecht. Ein anderer Amerikaner bezahlte seinen Traum vom schnellen Reichtum mit dem Leben: Er verlor die Orientierung und erstickte.

Die mediengerechte Schatztruhen-Öffnung ist glänzend organisiert. Die US-Bundesbank (Washington) hat Gimbel jedenfalls zugesichert, alle im Tresor befindlichen Banknoten zu ersetzen, falls sie beim Öffnen durch die Luftberührung zerfallen sollten oder soagar schon zerfallen sind, sofern die Seriennummern noch zu erkennen sind. Ist das ein zusätzlicher Grund für Gimbels große „TV-Schatzschau"? Die Kameras könnten immerhin die Seriennummern der Banknoten dokumentarisch festhalten.

Obwohl die Versicherungen bisher sieben Millionen US-Dollar Entschädigung an Passagiere und Besatzungsmitglieder gezahlt haben, rechnen Fachleute immer noch mit gerichtlichen Auseinandersetzungen: Wer hat heute überhaupt noch Ansprüche auf den Tresor und seinen Inhalt? Die Bank von Rom, die Reederei, die Versicherungen, die Einlieger, die der Ansicht sind, zuwenig für ihren Verlust erhalten zu haben? Die Schwierigkeit ist nur die: Die Inventarlisten der Schiffstresore, die über den Inhalt genaueste Auskunft geben könnten, sind verschollen. Verschollen auch das Logbuch, so daß die Seeamtsverhandlung in New York den genauen Ablauf der Katastrophe nicht klären konnte. Wie dem auch sei – Taucher Gimbel erwartet jedenfalls den Löwenanteil: „Ohne meine Tauchexpedition wäre nichts gelaufen."

Zur Katastrophe kam es in der Nacht zum 26. Juli 1956, gegen 23.10 Uhr. In dichtem Nebel kollidierte die „Andrea Doria" während ihrer 101. Atlantik-Überquerung mit dem schwedischen Passagierschiff „Stockholm" (12 396 BRT). Der Vordersteven des Schweden bohrte sich in Höhe des Oberdecks auf der Steuerbordseite zwölf Meter tief in den schwarzen Rumpf des Luxusliners, der sofort Schlagseite bekam. 52 Passagiere starben im Augenblick der Kollision. Nach fast elf Stunden versank das Schiff.

Die Schuldfrage wurde von den Versicherungen so aufgeteilt: 70 Prozent für die „Andrea Doria", 30 für die „Stockholm". Für eine Million Dollar repariert, nahm sie ihren Transatlantikdienst wieder auf, bis sie 1960 an die „DDR" verkauft wurde. Aus ihr wurde die „Völkerfreundschaft".

Gerüchte, die dem italienischen Schiff „Konstruktionsfehler" und „mangelnde Seetüchtigkeit" nachsagen, wollten nie verstummen: Taucher entdeckten denn auch aus Holz (statt aus Stahl) gefertigte Schotten.

15m
17m
Kollisionspunkt
Wasserlinie



Mit einem gewaltigen Strudel verabschiedete sich die „Andrea Doria". Lediglich ein Safe, dessen Öffnung jetzt Millionen Zuschauer elektrisieren soll, erblickte je wieder das Tageslicht. FOTO: AP

Brasilianische Tragödie

Im Amazonas-Staat vegetieren 32 Millionen Kinder dahin

W. THOMAS, **Rio de Janeiro**

Zerlumpte Kinder in Rio – jeder Tourist kann sich ein Bild davon machen. Tagsüber streunen sie scharenweise durch die Stadt. Eine Horde von Bettlern, die die Abfallkörbe durchwühlen. Nachts, wenn die Restaurants entlang der Copacabana-Bucht schließen, legen sie sich an den Strand schlafen. Als Decken dienen Zeitungen.

Für 15 Millionen junge Brasilianer ist die Straße das Zuhause. Das Schicksal dieser „Criancas de Ninguem" (Niemandskinder) und das anderer junger Brasilianer wurde gerade wieder während der Jahrestagung des Verbandes der Jugendrichter in Salvador de Bahia diskutiert.

Der Vorsitzende der Organisation, Maocir Daniel Rodriguez, nannte schockierende Zahlen. Insgesamt würden 32 Millionen Kinder unter dem Existenz-Minimum leben, berichtete er. Alle zwanzig Minuten sterbe ein Baby den Hungertod. Am schlimmsten sei die Not in den Elendsgebieten des Nordostens. Hier forderten Magen- und Darmkrankheiten 200 000 Todesopfer im Jahr unter Kindern.

„Als größte Herausforderung dieser Nation sehe ich nicht die Auslandsverschuldung (100 Milliarden Dollar, ein Weltrekord) oder die Inflation (230 Prozent)", warnte Rodriguez, „sondern die schlimme Situation der jungen Generation. Die Zukunft Brasiliens steht auf dem Spiel."

Brasilien, 128 Millionen Menschen, ist zu schnell gewachsen und nach einer wirtschaftlichen Boom-Ära allzu rasch in eine verhängnisvolle Rezessionsphase geschlittert. Die sozialen Probleme gerieten außer Kontrolle.

Am schlimmsten leidet das Land unter den Niemandskindern. „Eine neue Gesellschaft", schrieb die Tageszeitung „Folha de São Paulo". „Ihre Grundlage sind Verbrechen, Korruption, Gewalt und Armut." Minderjährige verüben in São Paulo mit seinen 14 Millionen Einwohner 80 Prozent der bewaffneten Raubüberfälle, die Hälfte aller Rauschgiftdelikte und fast 20 Prozent aller Morde. In Brasiliens größter Metropole operieren 1200 Jugendbanden.

In Rio de Janeiro, der schönsten Stadt der Welt, werden die Touristen zur Vorsicht gemahnt, wenn sie sich in den Hotels registrieren lassen, kein Geld, keine Schmuckstücke, keine Uhr mit nach draußen zu nehmen. Die Gegend aufmerksam nach barfüßigen, verwahrlost aussehenden Burschen zu beobachten. Bei einem Überfall bloß keinen Widerstand zu leisten. Die unscheinbaren Räuber halten oft Pistolen oder Messer in ihren Hosentaschen verborgen und machen davon rücksichtslos Gebrauch. „Für diese Kinder hat das Leben keinen Wert", urteilt ein Kripo-Beamter des Stadtteils Copacabana.

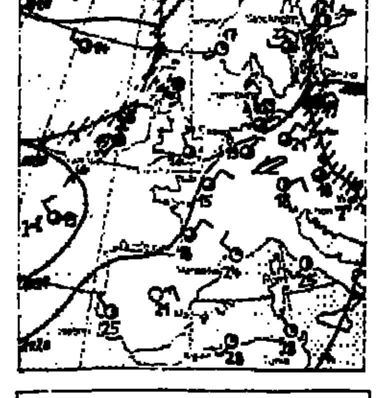
Der Staat reagierte bisher hilflos – oder brutal. Die Zeitungen melden Skandale in Gefängnissen, Polizeirevieren oder Heimen. In einem Mädchenheim von São Paulo betrieben Angestellte einen Prostituiertenring. Todesschwadronen, aus Freizeitpolizisten rekrutiert, ermordeten jugendliche Verbrecher, ohne je zur Verantwortung gezogen zu werden. Der Schriftsteller José Louzeiro urteilte einmal: „Wer eingesperrt wird, ist für die Gesellschaft verloren. Aus diesem Sumpf kommt kein Kind heil heraus."

Der Regierung fehlen die finanziellen Mittel, um die Kinder-Probleme zu lindern. Irina Marilia Kaden, die Direktorin der Kinder-Wohlfahrtsbehörde in Rio de Janeiro: „Ich darf nicht an die Zukunft denken."

(SAD)

WETTER: Gewittrig

Wetterlage: Ausläufer eines Tiefdrucksystems über den Alpen und dem westlichen Mittelmeer greifen auf Deutschland über. Sie führen schwülwarme Luft heran.



Vorhersage für Donnerstag:

Im gesamten Bundesgebiet nur gelegentlich auflockernde, überwiegend starke Bewölkung mit schauerartigen und örtlich auch gewittrigen Regenfällen. Tiefsttemperaturen um 18 Grad, Tageshöchstwerte 20 bis 24 Grad. Schwacher bis mäßiger, an der Nord- und Ostseeküste auch frischer Wind um Nordost. In Gewitternähe einzelne Böen.

Weitere Aussichten:

Schwül-warm und gewittrig.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	21°	Kairo	30°
Bonn	18°	Kopenh.	19°
Dresden	17°	Las Palmas	25°
Essen	19°	London	17°
Frankfurt	21°	Madrid	21°
Hamburg	19°	Mailand	22°
List/Sylt	20°	Mallorca	26°
München	18°	Moskau	24°
Stuttgart	19°	Nizza	26°
Algier	28°	Oslo	16°
Amsterdam	21°	Paris	15°
Athen	28°	Prag	15°
Barcelona	27°	Rom	25°
Brüssel	14°	Stockholm	22°
Budapest	21°	Tel Aviv	31°
Bukarest	28°	Tunis	28°
Helsinki	21°	Wien	18°
Istanbul	28°	Zürich	17°

Sonnenaufgang* **am Freitag:** 6.00 Uhr, Untergang: 20.54 Uhr; **Mondaufgang:** 20.58 Uhr, Untergang: 4.01 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Digitaltechnik läutet Boom beim Auto-Telefon ein

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Die Abhörsicherheit bekommt der Käufer des neuen Autotelefons auf Digitalbasis „geschenkt"; außerdem spart er im Vergleich zu den heute für ein solches Gerät üblichen Preis mehr als 10 000 Mark. Mit diesen Angaben hat ein Sprecher des Bundesministeriums für Forschung und Technologie auf Anfrage der WELT erklärt, warum ausgerechnet ein Prestigeobjekt für Topmanager und Spitzenpolitiker staatlich mit zwei Millionen Mark gefördert worden ist.

Nur rund 21 000 Autos in der Bundesrepublik Deutschland sind heute mit Telefon ausgerüstet, dessen Anschaffung und Installierung etwa 15 000 Mark kostet. Das neue Telefon auf Digitalbasis soll, so das Forschungsministerium, einen „Massenmarkt" erschließen und nur noch 2000 bis 2500 Mark Anschaffungskosten erfordern. Es wird damit gerechnet, daß sich eine Million Autofahrer das im Unterschied zum heute üblichen Gerät winzige neue Telefon kaufen werden. Bis zur Realisierung der Entwicklung, für die die Firma Standard Elektrik Lorenz (SEL) nur die Hälfte ihrer bisherigen Kosten von vier Millionen Mark ersetzt bekam, werden allerdings noch zwei Jahre vergehen.

Dann aber wird sich folgendes beim Autotelefonieren ändern: Der klotzige Einbau im Kofferraum entfällt. Das Gespräch wird nicht mehr, wie heute überall zu beobachten, beim Verlassen eines Funk-Verkehrsbereichs unterbrochen oder stark gestört. Theoretisch kann man dann mit gleicher Qualität zwischen Flensburg und Berchtesgaden sprechen. Auch Ab- und Mithören ist nicht mehr möglich. Anstelle des heutigen sogenannten „analogen" Systems ist die Digitaltechnik getreten, die Verschlüsselung erlaubt.

Mit dem von Bonn finanzierten Vorhaben wurde vor allem untersucht, wie die Digitalisierung ohne erhöhten Bandbreitenbedarf im Funkverkehr erreicht werden kann. Hier sind Frequenzen schon seit langem Mangelware. Das Ziel wurde erreicht: Der vorhandene Vorrat an Frequenzen wird mit dem neuen System weder aufgezehrt noch auch nur erkennbar angeknabbert.

Nach Ansicht eines Sprechers des Forschungsministeriums hat sich Deutschland nach manchen Rückschlägen auf dem Gebiet der Mikroelektronik mit dieser SEL-Entwicklung auf Digitalbasis weltweit an die Spitze dieses Sektors gesetzt.

SEL hat sich zur Vermarktung der Neuentwicklung in Deutschland mit AEG und in Frankreich mit der Firma „Société Anonyme Télécommunication" (SAT) an einen Tisch gesetzt. Im Juli '83 haben die Postminister beider Länder eine Vereinbarung getroffen, nach der französische und deutsche Unternehmen Angebote über Herstellung und Ausrüstung abgeben. Im September dieses Jahres will Postminister Schwarz-Schilling entscheiden, welches System eingeführt werden soll. Die hohen Kosten rechtfertigen die Erwartung auf einen Autotelefon-Boom, wie er heute bereits in USA (mit dem alten System) zu verzeichnen ist.

Geben Luftpiraten auf?

Entführte iranische Maschine in Rom / Erste Geiseln frei

DW. **Rom**

Die Entführer der iranischen Verkehrsmaschine haben gestern nachmittag nach der Landung auf dem römischen Flughafen Ciampino 123 ihrer Geiseln freigelassen. Nach Mitteilung eines italienischen Behördenvertreters sind darunter auch 44 Kinder. Alle seien offenbar wohlauf. Einige der Befreiten hätten berichtet, daß nur zwei mit einer Pistole und einer Handgranate bewaffnete Luftpiraten an Bord seien, sagte der Gewährsmann weiter. In früheren Berichten war von bis zu 20 Entführern die Rede gewesen. Über das weitere Schicksal der rund 180 Geiseln herrschte gestern nachmittag noch Unklarheit.

Nach Angaben der Militärpolizei verlangten die Entführer Lebensmittel, Medikamente und Treibstoff. Die Maschine vom Typ Airbus war am Vorabend mit 304 Insassen an Bord auf einem Inlandsflug von Teheran nach Schiras zur Kursänderung gezwungen worden. Nach Zwischenstopps in Bahrain und Kairo war sie gestern in Rom gelandet. Über politische Forderungen der Entführer wurde nichts bekannt. Die Polizei geht allerdings davon aus, daß es sich bei den Entführern um Khomeini-Gegner handelt.

Ciampino gesperrt

Der Flughafen Ciampino war kurz vor der Landung der iranischen Maschine für den Militär- und Zivilflugverkehr gesperrt worden. Bewaffnete Polizisten mit kugelsicheren Westen umstellten das Flugzeug, das auf einem abgelegenen Teil des Flughafens ungefähr 300 Meter von den Gebäuden entfernt geparkt wurde. Nach Angaben des Flughafenpersonals sind die italienischen Behörden bereit, die Flugzeuginsassen mit Lebensmitteln zu versorgen. Ein Lieferwagen mit Essen wurde unverzüglich auf den Weg zum Flughafen geschickt. Bei der vorletzten Station in Kairo hatten sich die Behörden geweigert, die Geiseln mit Lebensmitteln zu versorgen. Kairo blieb auch unnachgiebig, als die Entführer dem Piloten angeblich einen mit Sprengstoff gefüllten Gürtel um die Hüfte legten.

Paris unnachgiebig

Rom war nur eine Ausweichstation. Die Maschine hatte an sich nach Paris umdirigiert werden sollen, wahrscheinlich weil die Entführer dort Asyl beantragen wollten. Frankreich hatte aber die Landeerlaubnis verweigert. Ein Sprecher des Außenministeriums in Paris teilte mit, die französische Regierung habe diese Haltung jenen übermittelt, die mit den Luftpiraten in Rom Kontakt aufnähmen. Der Sprecher erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß Frankreich schon im Juni einer entführten iranischen Verkehrsmaschine die Landegenehmigung verweigert habe. Die Maschine war damals zunächst nach Katar und anschließend nach Kairo dirigiert worden. Die beiden Luftpiraten ergaben sich schließlich, nachdem Irak ihnen politisches Asyl angeboten hatte.

Offenbar handelt es sich bei den Entführern nicht um hartgesottene Terroristen. Das schließen die Behörden daraus, daß sie dem französischen Einreiseverbot Folge leisteten. „In der Regel", so ein Experte der Bundesanstalt für Flugsicherung in Frankfurt, „ignoriert ein Luftpirat ein solches verbales Verbot." In solchen Fällen sei es auch international üblich, die gekaperte Maschine wie jedes andere Luftfahrzeug zu behandeln, wenn nicht sogar mit Vorrang abzufertigen. Erhöhte Nervosität des Entführers könne nämlich in niemandes Interesse liegen.

Justiz baut um für Prozeß gegen Hell's Angels

da. **Hamburg**

Monate vor der Verhaftungswelle waren sich die Ermittler sicher, daß die Hell's Angels mehr sind als nur eine Motorradclique mit dem Charme von Freiheit und Abenteuer – es sind Verbrecher, mutmaßte der Staatsanwalt. Doch kein Zeuge war zur Aussage bereit. So schlug die Polizei in einer Großaktion im Hamburger Schanzenviertel am 10. August 1983 völlig unerwartet zu: 12 Höllenengel wurden festgenommen, einer stellte sich freiwillig, einen schickte die US-Polizei aus Minnesota heim.

Kaum saßen die Verdächtigen hinter Gittern, wuchs offenbar das Vertrauen der Opfer in die Justiz: Inzwischen sei die Beweislage erdrükkend, erklärt die Staatsanwaltschaft. Von den 14 Verhafteten sitzen elf noch in Untersuchungshaft. Einer ist inzwischen wegen anderer Delikte verurteilt. Zwei haben Haftverschonung. Auf Antrag Hamburgs wurde die Gruppe im Herbst '83 verboten.

Die Anklageschrift ist den Beschuldigten vor etwa einem Monat zur Stellungnahme zugeleitet worden. Darin werden ihnen einzeln oder gemeinsam die Bildung einer kriminellen Vereinigung, fortgesetzte räuberische Erpressung vor allem in Form von Schutzgeldern von Wirten, Körperverletzung, Meineid, Vergewaltigung, Förderung der Prostitution, sexuelle Nötigung, Zuhälterei und Verstöße gegen das Waffen- und Betäubungsmittelgesetz vorgeworfen. Anfang September wird eine Große Strafkammer beschließen, ob die Hauptverhandlung eröffnet wird. Bis dahin kann es Spätherbst werden. Kein Saal im Strafjustizgebäude dürfte dem Andrang gewachsen sein. So soll zunächst eine Wand herausgebrochen werden, um zwei Säle zusammenzulegen.

Teilnahme ist alles! FOTO: TEUTOPRESS

Entflogener Satellit wird eingefangen

dpa, **London**

In einer „Rettungsoperation" wollen Versicherungsgesellschaften im November den unbrauchbaren indonesischen Satelliten „Palapa" aus dem All bergen. Ein entsprechender Vertrag wurde zwischen den Gruppen „Merrett Syndicates" (London) und Intec (Washington) und der US-Raumfahrtbehörde Nasa bereits unterschrieben. Durch die etwa zehn Millionen Dollar teure Bergung wollen die Unternehmen gezahlte Versicherungsgelder zurückbekommen. Der indonesische Kommunikationssatellit „Palapa" landete im Februar auf einer falschen Umlaufbahn. Bei einer neuen Raumfährenmission soll ein Astronaut den Satelliten „einfangen". Auf der Erde soll „Palapa" dann an den Meistbieter versteigert werden. Auch Indonesien, das bereits die Versicherungssumme von 75 Millionen US-Dollar kassiert hat, könnte den Satelliten zurückkaufen.

Weißmacher-Creme

AFP, **Lyon**

Ein illegaler Medikamentenhandel zwischen Frankreich und der afrikanischen Republik Senegal wurde aufgedeckt. Die „Weißmacher"-Creme fand in Senegal reißenden Absatz.

Contergan-Rente steigt

dpa, **Bonn**

Die Renten für Contergan-Geschädigte werden zum 1. Januar 1985 um zehn Prozent erhöht. Die Renten sind zuletzt 1982 erhöht worden. Diese Erhöhung betrifft rund 2500 Deutsche.

Gent dicht für Deutsche

dpa, **Brüssel**

Die belgische Universität in Gent nimmt keine Studenten aus dem „reichen" Ausland mehr auf, sondern nur noch solche aus Entwicklungsländern. Von dieser Maßnahme sind vor allem deutsche Studenten betroffen, die vor dem Numerus clausus bisher nach Gent ausweichen konnten.

Sprung aus dem Fenster

SAD, **Aix-les-Bains**

Die Mutter des ehemaligen französischen Transportministers Charles Fiterman, Laja Rosenblum-Fiterman, 79, beging in einem Hotel im südfranzösischen Aix-les-Bains Selbstmord durch einen Sprung aus dem Fenster ihres Zimmers. Das Motiv ist unbekannt. Bereits im Januar 1983 beging die Tochter Fitermans, Sylvie, Selbstmord.

Rothschild tot

AFP, **Paris**

Baron James von Rothschild ist am Dienstag im Alter von 88 Jahren in Paris gestorben. Wie sein jüngerer Bruder Philippe, der Besitzer des bekannten Weinguts „Mouton Rothschild", gehörte James zu den in Frankreich lebenden Nachkommen des englischen Zweigs der Rothschilds. 1966 hatte James von Rothschild im Alter von 70 Jahren die 26jährige Theater-Platzanweiserin Yvette Choquet geheiratet.

ZU GUTER LETZT

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher scheint mit ihrem jüngsten Konterfei zufrieden zu sein. Die „wächserne Maggie" wird im Kabinett der Madame Tussaud flankiert von den Skulpturen des Außenministers Sir Geoffrey Howe und des Oberhausministers Lord Whitelaw. Meinte die Regierungschefin dazu: „Wir könnten hier fast eine Kabinettssitzung veranstalten."